

# E & W

Erziehung & Wissenschaft 03/2019  
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



Frauenleben

FAMILIE

ARBEIT

POLITIK



HEIDE OESTREICH

Foto: privat

# Männer in die Care-Arbeit!

Martina schreibt ihre Doktorarbeit. Eigentlich gar keine schlechte Zeit, um ein Kind zu bekommen. Und so hat sie dem „Betriebsunfall“ Bert einigermaßen gelassen entgegengesehen. Ihre Mutter wohnt in der Nähe, die Doktormutter hat Verständnis. Doch als Bert dann da ist, hört sie von ihrer Mutter regelmäßig: „Aber du willst ihn doch jetzt nicht schon wieder zu mir abschieben?“ Und die Doktormutter berücksichtigt Martina nicht mehr, wenn es Vorträge oder Kongressbesuche zu verteilen gibt: Mit einem kleinen Kind solle sie erst mal halblang machen.

Martina bekommt Angst. Wird sie beruflich den Anschluss verpassen? Wird sie dem Kind gerecht? Ihr Mann, der Ingenieur, sagt: „Du machst dich ja kaputt. Willst du nicht ein Weilchen kürzer treten? Das holst du später wieder auf.“ Weil es billiger ist, ziehen sie aufs Land. Dass die Kita im Dorf bereits um 12 Uhr schließt, stellt Martina erst später fest. Heute hat sie einen Dokortitel, drei Kinder und arbeitet für wenig Geld als freie Autorin. Das Haupteinkommen? Verdient ihr Mann.

Wer kennt es nicht? Das schlechte Gewissen dem Kind gegenüber, oft verstärkt durch westdeutsche Großmütter. Den Pragmatismus: Aufs Land ziehen, Papa arbeitet weiter, weil er mehr verdient. Und dann eine Betreuungssituation, die schlecht passt. Trotz des Kita-Ausbaus ist Deutschland ein Flickenteppich geblieben: Es ist reines Glück, ob man in einer Gegend mit ausreichender Betreuung landet oder eben nicht.

Das Ergebnis des Ganzen spiegelt sich immer wieder in den Statistiken: ungleiche Löhne, ungleiche Renten, ungleiche Vermögen. Sogar in Ostdeutschland greift dieses Modell wieder um sich, obwohl die Familien hier 40 Jahre lang anders strukturiert waren. Nach der Wende allerdings waren schnell die Jobs für Frauen weg und die Kitas runtergespart.

Diese Rahmenbedingungen verstärken Geschlechterklischees. Denn immer wieder gewöhnen sich alle an die Situation, dass

die Berufstätigkeit der Mutter eher disponibel ist als die des Vaters. Die Frauen qualifizieren sich in unbezahlter Care-Arbeit, die Männer qualifizieren sich im Beruf. Und die Gefahr ist groß, dass sie weiterhin ihr weinendes Baby hilflos der Partnerin in den Arm drücken. Weil ihnen dafür die Qualifikation fehlt. Von nichts kommt nichts.

Doch insbesondere am Backlash im Osten kann man sehen, welchen Unterschied politische Entscheidungen machen: Die Arbeits- und Gleichheitsideologie des Sozialismus sorgte für Arbeitsplätze für Frauen und Kitas für Kinder. Und schon zeigten die Gleichheitsindikatoren im Einkommen und der Rente nur noch wenige Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Allerdings schulterten die Frauen trotz Vollzeitberuf immer noch den Großteil der Care-Arbeit. Ein Grund, warum sie selten in Führungspositionen aufstiegen. Ihr Arbeitsethos war so hoch, dass sie sich über die Doppelbelastung nur selten beklagten.

Was bedeutet all das für eine moderne gleichstellungsorientierte Familienpolitik? Wir brauchen in einer Hinsicht mehr DDR: Die Berufstätigkeit von Frauen muss weiter erleichtert, gleichzeitig aber der Arbeitsbegriff vervollständigt werden: Die Gesamtheit der Sorgearbeit muss benannt und gerecht verteilt werden. Männer, die so ein Modell leben, berichten immer wieder von einer besseren Verbindung zu den Kindern, weniger Stress in der Beziehung und einer gesunden Distanz zum Beruf. Sollen alle von dieser wunderbaren Erweiterung profitieren, dann muss es jetzt losgehen: Arbeitszeitverkürzungen mit finanziellem Ausgleich müssen ebenso normal werden wie Homeoffice. Und zuallererst sollte den Männern die Qualifikation im Care-Bereich ermöglicht werden. Der Staat muss ihnen 50 Prozent der Elternzeit garantieren – per Gesetz.

Heide Oestreich,

Redakteurin für Geschlechterpolitik bei der taz und dem RBB

# Inhalt



<b>Gastkommentar</b> Männer in die Care-Arbeit!	Seite 2
<b>Impressum</b>	Seite 3
<b>Auf einen Blick</b>	Seite 4
<b>Prämie des Monats</b>	Seite 5
<b>Schwerpunkt: Frauenleben: Familie – Politik – Arbeit</b>	
1. Familie und Job: „Mütter dürfen nicht krank werden“	Seite 6
2. Mütteralltag: „Wer kümmert sich um was?“	Seite 10
3. Lebensrealitäten: Stadt – Land – Bus?	Seite 13
4. Mehr Frauen in die Politik: „Macht, um zu machen“	Seite 18
5. GEW-Kommentar: „Her mit dem ganzen Leben!“	Seite 19
<b>Bildungspolitik</b>	
1. GEW-Tagung zu multiprofessionellen Teams: „Redet miteinander!“	Seite 20
2. GEW-Kommentar: Nach Gezerre – Kompromiss	Seite 24
<b>Internationales</b>	
Interview mit Kailash Satyarthi: „Bildung spielt eine sehr, sehr wichtige Rolle“	Seite 22
<b>Hochschule</b>	
1. Neuer Studiengang für Lehramt: Theater unterrichten	Seite 25
2. BAföG-Reform: „Bildungs- und sozialpolitische Bankrotterklärung“	Seite 30
<b>Schule</b>	
1. Pro und Kontra: Die Not mit den Noten	Seite 26
2. Schulen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit: „Es kommt etwas in Gang“	Seite 28
<b>Tarifrunde der Länder 2019</b>	
Nach der zweiten Verhandlungsrunde: Warnstreiks	Seite 32
<b>Jugendhilfe</b>	
Projekt „Bildung für Wohnen“: „Löst nicht das Armutproblem“	Seite 34
<b>Weiterbildung</b>	
100 Jahre Volkshochschule: Aufklärung als Bildungsauftrag	Seite 36
<b>GEW-Intern</b>	
Leistungen der GUV/FAKULTA: Mehr Schutz vor finanziellen Risiken	Seite 37
<b>Initiative „Bildung. Weiter denken!“</b>	
Zukunft des Hochschulpakts: Es geht ums Überleben	Seite 38
<b>fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit</b>	
Bildung für Mädchen in Afrika: Schule statt Frühehe	Seite 40
<b>Medien</b>	
Filmrezension „Of Fathers and Sons“: Scharia-Camp statt Schule	Seite 42
<b>Marktplatz</b>	
1. Broschüre gegen rechts: Keine „vorausseilende Unterwerfung“ mehr	Seite 43
2. Ausstellung in Berlin: Gefühle machen Politik	Seite 43
<b>Leserforum</b>	Seite 44
<b>Diesmal</b>	Seite 48
<b>Titel: Werbeagentur Zimmermann</b>	

## IMPRESSUM

**Erziehung und Wissenschaft**  
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 71. Jg.

Herausgeberin:  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
im Deutschen Gewerkschaftsbund  
Vorsitzende: Marlis Tepe  
Redaktionsleiter: Ulf Rödde  
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel  
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel  
Postanschrift der Redaktion:  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main  
Telefon 069 78973-0  
Fax 069 78973-202  
katja.wenzel@gew.de  
www.gew.de  
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft  
twitter.com/gew\_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel  
der 7. eines jeden Monats.  
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.  
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet  
sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung  
und Wissenschaft“ auch auszugsweise nur nach vorheri-  
ger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:  
Werbeagentur Zimmermann,  
Heddernheimer Landstraße 144  
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitglieds-  
beitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der  
Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30  
Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der  
Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen,  
Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland,  
Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die  
jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für un-  
verlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexem-  
plare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit  
dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge  
stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder  
der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:  
Stamm Verlag GmbH  
Goldammerweg 16  
45134 Essen  
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller  
Telefon 0201 84300-0  
Fax 0201 472590  
anzeigen@stamm.de  
www.erziehungundwissenschaft.de  
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41  
vom 01.01.2019,  
Anzeigenschluss  
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei  
gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.



### Digitalpakt kommt

Bund und Länder haben sich nach langem Tauziehen geeinigt, das Grundgesetz zu ändern. Der Vermittlungsausschuss von Bund und Ländern hat einen Kompromiss ausgehandelt und damit den Weg für eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag geebnet: Das Kooperationsverbot in der Bildung, das es dem Bund bisher untersagt hat, die Länder dauerhaft finanziell zu unterstützen, wird weiter gelockert. Damit können die fünf Milliarden Euro aus dem Digitalpakt fließen – vorausgesetzt der Bundesrat schließt sich Mitte März dem Votum des Bundestages an. Vom Tisch ist die Regelung, dass sich die Länder bei gemeinsamen Projekten jeweils zur Hälfte finanziell beteiligen müssen. Der Bund hat Kontrollrechte, um den Einsatz der Mittel zu überprüfen. Damit soll verhindert werden, dass die Länder Bundesgelder für den Bildungsbereich zweckentfremden, wie in der Vergangenheit – etwa beim BAföG – bereits geschehen (s. GEW-Kommentar S. 24).



„Frauen, geht wählen!“

„Geht wählen“ heißt das aktuelle Motto der DGB-Frauen zum Internationalen Frauentag am 8. März. Damit rufen die Gewerk-

schafterinnen mit Blick auf die Wahl des Europäischen Parlamentes am 26. Mai Frauen dazu auf, mit ihrer Stimme die demokratischen Kräfte in Europa zu unterstützen. Mit dem Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Kräfte in der Europäischen Union stünden auch „sicher geglaubte Frauenrechte wieder in Frage“, warnen die DGB-Frauen. Ein „soziales und gerechtes Europa“ sei aber ohne Gleichstellung nicht zu verwirklichen. Diese zu gewährleisten, sei Aufgabe und Pflicht demokratischer Politik. Dafür brauche es „verbindliche europäische Regelungen“. Das betreffe etwa die Forderung nach „gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ ebenso wie die „Balance zwischen Beruf und Familie, unabhängig vom gelebten Familienmodell“. Frauen brauchten „faire Chancen, um die eigene Existenz zu sichern und ein selbstbestimmtes Leben zu führen“, appellieren die Gewerkschafterinnen an Politik und Wählerinnen.

Aufruf der DGB-Frauen: [bit.ly/dgb-int-frauentag2019](http://bit.ly/dgb-int-frauentag2019)

### Verhandlungsaufakt in Hessen

Seit Mitte Februar verhandeln die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Arbeitgebern auch in Hessen über mehr Lohn für die rund 45.000 Tarifbeschäftigten des Landes. Sie fordern – wie auf Bundesebene – ein Plus von 6 Prozent, mindestens aber 200 Euro monatlich mehr. GEW-Verhandlungsführer Daniel Merbitz sagte vor der ersten Tarifrunde in Wiesbaden mit Blick auf den Lehrkräftemangel: Es sei „dringend notwendig, dass das ‚Berufsfeld Schule‘ attraktiver“ werde. Dazu gehörten „spürbar bessere Einkommen, gerade im Schulbereich“, so Merbitz, der im GEW-Vorstand für Ta-

rif- und Beamtenpolitik verantwortlich ist. Hessen ist als einziges Bundesland nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Daher werden die Tarifverhandlungen für die hessischen Landesbeschäftigten eigenständig geführt. Die Gewerkschaften, für die ver.di das Verhandlungsmandat hat, verlangen zusätzlich, studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte in den Geltungsbereich des hessischen Tarifvertrages aufzunehmen.

### 10.000 Lehrkräftestellen mehr

Das Kultusministerium in Baden-Württemberg will bis 2030 über 10.000 zusätzliche Lehrkräftestellen schaffen. Die GEW Baden-Württemberg begrüßt diesen Vorstoß von Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU): „Die Kassen sind voll und die Daten für eine verlässliche Lehrerbedarfsplanung liegen vor. Wenn die Regierung Kretschmann jetzt handelt, kann sie Fehler früherer Landesregierungen vermeiden und den drohenden Lehrermangel in den weiterführenden Schulen verhindern“, sagte GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz. Der Landesverband hatte eine eigene Lehrkräftebedarfsprognose durch den Essener Bildungsforscher Klaus Klemm erarbeiten lassen. Klemm analysierte nur den Sek-I- und Sek-II-Bereich. Allein für diese Schulen hat der Wissenschaftler einen Mehrbedarf von mindestens 6.200 Lehrkräftestellen mit Blick auf die steigenden Schülerzahlen bis zum Jahr 2030 errechnet. „Wollen wir aber beispielsweise die Ganztagsangebote in Schulen verbessern und eine höhere Vertretungsreserve erreichen“, so Moritz, müsse die Landesregierung „in den nächsten 15 Jahren 10.500 neue Stellen schaffen“. Die Berechnungen des Kultusministeriums beziehen sich auf alle allgemeinbildenden Schulen.

### Müller kämpft

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) will deutsche Unternehmen im internationalen Kontext zu ökologischer Verantwortung und der Einhaltung von Menschenrechten verpflichten. Dazu hat er jetzt den „Entwurf eines Gesetzes zur Regelung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten in globalen Wertschöpfungsketten“ erarbeitet, der vor Druck dieser Ausgabe der E&W noch nicht veröffentlicht war, aber der Redaktion vorliegt. Müller bezieht sich dabei ausdrücklich auf die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die UN-Konventionen zu Kinderrechten sowie die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und solche, die in Risiko- und Konfliktgebieten operieren, sollen demnach einen „Compliance-Beauftragten“ beschäftigen. So wird die Verantwortung für das Thema Menschenrechte direkt in den Unternehmensleitungen verortet. Zudem soll ein Beschwerdemechanismus eingerichtet werden, den alle Betroffenen nutzen können. Wird gegen das Gesetz verstoßen, drohen hohe Bußgelder. Der Vorstoß des CSU-Politikers wird vom DGB begrüßt, er bekommt aber schon im Vorfeld viel Gegenwind aus der Wirtschaft und wird vermutlich auch in der Union auf großen Widerstand stoßen.

# Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine Moonstone Powerbank.\*

## Prämie des Monats März: Moonstone Powerbank

Die starke Akkuladung im Hosentaschenformat. Mit zwei USB-Anschlüssen, Ladestandanzeige und genügend Leistung für mehrfaches Handyaufladen.



**Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern**  
**[www.gew.de/praemienwerbung](http://www.gew.de/praemienwerbung)**

\*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!**

Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon Fax

E-Mail

**Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



# „Mütter dürfen nicht krank werden“



Frauenrunde: Familie und Job unter einen Hut bringen? Können Frauen so leben, wie es gut für sie ist? Darüber diskutierten in einem Café in Berlin (von l. nach r.): die Gleichstellungsbeauftragte in Teltow-Fläming, Christiane Witt, 60, die Product Managerin aus Hannover, Anne Weiser, 38, und die Berliner Erzieherin Derya Trepnau, 40. Die Frauen brachten Symbole aus ihrem Alltagsleben mit: Küchenwaage, Handy, Kalender.



**// Arbeit – Kinder – Haushalt. Freizeit? Wie sieht heute der Alltag von Frauen aus, wo gibt es Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede? Hat sich in den vergangenen Jahren etwas verändert? Und welche gesellschaftlichen oder auch ganz praktischen Probleme müssen für Product Managerin Anne Weiser, Erzieherin Derya Trempnau und Gleichstellungsbeauftragte Christiane Witt dringend noch gelöst werden? //**

**E&W:** Frau Weiser, Sie sind Mutter zweier Kinder, drei und sechs Jahre alt, und in der freien Wirtschaft beschäftigt. Die steht nicht in dem Ruf, sonderlich familienfreundlich zu sein. Wie ist das bei Ihnen?

**Anne Weiser:** Ich arbeite seit elf Jahren in der freien Wirtschaft, in dieser Zeit hat sich viel getan. Familienfreundlichkeit ist mittlerweile ein großes Thema. In den Unternehmen, in denen ich tätig war, wurde darauf geachtet, dass Eltern kleiner Kinder Job und Familie unter einen Hut bringen können.

**E&W:** Haben Sie ein konkretes Beispiel?

**Weiser:** In dem Unternehmen, in dem ich derzeit arbeite, bin ich als Mutter mit einer 85-Prozent-Teilzeitstelle gestartet. Das war schon im Bewerbungsverfahren unproblematisch. Niemand hat sich daran gestoßen, dass ich kleine Kinder habe, und niemand wäre auf die Idee gekommen zu sagen: „Nee, dann können wir Sie nicht nehmen.“

**E&W:** Klingt nahezu perfekt.

**Weiser:** Es gibt auch flexible Arbeits- und Homeoffice-Zeiten. Kurz: Ich kann so arbeiten, wie es zu meinem Leben passt und wie es für meinen Arbeitgeber gut ist.

**E&W:** Frau Trempnau, Sie sind Erzieherin an einer Berliner Ganztagschule im öffentlichen Dienst. Wie läuft es bei Ihnen?

**Derya Trempnau:** Ich arbeite ebenfalls Teilzeit, zwischendurch war ich mal auf Vollzeit und habe gemerkt, dass es zu viel ist. Damals hat die gesamte Familie unter der Mehrbelastung gelitten. Als mein Sohn in die Schule kam, bin ich zur Teilzeit zurückgekehrt.

**Weiser:** Mein Tag ist komplett durchgetaktet: Um sechs Uhr klingelt der We-



Fotos: Kay Herschelmann

**Anne Weiser:** „Mein Tag ist komplett durchgetaktet: Der Wecker klingelt morgens um sechs Uhr, da schlafen die Kinder noch. Zeit, um mit meinem Mann in Ruhe Kaffee zu trinken ... Danach geht es Schlag auf Schlag: Frühstück, Kinder in die Kita und in die Schule bringen, zur Arbeit ...“

cker, da schlafen die Kinder noch. Zeit, um mit meinem Mann in Ruhe Kaffee zu trinken, das ist uns sehr wichtig. Danach geht es Schlag auf Schlag: Frühstück, Kinder in die Kita und in die Schule bringen, danach zur Arbeit. An zwei Tagen in der Woche arbeite ich bis 16 Uhr und hole dann die Kinder ab. An den anderen beiden Tagen bin ich bis 18 Uhr in der Firma. Freitags habe ich frei.

**E&W:** Arbeiten Sie abends weiter?

**Weiser:** An einem der beiden kürzeren Tage arbeite ich abends, wenn die Kinder im Bett liegen, im Homeoffice weiter, auch schon mal länger.

**Trempnau:** Ich habe abends frei.

**E&W:** Das Teilzeit-Dilemma: Mehrarbeit über die vertragliche und vergütete Zeit hinaus ...

**Weiser:** 2019 will ich nur so viel arbeiten, wie ich muss.

**E&W:** Frau Witt, Sie sind Gleichstellungsbeauftragte und damit zuständig für Probleme wie die von Frau Weiser und Frau Trempnau. Wie kann der Alltag berufstätiger Frauen entzerrt werden?

**Christiane Witt:** Das ist eine Herkulesaufgabe, insbesondere in Flächenlandkreisen mit weiten Wegen. Da kommen zum allgemeinen Alltagsstress Probleme hinzu wie: Wenn eine Frau flexibel arbeiten will oder muss, kann es sein, dass die Öffnungszeiten der Kita das nicht zulassen oder die Kinder schon

lange vor Schulbeginn mit dem Bus unterwegs sind.

**E&W:** Wege können nicht wirklich verkürzt werden. Wie helfen Sie konkret?

**Witt:** Bei uns in Teltow-Fläming in Brandenburg gibt es viele Kitas, das verkürzt die Wege. Aber Alleinerziehende oder Zugewanderte haben kaum soziale Netzwerke, auf die sie rasch zurückgreifen können, beispielsweise wenn ein krankes Kind aus Kita oder Schule abgeholt werden muss.

**E&W:** Kommen Frauen zu Ihnen, die sagen: „Ich weiß nicht mehr weiter, ich schaff das alles nicht“?

**Witt:** Erstaunlicherweise nicht. Frauen wenden sich hauptsächlich an mich wegen eines Kita-Platzes. Durch den Zuzug vor allem von Menschen aus der Europäischen Union, darunter viele Familien und gut ausgebildete Frauen, die arbeiten möchten, ist der Bedarf groß.

**E&W:** Haben Sie angesichts Ihres angespannten Alltags noch Zeit für sich selbst?

**Trempnau:** Wenn ich mal drei Stunden Zeit habe, weiß ich gar nicht, was ich zuerst machen soll: lesen, shoppen, Freunde treffen. Am Ende mache ich meist nicht viel, weil ich häufig zu müde bin.

**Weiser:** Bei der Zeit für mich ganz allein mache ich die größten Abstriche. Das hole ich mir zurück, wenn ich mal mit Freundinnen unterwegs bin. Einmal >>>

>>> im Jahr nehmen mein Mann und ich ein Wochenende lang eine Auszeit, ohne die Kinder.

**E&W:** Frau Witt, ist eine Work-Life-Balance utopisch?

**Witt:** Teils, teils. Positiv ist, dass viele Unternehmen aufgrund des Fachkräftemangels Zugeständnisse machen müssen. Familienfreundlichkeit gilt mittlerweile als Vorteil. Große Unternehmen setzen das gut um. Schwierig ist es bei den kleineren Firmen, beispielsweise Handwerks- und Landwirtschaftsbetrieben. Chefs dort schrecken davor zurück, Frauen einzustellen, weil diese wegen Schwangerschaft und Kindern ausfallen könnten.

**E&W:** Mittlerweile nehmen 79 Prozent der Väter eine zweimonatige Elternzeit, 14 Prozent drei bis neun Monate. Manche Männer bleiben mit kranken Kindern zu Hause. Da bewegt sich doch was.

**Witt:** Bei manchen kleinen Firmen ist das noch nicht angekommen.

**E&W:** Wer ist zuständig für Vereinbarkeit: die Familien selbst, die Unternehmen oder die Politik?

**Trempnau:** Zuerst die Politik, sie muss für Strukturen sorgen, die es Familien erlauben, sowohl der Erwerbsarbeit nachzugehen als auch ein Privatleben zu haben. Aber auch die Unternehmen sollten dafür sorgen, dass es Mitarbeitenden leicht gemacht wird, Job und Familie zu vereinbaren. Die Mitarbeitenden selbst sind auch gefragt, sie sollten die Einsicht mit und Geduld für Eltern aufbringen. Es kann immer passieren, dass eine Mutter oder ein Vater später zur Arbeit kommt, weil der Morgen zu Hause nicht reibungslos geklappt hat.

**Witt:** Das betrifft nicht nur junge Familien, sondern auch ältere Kolleginnen und Kollegen. Bei uns in der Verwaltung arbeiten 900 Leute, 80 Prozent Frauen, darunter viele junge mit kleinen Kindern. Aber es gibt auch ältere Kolleginnen, die Angehörige pflegen müssen. Der Vereinbarkeitsanspruch muss auch für sie gelten.

**Weiser:** Politik muss den Rahmen für Vereinbarkeit vorgeben. Aber wenn Unternehmen und Mitarbeitende gemeinsam besprechen, was beide Seiten brauchen, kann es zu vernünftigen Lösungen kommen. Ich habe da gute Erfahrungen gemacht.



Fotos: Kay Herschelmann

**Derya Trempnau:** „Wenn ich mal drei Stunden Zeit habe, weiß ich gar nicht, was ich zuerst machen soll: lesen, shoppen, Freunde treffen. Am Ende mache ich meist nicht viel, weil ich häufig zu müde bin.“

**E&W:** Was sollte jede und jeder selbst tun?

**Trempnau:** In den Gesprächen mit den Vorgesetzten, die bei uns jedes Jahr stattfinden, sind alle aufgefordert zu sagen, wie es Ihnen geht und was Sie selbst, die Schule, der Hort oder die Kita anders machen sollen. Wichtig ist, alles anzusprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wer das nicht macht, darf sich nicht wundern, wenn sich nichts ändert.

**Weiser:** Ich erwarte von dem Unternehmen, für das ich arbeite, dass es mir alle Möglichkeiten bietet, Familie und Job unter einen Hut zu bringen. Am Ende bin ich aber selbst dafür verantwortlich, dass es mir gutgeht.

**E&W:** Ist Teilzeit eine Alternative, wenn der Stress zu groß wird?

**Weiser:** Für mich in jedem Fall. Mein freier Freitag entspannt die Familiensituation erheblich. Trotzdem muss ich jeden Tag überlegen, wo ich Abstriche mache und mich streng abgrenze.

**E&W:** Was meinen Sie damit?

**Weiser:** Häufig ist es so, dass Teilzeitarbeitende zwar ein Teilzeitgehalt und damit auch eine Teilzeitrente bekommen, aber trotzdem Vollzeit arbeiten. Das geht nicht. Ein bisschen mehr arbeiten erscheint mir normal, aber insgesamt muss sich das die Waage halten.

**Trempnau:** Bei mir ist es klar geregelt: Ich muss nicht an Gesamt- und Fachkonferenzen teilnehmen, das ist tariflich und im Frauenförderplan festgehalten. Aber ich bin selbst dafür verantwortlich, dass das eingehalten wird, und auch verpflichtet, neue Informationen einzuholen. Ich persönlich ermahne mich immer wieder, nie Unterlagen mit nach Hause zu nehmen, Schriftverkehr erledige ich ausschließlich in der Schule.

**E&W:** Abgrenzung ist im öffentlichen Dienst leichter als in der freien Wirtschaft?

**Weiser und Trempnau:** Ja.

**E&W:** Ein Dilemma: Menschen in Teilzeit haben möglicherweise eine bessere Work-Life-Balance, aber eine geringere Rente.

**Witt:** Immer mehr Menschen bei uns im Landkreis, insbesondere Frauen, sind auf staatliche Zuschüsse zu ihrer Rente oder auf Grundsicherung angewiesen. Das Rentensystem muss an dieser Stelle grundsätzlich überarbeitet werden. Viele Frauen können nun mal nicht anders als in Teilzeit arbeiten. Sie dürfen am Ende ihres Lebens dafür nicht bestraft werden.

**E&W:** Warum sind vor allem Frauen betroffen?

**Witt:** Sie stemmen auch in Brandenburg den größten Teil der sozialen und Care-



Arbeit. Das hat mit dem noch immer vorhandenen Grundgedanken zu tun, dass „Frauenarbeit“ nichts wert ist.

**E&W:** Die Abwertung funktioniert seit Jahrzehnten ...

**Witt:** Da muss gehörig umgelenkt werden, beispielsweise mit einem angemessenen Mindestlohn und einer Aufwertung von Care-Arbeit. Warum nicht das bedingungslose Grundeinkommen einführen?

**E&W:** Frau Witt, Alleinerziehende, zu 80 Prozent Mütter, sind von niedrigen Löhnen und einer unzureichenden Rente stärker betroffen als andere Menschen. Wie kümmert sich Ihr Landkreis um Alleinerziehende und deren Familien?

**Witt:** Gerade werden in allen Kommunen des Landkreises Familienzentren aufgebaut, mit Angeboten für alle Menschen. Auch Sportvereine haben Angebote. Fraglich ist, ob Alleinerziehende diese kennen und nutzen wollen. Ebenso fraglich ist, ob es Angebote sind, die sich gerade Alleinerziehende wünschen.

**E&W:** Wenn es hart auf hart kommt – wer kümmert sich um Sie und Ihre Kinder, Frau Weiser, Frau Trempnau?

**Witt:** Mütter dürfen einfach nicht krank werden.

**Weiser:** Mein Mann und ich sind von Hamburg extra nach Hannover gezogen, weil dort unsere Mütter wohnen. Die Kinder haben also beide Großmütter vor Ort. Ohne sie geht es nicht. Wenn sie auch ausfallen, was hin und wieder vorkommt, geht gar nichts mehr. Das muss man akzeptieren, dann hat das System halt mal Pause.

**Trempnau:** Bei mir sind sämtliche Großeltern noch berufstätig, die kommen also nicht immer in Frage. Aber ich habe Freunde, die hin und wieder aushelfen.

**E&W:** Wie bringen sich Ihre Partner ein?

**Weiser:** Mein Mann orientiert sich beruflich gerade um und studiert noch mal, ich bin derzeit die Hauptverdienerin in der Familie. Mit der Folge, dass sich mein Mann verstärkt um die Kinder kümmert.

**Trempnau:** Mein Mann ist beruflich viel unterwegs. So bleibt alles an mir hängen: Haushalt, Wäsche, Einkauf.

**E&W:** Stört Sie das?

**Trempnau:** Ich wünschte, es wäre anders. Aber mein Mann arbeitet in einer

Männerdomäne, dort gibt es keinen Gedanken an Teilzeit.

**E&W:** Was bleibt auf der Strecke?

**Weiser:** Haushalt. Das ist mir mittlerweile egal.

**Trempnau:** Geht mir ähnlich, daran musste ich mich erst gewöhnen.

**E&W:** Wirken Sie auf Unternehmen ein, familienfreundlicher zu sein, Frau Witt?

**Witt:** Die Männer müssen mit ins Boot, sie müssen verstehen, dass beide Partner für die Vereinbarkeit zuständig sind. Männer dahingehend zu überzeugen, ist eine der größten gleichstellungspolitischen Herausforderungen.

**E&W:** Klingt etwas pessimistisch.

**Witt:** Vielleicht ist es für die kommende Generation selbstverständlicher, dass sich beide Partner Familienaufgaben teilen.

**E&W:** Frauen, die ohnehin schon viel arbeiten, engagieren sich häufig noch politisch oder ehrenamtlich. Sie auch?

**Weiser:** Seit Sommer vergangenen Jahres bin ich im Vorstand der Elterninitiative in der Kita meiner Tochter. Ein Ehrenamt, von dem auch meine Tochter profitiert. Trotzdem frage ich mich oft, wie stark ich mich einbringen muss. Ich achte darauf, dass ich mich nicht übers Maß hinaus belaste.

**Trempnau:** Ehrenämter und politische Gremien, die mich interessieren, beispielsweise frauenpolitische Organisationen, erfordern Anwesenheit meist abends. Das kann ich zurzeit nicht leisten.

**E&W:** Wie unterstützen Behörden in den Kommunen Menschen, die ehrenamtlich arbeiten, Frau Witt?

**Witt:** Wir kämpfen gerade damit, dass die Gleichstellungsbeauftragten hauptberufliche Funktionen bleiben. Mancherorts, wo Kolleginnen in Rente gehen oder den Job gewechselt haben, argumentieren einige Männer, die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten sei doch ein Ehrenamt. Absurd.

**E&W:** Seit 100 Jahren können Frauen in Deutschland wählen und gewählt werden. Seitdem ist viel passiert. Was ist noch zu tun?

**Trempnau:** Zuerst muss die Einkommenssituation von Frauen verbessert werden. Viele bewegen sich an der Armutsgrenze und fühlen sich ständig in ihrer Existenz bedroht.

**Weiser:** Ich habe drei Wünsche: Frauen sollten genauso viel verdienen wie Männer, die die gleiche Arbeit machen. Erziehungszeiten sollten auf die Rente angerechnet werden. Frauen in Führungspositionen sollten ernster genommen werden als bisher.

**Witt:** Es sollten sich mehr Frauen trauen, politisch tätig zu sein, und nicht darauf warten, dass sich jemand anderes um ihre Probleme kümmert. Wenn sie es nicht tun, tut es niemand.

Gesprächsmoderation: Simone Schmollack, taz-Redakteurin



Christiane Witt: „Es sollten sich mehr Frauen trauen, politisch tätig zu sein, und nicht darauf warten, dass sich jemand anderes um ihre Probleme kümmert. Wenn sie es nicht tun, tut es niemand.“



Ramona Lenz mit Tochter Karla: „Verwandte in der Nähe, die mal einspringen können? Habe ich nicht. Großeltern? Die wohnen zu weit weg und sind zu alt.“

Foto: Alexander Paul Englert

## „Wer kümmert sich um was?“

**// Alleinerziehend, mit Frau oder Mann und Kindern – wenn sich Frauen für eine Familie entscheiden, sind Flexibilität, Pragmatismus, gutes Zeitmanagement, viel Arbeit und Unterstützung gefragt. Und eine hohe Frustration, etwa wenn man zu hören bekommt: //**

**„Sie sind ja keine Familie!“  
Ramona Lenz, 43, Fachreferentin für Flucht und Migration bei medico international. Sie lebt mit ihrer Tochter Karla, 6, in Frankfurt am Main.**

„Alleinerziehend war ich von Anfang an. Deswegen bekam meine Tochter mehrere Patinnen und Paten. Es sollten noch andere Bezugspersonen für sie da sein. Das sind sie, doch leider haben sie oft keine Zeit. Verwandte in der Nähe, die mal in Notlagen einspringen? Habe ich nicht. Großeltern? Die wohnen zu weit weg, in einem mittelhessischen Dorf, und sind zu alt, mich zu unterstützen. Manchmal will ich nichts lieber als mal eine Stunde ohne Kind sein. Aber einen

Babysitter bezahlen? Das überlege ich mir gut. Zehn, zwölf Euro pro Stunde sind nicht wenig. Wenn ich abends mal weggehe, kostet das schnell 40 bis 50 Euro. Und auf Karlas Vater kann ich nicht zurückgreifen, er lebt in Berlin. Manchmal besuchen wir ihn.

In der Schwangerschaft habe ich mich oft gefragt: ‚Darf ich dem Kind einen Alltag ohne Vater zumuten?‘ Sobald Karla auf der Welt war, waren die Zweifel vorbei. Ich habe mich nur gefreut, dass sie da ist. Für mich ist es auch keine Katastrophe, alles allein entscheiden zu müssen. Über Fragen, wer übernimmt was, wer ist wann für was zuständig, muss ich mich nicht streiten. Doch es gab und gibt schwierige Momente. Als Karla mit zwei Jahren an Lungenentzündung erkrankte, war ich mit allem allein. Das war hart. Und als ich selbst einmal etwas länger krank wurde – Karla war noch ein Baby –, war ich am Rande meiner Kräfte.

Doch das ging vorüber. Nicht vorüber geht die Angst vor einem möglichen Absturz – durch Krankheit oder Jobverlust. Dabei bin ich in keiner prekären Lage,

mache eine interessante, ordentlich bezahlte Arbeit, wohne in einer geräumigen Altbauwohnung im Frankfurter Nordend. 800 Euro Warmmiete sind supergünstig für die teure Bankenstadt, aber nicht wenig, wenn man 2.000 Euro netto verdient. Deswegen umziehen? In eine WG? Wäre nicht schlecht. Aber wer in Frankfurt eine preiswerte Wohnung hat, gibt die nicht ohne weiteres auf.

Als Karla ein Kleinkind war, habe ich nur 25 Stunden gearbeitet, mittlerweile sind es 32 Stunden pro Woche, phasenweise mehr. Meine Arbeitszeiten sind zum Glück flexibel, ich kann abends zu Hause noch etwas tun. Generell allerdings müsste Familienzeit im Arbeitsleben stärker berücksichtigt werden. Das schadet dem Job nicht. Seit meine Tochter da ist, leiste ich nicht weniger als vorher, bin vielleicht sogar effizienter. Mit den Kitas hatten wir immer großes Glück. Karla ist jetzt in einem evangelischen Kindergarten, in der Nähe unserer Wohnung. Wenn ich kurz vor 17 Uhr komme oder mal ein paar Minuten später, macht mir niemand Vorwürfe. Das macht vieles leichter.



Anya Grünewald (links) mit ihrer Frau Lena Hatebur, Kind Lovis und dem biologischen Vater Matthias Hofmann: „Wir teilen vier Tage in der Woche so auf, dass es mit unseren jeweiligen Terminen passt. Den fünften Tag übernimmt der in Berlin lebende Vater.“



Foto: Kay Herschelmann

Freitags ist mein freier Tag, den nutze ich für mich, gehe ins Café, zum Sport, erledige Sachen. Manches ärgert mich als Alleinerziehende. Zum Beispiel, dass es im Turnverein keinen Familientarif für Alleinerziehende gibt. Wenn ich nachfrage, heißt es: „Sie sind ja keine Familie!“

Aufgezeichnet von Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der „Erziehung und Wissenschaft“

**„Kinderbetreuung verteilen“**  
**Anya Grünewald, 52, Herstellungsleiterin an der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf, lebt mit ihrer Frau Lena Hatebur, 36, und Tochter Lovis, 2, in Werder/Brandenburg. Auch der biologische Vater Matthias Hofmann, 36, ist regelmäßig präsent.**

„Ich habe zum Ende der Elternzeit eine familienbedingte Arbeitszeitverkürzung beantragt; als Mitarbeiterin einer familienfreundlichen Hochschule habe ich darauf Anspruch. Einen Kita-Platz zu bekommen, hat sich als ungeheuer schwierig herausgestellt: Wo wir leben, in Werder an der Havel, war nichts zu machen. Seit Jahren entstehen dort neue Wohngebiete; daran, Kitas und

Schulen mitzuplanen, wurde lange viel zu wenig gedacht. So etwas muss zur Stadtplanung dazugehören – Menschen brauchen mehr als nur Wohnraum. Bekommen haben wir einen Platz, als es höchste Zeit wurde, dank einer Kooperationsvereinbarung meiner Hochschule mit einer Kita. Vier Monate habe ich unsere Tochter nach Potsdam mitgenommen, vor der Arbeit abgegeben und danach abgeholt. Das war für niemanden optimal: für die Kleine nicht, die zusätzlich zu sieben Stunden in der Kita noch zwei im Auto sitzen musste; für mich nicht, weil es meinen Arbeitstag unflexibel machte; für die Familie nicht, weil meine Frau und ich uns die Kinderbetreuung 50:50 teilen wollen. Bevor wir einen Kita-Platz in Werder bekamen, gab es noch eine Phase bei einer Tagesmutter. Damit hat unsere Tochter im Alter zwischen ein und zwei Jahren drei Einrichtungen besucht. Im Grunde ist so etwas eine Zumutung, an erster Stelle für das Kind, aber auch für die Eltern wegen der jeweils wochenlangen Eingewöhnungsphase. Heute teilen wir vier Tage in der Woche so auf, dass es mit unseren jeweiligen Terminen passt. Den fünften Tag, manchmal auch den Samstag, übernimmt der in Berlin lebende Vater, der

dann oft auch bei uns übernachtet. Meine Frau und ich sind die Sorgeberechtigten – ich habe unsere Tochter adoptiert –, der biologische Vater ist zusätzlich präsent. Neben allen anderen Vorteilen ist natürlich toll, dass wir die Kinderbetreuung auf mehr Schultern verteilen können. Großeltern in der Nähe haben wir nicht.

Dennoch erlebe ich die Vereinbarkeit als Herausforderung: Die Reduzierung von 40 auf 30 Stunden läuft stärker auf „weniger Geld“ hinaus als auf „weniger Arbeit“. Früher konnte ich manche Themen „vordenken“, indem ich auch mal zehn Stunden gearbeitet habe, heute muss ich häufiger Dinge aufholen. Auch Termine werden immer wieder so angesetzt, dass ich nicht teilnehmen kann. An Tagen, an denen im Familienkalender steht, dass ich unsere Tochter abhole, muss ich um 15 Uhr gehen, damit ich um 16 Uhr in der Kita bin. Vereinbart sind acht Stunden Betreuungszeit. Mehr könnten wir uns bis maximal 17 Uhr zwar „erkaufen“, auch spontan. Das wollen wir aber nicht – die Kleine ist jetzt zweieinhalb, da sind acht Stunden eine lange Zeit.

Außerdem gilt, bei allem Lamento: Ich verbringe unheimlich gern Zeit mit unserer Tochter. Und ich finde, wir leben >>>





Vanessa Enriquez mit Mann Paul und Sohn André: „Trotz Kita ist mein Alltag oft hektisch. Schnell einkaufen, ins Atelier, schnell an den Computer, André abholen, kochen.“

Foto: Kay Hirschelmann

>>> ein ideales Modell: Meine Frau und ich entwickeln uns beruflich weiter – und wir verbringen beide qualitativ hochwertige Zeit mit unserer Tochter.“

Aufgezeichnet von Jeannette Goddar, freie Journalistin

**„Kita ist eine Befreiung“**  
**Vanessa Enriquez, 45, ist Künstlerin und Grafikerin. Sie lebt mit Mann Paul, 38, und Sohn André, 6, in Berlin.**

„Vor zehn Jahren bin ich aus Mexiko-Stadt nach Berlin gekommen, verliebt in diese Stadt und ihre wilden Freiheiten. Einen Monat später lernte ich Paul in einer Kreuzberger Bar kennen – mein Mann fürs Leben. Aber Kinder? Wir konnten uns das erst noch nicht vorstellen. Er war damals 27, acht Jahre jünger als ich. Als Freunde und Geschwister Kinder bekamen, wuchs Pauls Lust auf eigenen Nachwuchs. 2013 kam André zur Welt.

Wer kümmert sich um was? Wir haben keine großen Pläne gemacht. Nur eines war von Anfang an klar: Den Löwenanteil würde erst mal ich übernehmen. Als freiberufliche Künstlerin und Grafikerin bin ich flexibel. Paul hat einen festen

Job als Architekt. Also nahm ich nach der Geburt ein Jahr Elternzeit, währenddessen bekam ich Geld von der Künstlersozialkasse. Spazierengehen, Spielplätze, Babyschwimmen – es war eine schöne Zeit. Wenn André schlief, habe ich ein wenig gearbeitet. Ich wollte mich künstlerisch weiterentwickeln und die Verbindung zu meinen Kunden nicht verlieren. Mit einem Jahr kam unser Sohn in die Krippe, der Kontakt zu anderen Kindern war uns wichtig. Heute geht er von 9 bis 16 Uhr in die Kita, Paul bringt ihn hin, ich hole ihn ab.

Die Kita ist eine Befreiung. Ich kann endlich mehr arbeiten. Ich gehe so viel wie möglich ins Atelier, von meiner Kunst möchte ich mal leben können. Zum Glück habe ich im vergangenen Jahr ein Stipendium bekommen, sodass ich mich jetzt mehr auf meine Kunstwerke konzentrieren kann. Trotz Kita ist mein Alltag oft hektisch. Schnell einkaufen, Haushalt, ins Atelier, schnell an den Computer, Publikationen und Websites gestalten, André abholen, kochen. Paul übernimmt so viel es geht: Wäsche waschen, kochen, mal einkaufen, aber er ist eben von 9 bis 18 Uhr im Büro. Oft bleibt mir nichts anderes übrig, als mich abends noch mal für Entwürfe an den

Computer zu setzen oder ins Atelier zu gehen. Wenn ich wichtige Kunstausstellungen habe, nimmt sich Paul auch mal frei. Ich arbeite 40, 50 Stunden in der Woche. Weniger kommt für mich nicht in Frage. Wir brauchen das Geld. Und die Kunst zurückfahren? Ausgeschlossen!

Im August kommt André in die Schule. Die Ganztagschule geht zum Glück bis 16 Uhr. Trotzdem ist nicht alles möglich. Ich würde gern häufiger Vernissagen besuchen, als Künstlerin ist das wichtig. Aber Paul kommt meist zu spät aus dem Büro, und einen Babysitter können wir uns nur manchmal leisten. Andererseits will ich auch Zeit für mein Kind haben. Es ist eine Entscheidung. Ich denke, man ist nicht weniger erfolgreich als Künstlerin – zwei meiner Lieblingskünstlerinnen machen es vor: Julie Mehretu und Teresita Fernández sind sowohl erfolgreiche Künstlerinnen als auch Mütter.

Samstags ist Papa-Tag. Im Moment gehen die beiden am Liebsten in die Skatehalle. Ich habe etwas Zeit für mich, zum Beispiel für Yoga. Um 17 Uhr stoße ich meist zu den Jungs. Dann ist Familienzeit.“

Aufgezeichnet von Anja Dilk, freie Journalistin

# Stadt – Land – Bus?

**// Teure Wohnung, stressige Suche nach Kinderbetreuung, flexibler Job, pralles Kulturangebot, U-Bahn um die Ecke. Oder günstiges Haus mit Garten, unflexible Kita-Zeiten, Teilzeitjob, Entschleunigung, schlechte Anbindung an Bus und Bahn. Die Lebensrealitäten in Stadt und Land unterscheiden sich noch immer gravierend. //**

## Leipzig und Grimma: Angespannt entspannt

Das Foto aus Leipzig rauschte im Mai 2017 durch die Medien der Republik: Hunderte Eltern, viele mit Kinderwagen, stehen auf einer Straße Schlange, nur um sich für einen Platz in einer neuen Kita zu bewerben. Es war das Sinnbild der Wachstumsschmerzen einer aufstrebenden Großstadt, die jedes Jahr um 10.000 Einwohner wächst, aber mit der Infrastruktur sträflich hinterherhinkt – und so das Leben von Eltern mit Kindern erschwert. Knapp zwei Jahre später sind zwar Tausende neue Betreuungsplätze entstanden, es gibt ein Online-Vergabeportal, reihenweise Tagesmütter und Betriebskitas, Vermittlungsagenturen, mitunter sogar Abendbetreuung. Doch angespannt

ist die Lage in Leipzig noch immer: Ein Platz in der Wunsch-Kita bleibt vorerst Glückssache.

Eine der Ursachen ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Frauen im Osten der Republik sind deutlich häufiger berufstätig als im Westen, und sie arbeiten viel öfter in Vollzeit. Dementsprechend ist auch die Kita-Landschaft traditionell besser ausgebaut – und eine Ganztagsbetreuung bis 17 Uhr ganz normal. Nur in den wachsenden Ost-Metropolen wie Leipzig müssen Eltern intensiv um einen passenden Platz ringen.

Schon in Grimma, nur 30 Kilometer vor den Toren der Stadt, sieht die Welt anders aus: Zwar profitiert auch das 29.000-Einwohner-Städtchen vom Leipzig-Boom und wächst jährlich durch zuziehende Familien. Doch in den 21 Krippen und Kitas findet sich immer noch ein freier Betreuungsplatz – wenn auch nicht immer im gleichen Ortsteil, wie das Rathaus einräumt. Mittlerweile baut die Stadt jedoch in seinen umliegenden Dörfern weitere Kitas, um mit der Einwohnerentwicklung Schritt zu halten.

Kita oder Schule sind nur ein Aspekt des Alltags mit Kindern in Leipzig, denn die Stadt bietet eine breite Palette an Möglichkeiten: von Oper, Theatern und Sportclubs bis hin zu Kindermuseen,



**In Grimma sieht die Welt anders aus. Ein freier Betreuungsplatz findet sich immer. Dafür braucht die Familie mindestens ein Auto.**

Badeseen und dem Zoo. Die Angebote entpuppen sich für engagierte Eltern – in den meisten Fällen die Mütter, die immer noch den Löwenanteil der Kinderbetreuung stemmen – nicht nur als Segen, sondern manchmal auch als Freizeitfluch: Sie geraten in Stress, um den prall gefüllten Nachmittagsplan der Kids pünktlich abzuarbeiten.

In Grimma dagegen gibt es nur ein Kino, dazu einige Vereine – oder eben das Haus mit Garten. Es ist auch ein Ort der Entschleunigung.

Etwa die Hälfte der Grimmaer Mütter und Väter pendelt zum Job nach Leipzig. Ohne mindestens ein Auto kommt eine Familie da kaum zurecht.

In Leipzig selbst läuft Mobilität anders: Die 600.000-Einwohner-Stadt hat eines der dichtesten Nahverkehrsnetze in Europa, jede zweite Straßenecke ist mit Straßenbahn, S-Bahn und Bus gut zu erreichen.

Klar ist: Fahren müssen Mütter fast immer und überall. Und oft nehmen sie große Umwege vor und nach der Arbeit in Kauf, um ihre Kinder zur Krippe oder Kita zu bringen und sie dort wieder abzuholen. Eine halbe Stunde und mehr während der Rushhour ist nicht ungewöhnlich. Egal, ob mit der Bahn oder dem Auto. Und egal, ob in Leipzig oder Grimma.

Sven Heitkamp,  
freier Journalist



**Schlange stehen für einen Kitaplatz in Leipzig ... das war 2017. Doch auch heute ist die Lage angespannt. Dafür gibt es Bus und Tram an fast jeder Ecke.**



## Stadt – Land – Bus?

### >>> Hannover und Bad Nenndorf: Kurze Wege

Vor drei Jahren ist PR-Referentin Annika Wilkening mit ihrem Ehemann, einem Lehrer, und dem damals zweijährigen Sohn von Hannover ins 30 Kilometer entfernte Bad Nenndorf gezogen. In der niedersächsischen Landeshauptstadt hatte sie für einen Reiseveranstalter gearbeitet, bis zur Geburt des Sohns in Vollzeit. Nach seinem ersten Geburtstag im Februar wollte sie in ihren Job zurückkehren. Doch die heute 35-Jährige fand keinen Betreuungsplatz, weil Krippen und Kitas in der Regel nur zum Stichtag Anfang August neue Kinder aufnehmen. Die Großeltern aus Bad Nenndorf sprangen ein und betreuten den Jungen an drei Nachmittagen. So kehrte Wilkening mit einer Zehn-Stunden-Woche zu ihrem alten Arbeitgeber zurück, obwohl sie sich „mehr vorgestellt“ hatte. Als das zweite Kind unterwegs war, zog das Ehepaar zurück in den Heimatort. Sie wollten „für die Eltern da sein, wenn diese Hilfe brauchen“ – und die Kinder sollten mit den Großeltern aufwachsen können.

Zu ihrem Arbeitgeber in Hannover ist Wilkening nach der Geburt des zweiten Kindes nicht zurückgekehrt: Für eine 20-Stunden-Stelle, wie sie es sich wünschte, hätte es sich nicht gelohnt, täglich zwei Stunden in Bus und Bahn

zu verbringen. „Ein Glücksfall“ sei ihre neue Teilzeitstelle bei der örtlichen Kur- und Tourismusgesellschaft. Arbeitsplatz, Kita und Krippe sind zu Fuß erreichbar, auch die zukünftige Schule ist nicht weit.

Kurze Wege sind auch für Annelies Bruhne aus Hannover unverzichtbar. Die 46-jährige Mutter eines Acht- und einer Fünfjährigen arbeitet in Teilzeit als Referentin für eine kirchliche Einrichtung. Mit ihrem Ehemann lebt sie in einem beliebten, zentralen Stadtteil. Kita, Grundschule, Einkaufsmöglichkeiten und Ärzte sind in unmittelbarer Nähe. „Ohne diese gute Infrastruktur könnten wir unseren Alltag nur schwer organisieren“, berichtet sie. Trotz des großen Angebots ist die Konkurrenz um Kita- und Krippenplätze, um Plätze im Fußballverein oder einem speziellen Ferienangebot deutlich zu spüren. Da sei langfristige Planung wichtig, so Bruhne. Und Selbsthilfe, vor allem im Kita-Bereich: In den vergangenen Jahrzehnten haben Eltern viele Kinderläden gegründet. Dort fand Bruhne seinerzeit einen Krippenplatz für ihren Sohn und engagierte sich im Vorstand.

Ihr Familien- und Berufsalltag sei ein „endloses Jonglieren mit Terminen und Verpflichtungen“, zumal sie häufig auf Dienstreisen ist. Beide Kinder werden bis 16 Uhr betreut. Das Bringen zu und Abholen von Schule, Kita und Freizeit-



Foto: dpa

**Die erfolglose Suche nach einem Kita- bzw. Krippenplatz in der Großstadt Hannover führt junge Familien ins Umland.**

aktivitäten teilen sich die 46-Jährige und ihr Ehemann, der sehr flexibel arbeitet. Das funktioniert, „solange nichts außerhalb der Reihe passiert“. Seit kürzlich jedoch die Schwiegereltern erkrankten, muss nun auch Zeit für die Fahrten in den Hannoveraner Vorort freigeschaufelt werden. „Bei der Kinderbetreuung sind wir jetzt stärker auf die Unterstützung von Freunden angewiesen“, so Bruhne. Für Eltern, die kein solches Netzwerk haben, bietet die Stadt seit zwei Jahren die Notfallbetreuung FLUXX. Hier erhalten sie kurzfristige Unterstützung von ausgebildeten Erzieherinnen.

Michaela Ludwig,  
freie Journalistin



Foto: mauritius

**Hannover bietet kurze Wege zur Kita, zur Grundschule oder zum Einkaufszentrum. Das erleichtert Frauen und Männern mit kleineren Kindern die Alltagsorganisation.**

### München und Hildweinsreuth: Platz 1 gegen 229

Das Zentrum Europas liegt in Hildweinsreuth. Kaum zehn Häuser zählt der Ort im Nordosten Bayerns, doch hier ist – geografisch gesehen – der Mittelpunkt Mitteleuropas. Ruhig geht es in dem kleinen Flecken kurz vor der Grenze zu Tschechien zu. Das Ende des Dorfes ist auch das Ende der Landstraße, eine Busverbindung gibt es nicht; wer kein Auto hat, ist auf die Nachbarn angewiesen. Die nächste Grundschule liegt knapp vier Kilometer entfernt in Flossenbürg. Ein Schulbus bringt die Kinder in die gerade einmal 1.700 Einwohner zählende Stadt und wieder zurück. Schüler der weiterführenden Schulen fahren morgens bis Flossenbürg und steigen dort in den Linien-



bus, der stündlich in die Kreisstadt Neustadt an der Waldnaab fährt. Nach Schulschluss müssen sie in Flossenbürg abgeholt werden – wie, das müssen die Eltern selbst regeln. Meist heißt das: Oma und Opa müssen ran!

Alleinerziehende ohne familiäres Netzwerk wird man hier kaum antreffen, und auch für Familien, in denen beide Elternteile voll berufstätig sind, sind die Bedingungen unattraktiv. In den anderen Gemeinden des dünn besiedelten Landkreises sieht es ähnlich aus. Seit Jahren weist die Region einen negativen Wanderungssaldo auf. Gerade junge Frauen haben ihr in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten den Rücken gekehrt. Die Entwicklung im Landkreis Neustadt verläuft damit gegen den bayerischen Trend; seit 2010 wächst die Bevölkerung – in der Landeshauptstadt München sogar überproportional.

In der „Deutschlandstudie ZDF 2017 – Wo lebt es sich am besten?“ erreichte

München



Foto: mauritius

**Attraktiv für junge Familien: Bayerns Metropole München – viele Ganztagsplätze in Kitas, lange Öffnungszeiten der Krippen, aber wegen explodierender Mieten fast nur noch für Gutbetuchte bezahlbar.**

die Region Platz 229 von 401 Kreisen und kreisfreien Städten. München kam auf den ersten Platz. Während dort für

mehr als die Hälfte der Drei- bis Sechsjährigen (55,2 Prozent) ein Ganztagsplatz in einer Kita zur Verfügung steht, >>>

## IM GRUNDE SIND SIE NUR NOCH KÖRPERLICH ANWESEND?

In letzter Zeit fühlen Sie sich von den Anforderungen im Alltag zunehmend überlastet und oft selbst Kleinigkeiten nicht mehr gewachsen? Dann könnten das erste Anzeichen für eine psychische Erkrankung sein, die Sie ernst nehmen sollten.

In der Habichtswald Privat-Klinik helfen wir Ihnen, neue Kraft zu schöpfen und Ihr Leben wieder lebenswert zu machen: Dabei integrieren wir in unserem ganzheitlichen Therapiekonzept gleichwertig die Methoden modernster wissenschaftlicher Schulmedizin und bewährter Naturheilverfahren und verstehen den Menschen immer als Einheit von Körper, Seele und Geist.

Gerne beraten wir Sie ausführlich und persönlich. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an unter 0800 - 890 11 01.

SEIT 1986  
30 Jahre  
Expertise in  
ganzheitlicher  
Therapie

**Aufnahme im Bedarfsfall: einfach und schnell.**



**Habichtswald Privat-Klinik**

Krankenhaus für Psychosomatische Medizin  
und Psychotherapie

Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe  
[www.habichtswaldklinik.de/privat](http://www.habichtswaldklinik.de/privat)

## Stadt – Land – Bus?



**Hildweinsreuth**  
Ruhig geht es in Hildweinsreuth, im Nordosten Bayerns, zu. Wer hier kein Auto hat, ist auf Nachbarn angewiesen.

>>> beträgt die Versorgungsquote im Landkreis Neustadt lediglich 19,9 Prozent. Noch ungünstiger ist das Verhältnis bei den Krippenplätzen: Jedes fünfte Kind (20,1 Prozent), das jünger als drei Jahre ist, hat in München einen Krippenplatz, im Landkreis Neustadt nur jedes 25. (4,1 Prozent).

Zwar ist die Beschäftigungsquote von Frauen hier mit 56,1 Prozent nur geringfügig niedriger als in München (59,6 Prozent), doch die meisten Frauen können maximal halbtags arbeiten; Familie und Beruf lassen sich schwer miteinander vereinbaren, selbst wenn Ganztagsplätze in Krippe, Kita und Schule zur Verfügung stehen, denn die Einrichtungen schließen spätestens um 17 Uhr.

So auch die Kita in Flossenbürg, die gleichzeitig als Schulhort fungiert. In München dagegen haben die städtischen Kitas seit Kurzem die Möglichkeit, bei Bedarf ihre Krippen bis 18 Uhr zu öffnen. Diese zusätzliche Stunde erscheint zunächst als nicht besonders viel, doch sie entscheidet oft darüber, ob einer der Ehepartner – in der Regel die Frau – ganztags oder doch nur in Teilzeit arbeiten kann. Gerade für Frauen in ländlichen Regionen, in denen die Wege lang sind, ist der Zeitfaktor wichtig. Sonst bleibt nur der Teilzeitjob – oder hoffen, dass Oma und Opa noch lange fahrtüchtig bleiben.

Jürgen Amendt,  
Redakteur „neues deutschland“

### Frankfurt/M.: Kaum zu bezahlen

Schon während der Schwangerschaft beschäftigt viele Paare in Frankfurt/M. vor allem eine Frage: Finden wir einen Kita-Platz? Die Metropole zählt zu den teuersten Städten Deutschlands. Kaum eine Familie kann es sich leisten, lange aufs zweite Einkommen zu verzichten. Frauen wollen nach der Elternzeit meist schnell zurück in den Job – und Oma und Opa wohnen selten in der Nähe. Deshalb eilen Eltern, kaum ist der Nachwuchs auf der Welt, nervös von Kita zu Kita und schicken ihren Favoriten zu Weihnachten gerne auch mal

Fotos des Babys mit roter Zipfelmütze. Zusagen kommen oft auf den letzten Drücker. Doch die meisten Familien finden letztlich einen Platz: Frankfurt liegt bei der Betreuungsquote der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, deutlich über dem Durchschnitt: 40 Prozent der Kleinkinder besuchen eine Krippe. Die Öffnungszeiten kommen berufstätigen Eltern entgegen: In vielen Einrichtungen werden die Kleinen von 7 bis 17 Uhr betreut. Mit der S- oder U-Bahn kommen Mütter und Väter fix zum Arbeitsplatz – allerdings kostet ein Jahresticket knapp 900 Euro.



**Frankfurt/M.**  
Schon vor der Geburt eines Kindes sorgen sich viele Paare um einen Kita-Platz in Frankfurt/M. In der teuren Bankenmetropole kann es sich kaum eine Familie längere Zeit leisten, auf ein zweites Einkommen zu verzichten.



Viele Familien können sich spätestens ab dem zweiten Kind ein Leben mitten in der Stadt kaum noch leisten. Eine Kugel Eis im Stadtteil Sachsenhausen schlägt locker mit 1,80 Euro zu Buche. Die Stadt hat zwar angekündigt, dass Kinder für Zoo, Museum und Schwimmbad künftig keinen Eintritt mehr bezahlen. Aber die Mieten steigen immer weiter. Welche junge Familie kann

für knapp 90 Quadratmeter 1.700 Euro kalt bezahlen? Viele ziehen deshalb an den Stadtrand oder raus aufs Land. Nach einer Studie der Industrie- und Handelskammer wohnen fast zwei Drittel aller Menschen, die in der Bankenmetropole arbeiten, nicht in der Stadt.

Kathrin Hedtke,  
freie Journalistin

### Gombeth: Alle paar Stunden ein Bus

**Martina Uecker, 40, wohnt in einem Dorf nahe Borken in Nordhessen.**

„Meine zweijährigen Zwillinge habe ich in genau einer Kita angemeldet, im Nachbardorf, drei Kilometer entfernt. Ich bin hineinspaziert, habe das Formular ausgefüllt, fertig. Meine große Tochter besucht bis 15.30 Uhr eine Ganztagschule. Ich arbeite Vollzeit als Förderschullehrerin. Das lässt sich recht gut vereinbaren – was aber auch daran liegt, dass mein Mann selbstständiger Heilpraktiker ist und seine Termine nach mir richten kann. Und zur Not wohnen auch noch Oma und Oma bei uns im Haus. Wenn ein Kind krank wird, springen sie ein.“



Gombeth

Foto: dpa

**Im nordhessischen Dörfchen Gombeth bei Borken gibt es wenig Infrastruktur – dafür den Singliser See. Familie Uecker wohnt im eigenen Haus mit großem Garten.**

Morgens lege ich für die Kleinen die Wäsche raus, packe die Brotboxen und verlasse um sieben Uhr das Haus. Mein Mann bringt die Zwillinge zur Kita und holt sie in der Regel um 14 Uhr auch wieder ab. Wir sind auf zwei Autos angewiesen. Sonst wären wir zu unflexibel, der Bus fährt nur alle paar Stunden. Gombeth ist ein Dorf mit 800 Einwohnern, da ist nicht viel los. Dafür wohnen wir in einem eigenen Haus mit großem Garten.

Wir kommen gut klar. Aber unser Alltag ist auch sehr anstrengend. Ich habe nicht mal fünf Minuten zum Luftholen: vormittags eine volle Klasse in der Schule, nachmittags meine eigenen Kinder. Meinen Unterricht bereite ich von 19.30 bis 21 Uhr vor. Danach ist der Tag für mich gelaufen, und ich gehe direkt ins Bett.“

Aufgezeichnet von Kathrin Hedtke,  
freie Journalistin

**Profitieren Sie von unserer Leistungsstärke**

Debeka - Der Versicherer für Beamte und Angestellte im Öffentlichen Dienst

**Debeka** Krankenversicherungsverein a. G.

Information unter:  
**(08 00) 8 88 00 82 00**

www.debeka.de/socialmedia

*Mit Kraft ins neue Leben*

**AKUTKLINIK URBACHTAL**  
PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

- \* Depressionen
- \* Angststörungen
- \* Chronische Schmerzen
- \* Traumafolgestörungen
- \* Burnout
- \* Lebenskrisen

- \* Hochfrequente Therapien
- \* Herzlichkeit und Mitgefühl
- \* Individualität in familiärem Kreise
- \* 60 Betten / 30 Therapeuten

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

88339 Bad Waldsee  
0 75 24 990 222  
(auch am Wochenende)  
www.akutklinik.de



# „Macht, um zu machen“

**// Frauen sind in Kommunalparlamenten und Rathäusern unterrepräsentiert. Damit sich das ändert, muss an vielen Stellschrauben gedreht werden. //**

An Haustüren klingeln, Broschüren verteilen, von einem Termin zum anderen hetzen – so kämpft Inken Kuhn um das Bürgermeisteramt im Ostseebad Laboe in Schleswig-Holstein. „Hätte mir das jemand prophezeit, hätte ich mir an den Kopf gefasst“, sagt die 47-Jährige. Aber nach sechs Jahren, die sie für die SPD im Gemeinderat gesessen hat, „habe ich Geschmack daran gefunden mitzugestalten“. Sie will „Macht, um zu machen“ – immer noch ungewöhnlich für eine Frau. Denn während im Bundeskabinett fast ebenso viele Ministerinnen wie Minister sitzen und in den Landtagen im Bundesschnitt ein Drittel der Abgeordneten weiblich ist, führt bundesweit nur in jedem zehnten Rathaus eine Frau die Amtsgeschäfte.

„Dabei sind Frauen eigentlich die besseren Bürgermeister“, sagt Thies Thiessen. Er coacht für die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein Menschen auf ihrem Weg zum Bürgermeisteramt. Die Mehrzahl sind Frauen, aktuell betreut er Kuhn. „Frauen sind besser in Kommunikation, sie gehen mehr auf Menschen ein“, erklärt Thiessen.

Also nur eine Frage der Zeit, bis sich das Ungleichgewicht der Geschlechter von selbst verbessert? „Zu glauben, es kommen

automatisch mehr Frauen – nein, das klappt nicht“, sagt Cécile Weidhofer vom Helene-Weber-Kolleg. Sie begleitet für die Europäische Akademie für Frauen (EAF) das Projekt „Demokratie braucht Frauen“ und sieht mit Sorge, dass die Zahlen weiblicher Abgeordneter in den Parlamenten stagnieren – in jüngster Zeit sogar sinken. „Dass Frauen nun mal nicht wollen und dass die Männer es schon richten werden, ist ein Argument wie vor 100 Jahren“, sagt Weidhofer. „Wir leben in einer repräsentativen Demokratie. Frauen wollen und müssen ihre Interessen in den Gremien vertreten.“

## Kritischer beäugt

Aber es gibt Hemmnisse, die durch zahlreiche Studien belegt sind. So werden Frauen kritischer beäugt, wenn sie nach der Macht greifen. Gleichzeitig hinterfragen sie sich selbst stärker. Hinzu kommt, dass Frauen im Schnitt anders und später in eine Polit-Karriere starten als Männer: „Während die Männer in den Nachwuchsorganisationen der Parteien aktiv sind, kümmern sich Frauen zu Hause um die Kinder“, sagt Weidhofer. Dabei engagieren sie sich in Kitas, Schulelternbeiräten, Vereinen und Kirchengemeinden. Nur in die politischen Gremien stoßen sie nicht vor. „Hier sind die Parteien gefordert.“

Die haben das Problem erkannt. Fast in allen Parteien gibt es Mentoring-Angebote, Praktika, Schulungen. In Baden-Württemberg hat die CDU die „Mitreden-Kampagne“ gestartet, bei der Frauen um ihre Meinung gebeten werden, berichtet Susanne Wetterich, Mitglied im Bundesvorstand der Frauen Union. Interessentinnen erhalten eine Mentorin, machen Schnupperkurse in Parlamenten. Dennoch gebe es „viele sehr Konservative, für die Genderfragen immer noch Gedöns sind“, weiß Wetterich.

Frauen aus allen Parteien fordern inzwischen eine Änderung des Wahlsystems. Ein Vorbild ist das französische Paritätsgesetz. „Aber man muss differenziert vorgehen, die Gesetzeslage ist in Bund, Ländern und Kommunen sehr unterschiedlich“, sagt Wetterich. Die CDU hat mit dem aktuellen Wahlsystem ein besonderes Problem: Auch wenn Frauen auf den Listen gut platziert sind, ziehen als Direktkandidaten viele Männer in die Parlamente ein. Eine Idee lautet, Wahlkreise zusammenzulegen und Tandems antreten zu lassen: „Dann würden Mann und Frau gemeinsam siegen“, sagt Wetterich.

Doch so eine Änderung braucht Zeit. Und für die Bürgermeister-Direktwahlen würde sie nichts bringen. In Laboe konkurriert Kuhn mit zwei Männern. Das wichtigste Streitthema ist das örtliche Schwimmbad. Aber Kuhn geht es auch um andere Fragen: „Ich möchte mich für die Menschen einsetzen, die selbst nicht für sich eintreten können.“ Frauen würden andere Politik machen als Männer, glaubt sie, „weil wir uns nicht so stark profilieren wollen“.



Foto: privat

**Wahlkämpferin Inken Kuhn. Die Sozialdemokratin bewirbt sich um das Bürgermeisteramt im Ostseebad Laboe in Schleswig-Holstein. Frauen starten eine Politik-Karriere meist später als Männer. Sie kümmern sich erstmal um die Kinder.**

Esther Geißlinger,  
freie Journalistin

FRAUKE GÜTZKOW



# „Her mit dem ganzen Leben!“

Wenn es darum geht, eigene Erfolge unwidersprochen zu präsentieren, eignen sich nur wenige Gelegenheiten so gut wie Neujahrsempfänge. So war es auch jüngst in einer westdeutschen Großstadt, wo der Oberbürgermeister in seiner Rede eine lange Liste des 2018 Erreichten ausbreitete: Wohnungen wurden fertiggestellt und Bauplätze ausgewiesen, Arbeitsplätze erhalten und geschaffen, die Gebührenfreiheit in Kitas eingeführt. Alles Themen also, die ganz unmittelbar Frauen betreffen: Wo es Arbeitgeber gibt, gibt es Arbeit für Frauen; in Wohnungen können Frauen leben. Werden in neuen Wohngebieten Kitas und Schulen mitgedacht, führt das zu kurzen Wegen für Frauen. Und so weiter. Erwähnt hat der Oberbürgermeister das an keiner Stelle. Ebenso wenig hat er irgendeine Einrichtung erwähnt, die explizit Frauen offensteht: Aktivitäten für mehr Frauen in der Kommunalpolitik oder ein neues Frauenhaus zum Beispiel, in dem Frauen Schutz vor – in aller Regel männlicher – Gewalt finden.

Was uns das sagt? In der Kommunalpolitik scheinen Frauen im Jahr 2019 immer noch keine Bürgerinnen zu sein, die in den Blick genommen werden. Statt als eigene Zielgruppe adressiert zu werden, verschwinden sie regelhaft in der „Familie“ oder auch als Mütter von „Kindern“ – die sehr häufig ins Zentrum kommunaler Bemühungen wie sonntäglicher Reden gestellt werden. Das macht jenseits einer gewissen und über Jahrzehnte tradierten Gering-schätzung von Frauen deutlich: Gender Mainstreaming ist nach wie vor nicht kommunale Praxis. Denn das würde im Kern bedeuten, dass immer, also auch bei allen regionalen, städtischen oder kommunalpolitischen Initiativen mitgedacht wird: Was bedeutet Maßnahme X oder Y – für wen? Dabei herauskommen würde dann schnell: Frauen nutzen dieses oder jenes Beratungsangebot anders als Männer.

Deshalb ist der Internationale Frauentag am 8. März auch für die Gewerkschaften ein guter Anlass, sich zu vergegenwärtigen, welche Rolle ihnen bei der Stärkung von Frauen in den Kommunen zukommt – und was sie tun können. Getreu dem alten Slogan „Her mit dem ganzen Leben!“ ging es insbesondere den Gewerkschafterinnen nie nur um Arbeitsverhältnisse, sondern um das große Ganze.

Zu diesem großen Ganzen gehört, dass sich die GEW weiterhin explizit für Frauen stark macht – und zwar auch, wenn zuweilen ein Mann des Weges kommt und fragt: „Und was ist mit uns?“ Und dass wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter uns vergegenwärtigen sollten, dass auch die Gestaltung des kommunalen Lebens zu unseren Aufgaben gehört – und zwar vom Kampf für Arbeitsplätze bis zum Einsatz für den Erhalt des Dorfladens, der nicht nur Wege verkürzt, sondern auch ein wichtiger Ort der Begegnung ist.

Apropos Dorfladen: Je kleiner eine Kommune, desto wichtiger ist das gewerkschaftliche Engagement vor Ort. Schließlich sind viele Angebote, die Frauen in den Städten offenstehen, in den Regionen nach wie vor in nahezu unerreichbarer Ferne. Das gilt für die Zufluchtsstätten ebenso wie für Beratungsstellen für Migrantinnen oder geflüchtete Frauen oder für Netzwerke lesbischer Mütter. Es gilt aber auch für all jene Stellen und Angebote, die sich nicht nur, aber eben auch an Frauen richten.

Insofern sollte die GEW – wie alle Gewerkschaften – nicht nur nach Frankfurt, Düsseldorf, Leipzig oder München schauen. Sondern auch nach Brilon, Miesbach, Görlitz und Cölbe. Unsere Sichtbarkeit, unser Engagement in der Fläche ist gefragt.

Frauke Gützkow,  
GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik





Damit alle Professionen an Kitas und Schulen zum Wohle der Lernenden an einem Strang ziehen können, brauchen sie einen gemeinsamen Kompass.

# „Redet miteinander!“

**// Zum Wohl der Kinder müssen in Kitas und Schulen viele Professionen an einem Strang ziehen. Doch wie gelingt gute Zusammenarbeit? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine GEW-Tagung Ende Januar in Kassel. //**

Ob Inklusion oder Ganzttag, klar ist: Die vielen Anforderungen an Schule und Kita kann keine Berufsgruppe alleine meistern. Dass es dafür verschiedene Kompetenzen und Sichtweisen braucht – darin waren sich alle einig. „Das Zauberwort lautet: multiprofessionelle Teams“, sagte Ilka Hoffmann, im Vorstand der GEW verantwortlich für den Bereich Schule. Unter dem Motto „verschieden \* gleich \* gemeinsam“ diskutierten knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwei Tage lang, was für eine gute Zusammenarbeit nötig ist. Ein Fazit: „Wichtig ist, dass alle einen gemeinsamen Kompass haben.“ Als Basis brauche es gemeinsame Werte und Überzeugungen. Seit Jahren arbeiten Pädagoginnen und Pädagogen aus Schule, Jugendhilfe und

Sozialarbeit zusammen. Nicht immer reibungsfrei. In Stresssituationen knirsche es ab und zu, berichtete Hoffmann. Ziel der GEW-Konferenz war, den Austausch zwischen den Professionen zu fördern, gegenseitiges Verständnis zu entwickeln und gemeinsame Perspektiven zu stärken. Andrea Platte, Professorin am Institut für Kindheit, Jugend, Familie und Erwachsene der Technischen Hochschule Köln, warnte generell davor, zu sehr die Unterschiede zu betonen. Schnell werde der Blick vor allem auf das Trennende gerichtet: „Wer ist anders? Was ist anders?“ Stattdessen sei es an der Zeit, das Gemeinsame hervorzuheben, forderte die Sozialwissenschaftlerin.

### „Wie inklusiv sind wir?“

Eine Hilfestellung sei der „Index für Inklusion“\*, so Platte. Der Leitfaden biete dem Kollegium eine gute Möglichkeit, gemeinsam an seinen Einstellungen zu arbeiten.

Zum Beispiel durch die Frage: „Wie inklusiv sind wir als Kollegium?“ Entscheidend sei dabei die Form des Umgangs, betonte die Professorin. Inklusion sei nicht die vermeintliche Heterogenität einer Gruppe, sondern die Art und Weise, wie alle ihre Beteiligung fänden. Eine andere Frage laute: „Zeigen Mitglieder des Schulpersonals echtes Interesse an neuen Kolleginnen und Kollegen und daran, was sie zur Schule beitragen können?“ Der Leitfaden wolle Austausch und Reflexion anregen, erklärte die Professorin. Eine Schule hänge etwa regelmäßig eine „Frage der

Woche“ ins Foyer, eine andere beginne ihre Konferenzen damit. Plattes Botschaft: „Redet miteinander!“ Die Erziehungswissenschaftlerin Annedore Pregel von der Univer-

Die Erziehungswissenschaftlerin Annedore Pregel stellte während der Kasseler GEW-Tagung mit Blick auf die pädagogische Arbeit fest: „Auf die Beziehungen kommt es an.“ Und auf die Wertschätzung, die man jungen Menschen entgegenbringe.



Fotos: Christoph Borchert





sität Potsdam betonte ebenfalls: „Auf die Beziehungen kommt es an.“ In ihrem Vortrag verwies sie auf die „Reckahner Reflexionen zur Ethik pädagogischer Beziehungen“\*\* als eine „Art Manifest“. Das Papier formuliere gemeinsame Leitlinien für alle pädagogischen Berufe. Zum Beispiel den Grundsatz, dass alle Kinder und Jugendlichen wertschätzend behandelt werden sollen. Außerdem: dass Lehrpersonen und pädagogische Fachkräfte zuhören. Und bei Rückmeldungen zum Lernen das Erreichte betont wird.

Ein Blick in die autonome italienische Provinz Südtirol zeigt, dass Inklusion nur durch enge Kooperation gelingen kann. In Italien wurden 1977 auf einen Schlag alle Sonderschulen abgeschafft. Die Folge: „Schule muss sich ans Kind anpassen“, sagte Dozentin Rosa Anna Ferdigg von der Freien Universität Bozen. Was notwendig sei, um allen Kindern gerecht zu werden, könne nicht von einzelnen Lehrkräften im geschlossenen Klassenzimmer bewältigt werden. Die Referentin zeigte auf, „welches komplexe Geflecht notwendig ist, um eine Schule am Leben zu halten, die wirklich alle aufnimmt“. In Südtirol sind die Klassenlehrerinnen bzw. der Klassenlehrer sowie eine Integrationslehrkraft gemeinsam für eine Klasse verantwortlich, hinzu kommen Mitarbeiter für Integration und Sozialpädagogik. Alle sind dem gleichen Dienstherrn unterstellt.

### Kooperation entwickeln

Doch Teamarbeit sei eine große Herausforderung, so Ferdigg. Es sei nicht damit getan, zwei Menschen in eine Klasse zu stellen. Eine Kooperation, „die über bloße Arbeitsteilung hinausgeht“, müsse höchst anspruchsvoll entwickelt werden. Dafür brauche es viel Mühe und Ausdauer. Am Ziel angekommen sei man auch in Südtirol noch nicht. „Das ist ein Prozess, der mit jedem Kind neu beginnt.“

Dass es dabei auch zu Konflikten kommt, verwundert nicht. Kohärenz im Team erfordere mehr Aushandlungen über Gemeinsamkeiten, erklärte die Direktorin des Berliner Kita-Instituts für Qualitätsentwicklung (BeKi), Christa Pressing, in ihrem Workshop. Doch viele Pädagoginnen und Pädagogen wichen Konflikten lieber aus. Deshalb sei es wichtig, dass Teams eine „Streitkultur“ entwickelten – mit professioneller Begleitung. Die Sozialwissenschaftlerin regte außerdem eine Debatte darüber an, ob sich die Einrichtungen noch stärker für nichtpädagogisches Personal öffnen sollten. Kindheit und Jugend verlaufe zunehmend in pädagogischen Institutionen, gab Pressing zu bedenken. Kinder kämen immer jünger in die Einrichtungen und verbrächten dort mehr Zeit. Dadurch würden sie lange von lebenspraktischen Tätigkeiten ausgeschlossen. Fachkräfte mit Ausbildungen in anderen Bereichen könnten ihrer Meinung nach ebenfalls geeignet sein, „mit Kindern zu leben, zu lernen und zu arbeiten“. Mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer äußerten jedoch die Sorge, dass in Zeiten des Personalmangels auf diese Weise pädagogisches Personal ersetzt werden könnte.

„Wir dürfen die Fachlichkeit nicht zugunsten einer verfehlten Politik opfern“, warnte Björn Köhler, im GEW-Vorstand für Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich. Multiprofessionelle Teams seien auch ein Ansatz, mit dem Problem des Fachkräftemangels umzugehen. Fakt sei: „Multiprofessionelle Teams erweitern unseren Blick und schützen uns vor einer gewissen Betriebsblindheit.“

Kathrin Hedtke,  
freie Journalistin

**\*Index für Inklusion:**  
[bit.ly/beltz-index-inklusion](http://bit.ly/beltz-index-inklusion)  
**\*\*Reckahner Reflexionen:**  
[www.paedagogische-beziehungen.eu](http://www.paedagogische-beziehungen.eu)

## Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

### Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

### Die multimodale Schmerztherapie ist der Goldstandard in der Versorgung von chronischen Schmerzpatienten.

Die Effektivität dieser Therapie hängt aber entscheidend von der Behandlungsintensität, -qualität und -dauer ab. Bei uns liegt die Behandlungsdauer bei mindestens drei Wochen. So ist es möglich, eine chronische Schmerzerkrankung nachhaltig zu behandeln.

### Service-Paket für den Krankenhausbereich

- Unsere Leistungen entsprechen denen eines Krankenhauses der Maximalversorgung (z. B. Universitätsklinik).
- Die privaten Krankenkassen und die Beihilfe übernehmen die Behandlungskosten der multimodalen Schmerztherapie im Rahmen einer medizinisch notwendigen stationären Heilbehandlung, wenn der Versicherte diese vor Beginn der Behandlung schriftlich zugesagt hat.
- Den Aufnahmetermin stimmen wir mit Ihnen ab.

**Wir beraten und unterstützen Sie individuell bei allen Fragen zur stationären Aufnahme und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!**



## Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim

Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie  
und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10  
97980 Bad Mergentheim

Tel.: 07931 5493-44

Fax: 07931 5493-50

E-Mail: [schmerzlinik@schmerzlinik.com](mailto:schmerzlinik@schmerzlinik.com)

**Kostenlose Beratungs-Hotline:  
0800 1983 198**

[www.schmerzlinik.com](http://www.schmerzlinik.com)

# „Bildung spielt eine sehr, sehr wichtige Rolle“

**// Den „Teufelskreis aus Bildungsferne, Armut und Kinderarbeit“ zu durchbrechen, das fordert der indische Friedensnobelpreisträger Kailash Satyarthi, Initiator der globalen Kampagne „100 Million“\*. Ein Gespräch über Ursachenbekämpfung und die Einflussmöglichkeiten der Politik sowie jedes einzelnen Menschen. //**

**E&W:** Im November vorigen Jahres ist „100 Million“ in Deutschland gestartet. Verbinden Sie damit besondere Erwartungen?

**Kailash Satyarthi:** Ich habe mit Organisationen der deutschen Zivilgesellschaft schon erfolgreich zusammengearbeitet, besonders eng mit den Bildungsgewerkschaften. Umso größer ist meine Erwartung, dass die Deutschen, vor allem Lernende und Lehrende, eine führende Rolle im Kampf gegen Sklaverei und Kinderarbeit spielen, denen weltweit mehr als 100 Millionen junge Menschen ausgesetzt sind. Das ist ja die ganze Idee hinter der Kampagne, dass 100 Millionen besser gestellte Jugendliche zu Wortführern und Antreibern des Wandels werden für jene 100 Millionen Gleichaltrige, die im Stich gelassen worden sind.

**E&W:** Wie soll das gehen?

**Satyarthi:** Wir wollen ein Bewusstsein schaffen für Nöte, mit denen Kinder in anderen Weltteilen zu tun haben. Ich nenne das die „Globalisierung der Anteilnahme“. Junge Deutsche können dazu in verschiedener Weise beitragen. Sie können sich in Gruppen zusammenschließen, die sich mit Notlagen von Kindern im eigenen Land befassen, etwa von Flüchtlingskindern. Sie können aber auch die Politik auf globaler Ebene beeinflussen, indem sie Politiker und Parlamentarier in ihre Schulen einladen und zur Rede stellen. Ich hatte darüber einen vielversprechenden Ge-

dankenaustausch mit dem deutschen Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU).

**E&W:** Müssen Politiker überhaupt noch überzeugt werden?

**Satyarthi:** Ich habe schon Politiker getroffen, die fanden, dass Kinderarbeit eine traurige ökonomische Realität sei, die wir nicht vollständig überwinden können. Wir könnten allenfalls die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Betroffenen verbessern. Das habe ich vor 20, 30 Jahren sogar in Deutschland gehört, als ich hier die Verbraucherkampagne für kinderarbeitsfreie Teppiche startete. Mittlerweile hat sich die Wahrnehmung geändert. Was wir heute aber benötigen, ist ein konkreter, starker politischer Wille, der sich auch in Taten umsetzt – zum Beispiel durch Druck auf Unternehmen, denen es gleichgültig ist, ob sie irgendwo in ihrer Lieferkette mit Kinderarbeit zu tun haben. Hier könnten Politiker viel mehr bewirken.

**E&W:** Die Kampagne hat vor über zwei Jahren in Indien begonnen – mit welchen Ergebnissen bisher?

**Satyarthi:** In Indien lag der Schwerpunkt auf dem Problem des sexuellen Kindesmissbrauchs – Vergewaltigungen von Jungen und Mädchen, die wie eine Epidemie um sich greifen. Im September 2017 haben wir einen Marsch quer durch das Land organisiert, an dem sich eine Million vor allem junge Menschen beteiligten. Die unmittelbare Folge war, dass sowohl das Bundesparlament als auch mehrere Landesparlamente neue Gesetze gegen Kindesmissbrauch verabschiedeten. Ein anderes Beispiel ist Schweden. Hier erhöhte die Regierung den finanziellen Beitrag zur „Globalen Partnerschaft für Bildung“ (GPE)\*\* für die Jahre 2018 bis 2020 um 30 Prozent, nachdem die führenden Studierenden- und Lehrerverbände des Landes eine Dialogrunde mit politisch Verantwortlichen orga-

nisiert hatten. Bis dahin war die Rede davon gewesen, dass Schweden die GPE-Mittel kürzen wolle. Die Initiative von Studierenden und Lehrkräften hat eine politische Wende bewirkt.

**E&W:** Sie betonen die Bedeutung eines Bewusstseinswandels. Ist Kinderarbeit nicht eher eine Folge ökonomischen Zwangs?

**Satyarthi:** Kinderarbeit ist aus meiner Sicht sowohl Ursache als auch Folge der Armut. Jedes arbeitende Kind nimmt einem Erwachsenen den Job weg. Diese Erwachsenen aber sind, wie Studien in vielen Ländern zeigen, oft dieselben, die ihre Kinder arbeiten lassen. Die Eltern sind arbeitslos, weil ihre Beschäftigung höhere Kosten verursacht, während Kinderarbeit fast nichts oder, wenn sie unter sklavereiähnlichen Bedingungen stattfindet, überhaupt nichts kostet. Man kann Kinder problemlos ausbeuten, sie zwölf, 14, in vielen Fällen 18 Stunden am Tag arbeiten lassen. Kinder gründen keine Gewerkschaft, sie gehen nicht vor Gericht. So entsteht ein Teufelskreis. Weltweit sind 210 Millionen Erwachsene ohne Beschäftigung. Warum brauchen wir dann 152 Millionen Kinder, um deren Arbeit zu erledigen? Wir müssen diesen Teufelskreis aus Bildungsferne, Armut und Kinderarbeit durchbrechen.

**E&W:** Wer trägt die Hauptverantwortung – Eltern, Kinderhändler, Unternehmen?

**Satyarthi:** Ich würde sagen, es gibt zwei Faktoren. Der treibende Faktor besteht aus Analphabetismus, Unwissenheit, Armut, Missachtung von Menschenrechten ebenso wie aus der Unfähigkeit, geltendes Recht vor Ort durchzusetzen. Und es gibt die Nachfrageseite. Das sind die „Arbeitsvermittler“, Menschenhändler, die erheblich von Kinderarbeit profitieren, und Unternehmen, die ihre Kosten in der Lieferkette verringern. Es kommt auch vor, dass Produzenten am



Anfang der Lieferkette mit Kinderarbeit betrügerische Gewinne erzielen. Sie legen Papiere vor, aus denen hervorgehen soll, dass sie legale Löhne zahlen, was nicht der Fall ist, und berechnen ihre Preise entsprechend. So gelangt Schwarzgeld als Treibstoff von Korruption und Kriminalität in den Wirtschaftskreislauf.

**E&W:** Gibt es regionale Unterschiede im Vorkommen von Kinderarbeit, und was bedeutet es, wenn die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) davon spricht, dass 73 von 152 Millionen arbeitenden Kindern unter „schlimmsten“ Bedingungen beschäftigt sind?

**Satyarhi:** Die Unterscheidung zwischen „schlimmsten“ und anderen Bedingungen ist nützlich, um konkrete Situationen einzuschätzen. Abgesehen davon gibt es natürlich keine Entschuldigung für Kinderarbeit – unter welchen Bedingungen auch immer. Jedes arbeitende Kind ist auf Kosten eines arbeitslosen Erwachsenen beschäftigt, erfährt Missachtung seiner Menschenrechte und Verweigerung von Bildungschancen. Was die regionalen Unterschiede betrifft, ist die Situation in Afrika bisher sicher am schlimmsten, gefolgt

von Südasien. Wir haben zwar manche Fortschritte erzielt, aber noch immer kommt Kinderarbeit unter schlimmsten Bedingungen wie im Allgemeinen zu häufig vor.

**E&W:** Gleichwohl sinken offenbar weltweit die Zahlen – warum?

**Satyarhi:** Seit etwa dem Jahr 2000 haben wir in der Tat einen Rückgang der Kinderarbeit erlebt. Das ist eine gute Nachricht, aber nicht genug. Ich würde diese Welt nicht als zivilisiert, sicher und frei bezeichnen, solange noch ein einziges Kind versklavt ist. Der Rückgang erklärt sich meiner Meinung nach durch verstärkte Anstrengungen, Bildung voranzubringen. Internationale Faktoren wie die Informationstechnologie spielen ebenfalls eine sehr wichtige Rolle. Nicht zuletzt verhalten sich Politik und Zivilgesellschaft viel, viel aktiver und verantwortungsbewusster als je zuvor. Im Übrigen zeigen Studien: Wenn in einem Entwicklungsland jedes Kind auch nur ein Jahr zur Schule geht, erzeugt dies ein zusätzliches Wirtschaftswachstum um 0,34 Prozent. Bildung spielt eine sehr, sehr wichtige Rolle.

**E&W:** Sehen Sie Defizite in der Gesetzgebung?

**Satyarhi:** Kinderarbeit ist nirgendwo erlaubt. In ihren schlimmsten Formen gilt sie als kriminelles Delikt. Aber es gibt Gesetzeslücken. Manche Länder kennen überhaupt keine gesetzlichen Regelungen. Meistens gibt es Gesetze, aber Mechanismen und Institutionen reichen nicht aus, um geltendes Recht durchzusetzen.

**E&W:** Würden Sie Regierungen und Behörden dennoch ein geschärftes Problembewusstsein bescheinigen?

**Satyarhi:** Ja, definitiv. Es ist enorm, und es stimmt mich sehr, sehr optimistisch. Wir haben seit etwa anderthalb Jahrzehnten eine bemerkenswerte Entwicklung erlebt. Es gibt heute mindestens 100 Millionen arbeitende Kinder weniger als früher. Früher war die Zahl steigend. Heute hat sie nicht nur aufgehört, weiter anzusteigen, sondern erheblich abgenommen.

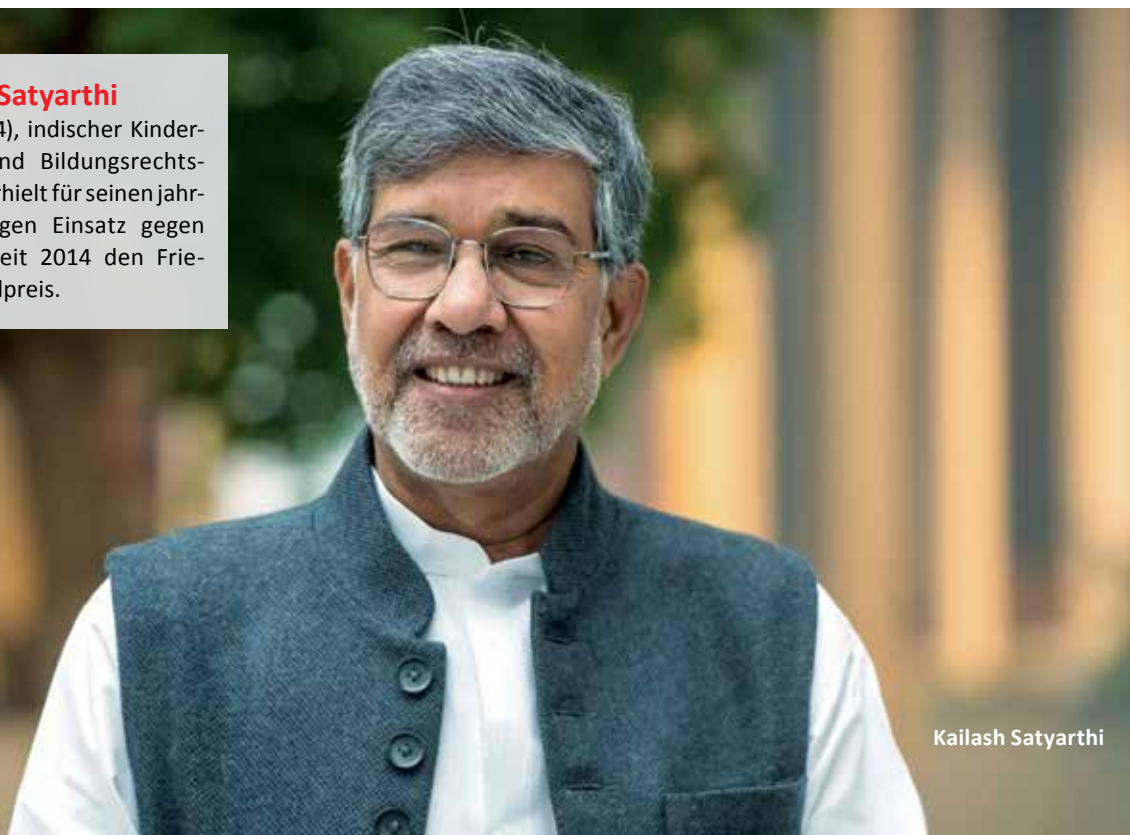
Interview: Winfried Dolderer,  
freier Journalist

■ [\\*www.100million.org](http://www.100million.org)

\*\*[Global Partnership for Education \(GPE\)](#): [bit.ly/gpe-beschreibung-pdf](http://bit.ly/gpe-beschreibung-pdf)

### Kailash Satyarthi

(geb. 1954), indischer Kinderrechts- und Bildungsrechtsaktivist, erhielt für seinen jahrzehntelangen Einsatz gegen Kinderarbeit 2014 den Friedensnobelpreis.



Kailash Satyarthi

Foto: imago

MARLIS TEPE



Foto: Kay Herschelmann

## Nach Gezerre – Kompromiss

Das lange Gezerre zwischen Bund und Ländern um die Finanzhilfe des Bundes für den Digitalpakt Schule ist (fast) beendet. Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat einen Kompromiss ausgehandelt, dem der Bundestag bereits mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt hat (s. S. 4). Nun muss noch der Bundesrat am 15. März grünes Licht geben. Viele Kollegien stehen in den Startlöchern, um das heiß ersehnte Geld für WLAN, Tablets oder Lernprogramme zu beantragen. Der Streit darum, ob die Länder sich bei gemeinsamen Projekten jeweils zur Hälfte beteiligen müssen, ist vom Tisch. Einen Eigenanteil werden die Länder allerdings beisteuern müssen. Damit können jetzt auch finanzschwache Bundesländer Mittel aus dem Digitalpakt abrufen. Des Weiteren erhält der Bund Kontrollrechte, um zu überprüfen, wie die Kommunen die Mittel verwenden. Fest steht: Ohne Bundeskontrolle über den Einsatz der Gelder wird es nicht funktionieren. Denn die Länder haben – das zeigen vergangene Erfahrungen – die vom Bund gewährten Finanzmittel nicht immer wie vereinbart zweckgebunden ausgegeben. Ein Knackpunkt bleibt: Der Geldzufluss des Bundes ist an befristete Aufgaben gebunden. Dauerstellen können also nicht eingerichtet werden. Der kommende Digitalpakt soll nun Schulen den Start ins digitale Zeitalter ermöglichen. Deshalb ist es gut, dass mit den Bundesmitteln beispielsweise Lehrkräftefortbildungen finanziert und Systemadministrator\*innen eingestellt werden können. Das entlastet Pädagoginnen und Pädagogen.

Die GEW macht sich seit langem für zusätzliche Ressourcen für Bildung sowie die Aufhebung des Kooperationsverbotes stark. Zuletzt hatte sie im Januar eine repräsentative Mitgliederbefragung gestartet: „Sollte der Bund Kommunen und Länder Ihrer Meinung nach künftig mit mehr Geld für Schulen und Unterricht als bisher unterstützen?“ 89,7 Prozent der Befragten antworteten mit „Ja“. Der Frage „Sollten deutsche Schulen Ihrer Meinung nach besser ausgestattet werden, um

Schülerinnen und Schüler gut auf das digitale Lernen & Leben vorzubereiten?“ stimmten sogar 90,2 Prozent zu.

Bereits 2018 hatte eine Mitgliederumfrage ergeben, dass für 94 Prozent die Wartung und Betreuung digitaler Geräte am wichtigsten ist. 85 Prozent hielten demnach eine Lehrkräftefortbildung in digitaler Bildung für genauso notwendig wie die Unabhängigkeit der Bildung von Medienkonzernen. Und fast alle GEW-Mitglieder wünschen sich, was in allen anderen Berufen selbstverständlich ist: dass der Arbeitgeber die digitale Hardware bereitstellt (s. E&W 11/2018, S. 32 f.). Solche Ergebnisse zeigen, was inzwischen fast jedem klar ist: In der Bildung fehlt es an allen Ecken und Enden an Geld. Schulen, Hochschulen und Kitas befinden sich teils in erbärmlichem Zustand, ihre digitale Ausstattung ist mangelhaft. Zu dieser öffentlichen Meinung beigetragen haben nicht zuletzt unsere mehrjährigen Aktivitäten in der Initiative „Bildung. Weiter denken!“.

Auch daran sollte man denken: Nachdem die Bundeshilfe fließen wird, werden die Erwartungen der Eltern an Schulen steigen, wird der Druck auf die Schulen größer. Für die GEW gilt das Primat der Pädagogik. Das heißt, gute pädagogische Konzepte müssen handlungsleitend sein. Diese zu erarbeiten, braucht Zeit. Orientierungshilfe für Schulen könnte das GEW-Bundesforum „Bildung in der digitalen Welt“ bieten, das am 22./23. März startet. Die GEW will damit einen Beitrag leisten, die Chancen der Digitalisierung im Bildungsbereich zu erweitern sowie die Risiken zu minimieren.

Doch zu tun bleibt noch viel: Das Kooperationsverbot muss weiter gelockert werden. Denn wir benötigen noch mehr Geld etwa für Kita-Qualität, Ganztage, Inklusion sowie einen Sozialindex für Schulen in sozialen Brennpunkten.

Gute Bildung muss allen mehr wert sein.

Marlis Tepe,  
Vorsitzende der GEW



# Theater unterrichten

**// Seit dem Wintersemester bietet die UdK Berlin als eine von zwei deutschen Hochschulen den grundständigen Studiengang Lehramt Theater an. Ziel ist eine Professionalisierung des Fachs, das bisher oft von fachfremden Lehrkräften unterrichtet wird. //**

14 junge Menschen bewegen sich mit geschlossenen Augen auf ihren Stühlen hin und her, drehen langsam die Köpfe nach rechts und links, fahren sich durchs Haar. Dozentin Gudrun Herrbold moderiert die nächsten Schritte an: „Wenn ihr die Augen öffnet, seid ihr an dem Ort, an dem eure Szene spielt. Wenn ihr die Augen öffnet, seht ihr durch die Augen eurer Figur.“ Was wie eine Anleitung im Meditationsseminar klingt, ist das Aufwärmen im Kurs Schauspielgrundlagen an der Universität der Künste (UdK) Berlin. Anschließend geht es an die Improvisation von Szenen, etwa aus Anton Tschechows „Der Heiratsantrag“ oder Tennessee Williams’ „Endstation Sehnsucht“. Die Studierenden wollen später jedoch nicht selbst auf der Bühne stehen, sondern unterrichten. Seit Herbst 2018 ist es möglich, an der UdK Lehramt Theater für Integrierte Sekundarschulen und Gymnasien zu studieren.\* Einen ähnlichen Studiengang bietet nur die Hochschule für Bildende Künste (HBK) in Braunschweig an.\*\*

„Das Fach wird in vielen Bundesländern seit Jahren unterrichtet, an Berliner Gymnasien seit 1984, aber die Lehrkräfte wurden nicht speziell dafür ausgebildet“, sagt Studiengangleiterin Ulrike Hentschel. „Es ist aber wichtig, dass künstlerische Fächer von qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden.“ Oft ist es noch immer die Deutsch- oder Literaturlehrkraft, die sich für das Fach Theater quasi nebenbei weiterbildet – oder es ohne Fortbildung unterrichtet.



Foto: Sabine Kuhn

**Eine künstlerische Sprache erlernen, mit Körper, Gesten, Stimme etwas ausdrücken zu können, das vermittelt der neue Studiengang Lehramt Theater an der UdK Berlin. Damit einher geht auch mehr Wertschätzung für darstellende Kunst an Schulen.**

## Weiterbildung

Lehrkräften, die sich für das Fach Theater weiterbilden wollen, bietet der Bundesverband Theater in Schulen Informationen zu Fortbildungen und Workshops, außerdem Konzepte für Unterricht und Theaterprojekte sowie didaktische Materialien an: <https://bvts.org> N. E.

An der UdK umfasst das Studium die Bereiche Fachpraxis – etwa Schauspielgrundlagen, Sprecherziehung, Körper und Bewegung –, Fachwissenschaft – wie Theatertheorie und -geschichte – und Fachdidaktik. Das Studienziel ist nach einem sechssemestrigen Bachelor- und einem viersemestrigen Masterstudium erreicht. Letzteres wird ab dem Wintersemester 2021/22 angeboten und beinhaltet auch ein Praxissemester.

## Größere Wertschätzung

Mit dem neuen Studiengang einher geht auch eine größere Wertschätzung für Theater an Schulen – und was es dort erreichen kann. „Es ist kein Fach, das man aus dem Schulbuch am Tisch sitzend unterrichtet“, sagt Hentschel. Im Theater steckten Bewegung und Interaktion, „Schülerinnen und Schüler lernen, so etwas wie eine künstlerische Sprache zu sprechen“, betont die Studiengangleiterin. Das ermögliche ihnen, mehr und anders an Kunst und Kultur sowie deren Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen teilzunehmen. Interesse am kulturellen Geschehen ist ein Aspekt, der übrigens schon bei der Zulassungsprüfung an der UdK abgefragt wird.

Dozentin Herrbold sieht durch professionell ausgebildete Theaterlehrkräfte ganz andere Möglichkeiten des Unterrichts. „Weniger textlastig zum Beispiel“, sagt sie. Statt einfach nur ein Stück auswendig zu lernen und es in seiner Originalversion aufzuführen, sollen ihre Studierenden neue Spielformen kennenlernen und „ihren Horizont erweitern, was Theater alles sein kann“. Daher fordert sie auch, den Studiengang Lehramt Theater flächendeckend anzubieten.

„Theaterunterricht in der Schule hat mir persönlich mehr gebracht als jedes andere Fach“, sagt Erstsemester Georg Fritzsche. „Ich habe viel fürs Leben gelernt“, ergänzt seine Kommilitonin Lina Görlitz – zum Beispiel aus sich herauszugehen, im Team zu agieren, Wissen zu verbinden. Hauptberuflich auf der Bühne stehen will Görlitz aber nicht, das Unterrichten ist für sie der ideale Weg, „anderen weiterzugeben, was mir am Theater so Spaß macht“.

Nadine Emmerich,  
freie Journalistin

**\*<https://lehramt.udk-berlin.de/theater>**

**\*\*[www.hbk-bs.de/studiengaenge/darstellendes-spiel](http://www.hbk-bs.de/studiengaenge/darstellendes-spiel)**

# Die Not mit den Noten

// Ein E&W-Pro-und-Kontra über Sinn und Unsinn von Ziffernnoten //

## PRO Notwendiges Übel

**// „Noten sind eine sehr kompakte – und damit gut vergleichbare – Form der Rückmeldung“, sagt Gymnasiallehrerin Martina Hagemann. Sie eignen sich am besten, um Schüler und Eltern über Leistungsstand und Lernfortschritte zu informieren. //**

„Kriegen wir die Mathearbeit wieder?“ Meine Schüler blicken sorgenvoll auf den Stapel korrigierter Klassenarbeiten auf meinem Tisch, deren Noten darüber entscheiden, welches Kind heute Nachmittag ein Eis mit drei Kugeln und welches nur einen enttäuschten Blick oder gar einen Haufen Ärger bekommt. Muss das wirklich sein? Eigentlich hasse ich Benoten! Bei einer Mathearbeit gelingt es noch recht gut, die Notengebung transparent und fair zu gestalten. Doch selbst da kommen Proteste der Schüler: „In der Parallelklasse waren die Aufgaben leichter, und es gab auch keine einzige ‚5‘!“ Und mit den Noten für Klassenarbeiten ist es nicht getan, die Schüler erhalten auch Rückmeldungen über ihre mündliche Beteiligung. Bekommt dabei ein sehr guter Rechner, der ständig Papierkugeln durch die Gegend schnipst, eine mündliche „1“? „Nein“, urteile ich. „Warum nicht?“, ärgert sich der Schüler. Verdient eine Schülerin, die alle Hausaufgaben erledigt und brav am Platz sitzt, eine „4“, auch wenn die Ergebnisse alle falsch sind? „Nein!“, finde ich. „Warum nicht?“, beschwert sich die Mutter. Unmut auf beiden Seiten. Schüler und Eltern haben ein Recht darauf, über den Leistungsstand informiert zu werden. Meine Schwester, deren Sohn in der Grundschule keine Noten

erhielt und seine Aufgaben fast alle in der Schule erledigte, wusste jahrelang nicht, dass ihr Kind kaum Rechtschreibregeln beherrschte. Mit dem Wechsel auf die weiterführende Schule kam das böse Erwachen. Im Nachhinein hätten Mutter und Sohn sich eine deutlichere Rückmeldung als „Jannes macht Fortschritte im Schreiben“ sehr gewünscht. Noten helfen Kindern einzuschätzen, wo sie stehen und wo sie Schwächen haben. Nur so können Defizite in Angriff genommen werden. Wenn die Eltern am Ende der Grundschulzeit das Zeugnis ihres Kindes lesen, sollten sie anhand der Noten eine Orientierung erhalten, welche weiterführenden Schulen in Frage kommen. Und spätestens in der Oberstufe oder Ausbildung wird benotet – ein früher Umgang mit Noten hilft Kindern, damit zurecht zu kommen.

### Vergleichbare Rückmeldung

Noten sind eine sehr kompakte – und damit gut vergleichbare – Form der Rückmeldung. Die Kunst beim Notengeben besteht darin, die Note zu begründen und gegebenenfalls Vorschläge zu machen, wie es besser laufen kann. Kürzlich habe ich einem sehr guten Schüler in Mathe eine „2“ statt der sonst für ihn üblichen „1“ gegeben mit der Begründung, er sei zwar ein sehr guter Rechner, lenke aber häufig andere ab. Im Gespräch stellte sich heraus, dass er sich einfach langweilte. Nun bearbeitet er nach dem Pflichtteil Aufgaben einer höheren Klassenstufe, ist wieder gefordert und lenkt niemanden mehr ab. Die Note und das Gespräch haben mir und dem Schüler geholfen, seine Bedürfnisse besser zu erkennen.



Martina Hagemann

Schlechte Noten können – trotz ausführlicher Erklärung – die Motivation bremsen, gute Noten spornen an. Nur: Wie kann man möglichst viele motivierende Noten vergeben? Vor einigen Jahren habe ich einen tollen Ratschlag erhalten: „Erwisch sie, wenn sie gut sind.“ Seitdem können meine Schüler neben den Pflichtaufgaben zusätzlich Aufgaben abgeben – etwa eine freiwillige Hausaufgabe – und so eine positive Note bekommen. Nicht selten sagen die Schüler nach der Bearbeitung: „Jetzt hab ich es wirklich verstanden.“ Ziel erreicht!

Ach ja: Drei Kugeln Eis gebühren auch denen, die eine Arbeit „verhauen“ haben. Als Trost und als Zeichen, dass die Note nichts mit der Wertschätzung für das Kind zu tun hat – weder auf Lehrer-, noch auf Elternseite!

Martina Hagemann,  
freie Autorin und Gymnasiallehrerin

Foto: privat



## KONTRA Veraltete Vorstellung von Schule

**// „Ziffernnoten geben weder eindeutig noch objektiv den Kompetenzstand der Lernenden wider“, sagt Ilka Hoffmann, im Vorstand der GEW für den Bereich Schule verantwortlich. Noten seien in Zeiten der Inklusion überholt und sollten durch lernfördernde Leistungsrückmeldungen ersetzt werden. //**

Obwohl Ziffernnoten sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus pädagogischer Sicht seit vielen Jahrzehnten in der Kritik stehen, wird unvermindert an ihnen festgehalten. Die meisten Eltern sprechen sich für Ziffernnoten aus, weil sie es so kennen und wenig Vorstellung von den Alternativen haben. Dabei wird meist behauptet, Zensuren seien eindeutig, objektiv und wirkten leistungssteigernd. Dem muss entschieden widersprochen werden. Ziffernnoten geben weder eindeutig noch objektiv den Kompetenzstand der Lernenden wider. Sie zeigen nur den Rang innerhalb einer spezifischen Lerngruppe. So kann ein und dieselbe Leistung in einer schwächeren Lerngruppe mit „2“ und in einer sehr starken mit „5“ bewertet werden. Häufig bekommen Kinder aus sozial benachteiligten Familien oder mit nicht deutscher Muttersprache schlechte Noten. Allzu oft beschämen und demotivieren Zensuren Kinder schon in der Grundschule. Schlechtere Zensuren führen auch zu Stress und Streit in den Familien. Gelernt wird oft nur aus Angst vor schlechten Noten. Der Lerninhalt verliert nach der Klassenarbeit rasch an Bedeutung und wird vergessen. Ziffernnoten sind auch nicht objektiv.

Zahlreiche Untersuchungen kamen zu dem Schluss, dass subjektive Faktoren die Noten beeinflussen. So ergaben Studien zur Aufsatzbewertung eine Streuung über vier Notenstufen für den selben Schüleraufsatz. Bei mündlichen Bewertungen spielt auch das Auftreten der Lernenden eine Rolle. Kinder aus akademischen Haushalten wirken oft selbstsicherer, was zu einer besseren Bewertung führt.

### Kompetenzorientiert

Als Argument für Zensuren wird häufig angeführt, dass Verbalbeurteilungen den Leistungsstand eher verschleiern, außerdem schwer verständlich und arbeitsaufwändig seien. In der Tat sind kompetente und lernfördernde Leistungsrückmeldungen nicht einfach. Zeitgemäß sind kompetenzorientierte Rückmeldungen, die wiedergeben, welche Fähigkeiten die Schülerin, der Schüler bereits erworben hat und was als nächstes zu lernen ist. Hier sollten gute, praktikable Modelle verbreitet werden und Lehrkräfte entsprechende Unterstützung sowie Fortbildungen erhalten. Nicht zuletzt: Ziffernnoten sind in Zeiten der Inklusion nicht mehr sinnvoll, denn sie gehen von weitgehend homogenen Lerngruppen aus. Sie sind fester Bestandteil eines gegliederten Schulwesens, dessen Hauptziel in der Platzierung der Schülerinnen und Schüler und der Zuweisung von Bildungs- und Arbeitsplatzchancen gesehen wird. Über die individuellen Lernfortschritte und Anstrengungen geben sie kaum Auskunft. Genau dies ist aber in heterogenen, inklusiven Lerngruppen notwendig. In der inklusiven Schule lernen Kin-



Foto: Kay Hirschelmann

**Ilka Hoffmann**

der am gleichen Unterrichtsgegenstand mit verschiedenen Materialien und auf verschiedenen Niveaus. Der Zwang, dennoch vergleichende Zensuren zu geben, ist für Lehrkräfte eine sehr große Herausforderung und führt regelmäßig zu Konflikten. Leistung heißt im inklusiven Setting individuelle Anstrengungsbereitschaft, individuelle Lernfortschritte und die Fähigkeit, mit anderen zu kooperieren. Letzteres ist auch eine wichtige Kompetenz für das Berufsleben. Fazit: Ziffernnoten sind in Zeiten der Inklusion nicht mehr zeitgemäß. Sie gehen von einer veralteten Vorstellung von Schule aus und steigern weder die Lernmotivation noch geben sie eine objektive Kompetenzrückmeldung. Anstatt die Teamfähigkeit zu fördern, tragen sie zum Konkurrenzdenken und zur Beschämung einzelner Lernender bei.

Ilka Hoffmann,  
GEW-Vorstandsmitglied Schule

Foto: aplusez



# „Es kommt etwas in Gang“

Wie können Schulen Nachhaltigkeit konkret angehen?  
Durch bessere Pfandsysteme in der Mensa?  
Oder durch Solarzellen auf dem Schuldach?



Foto: dpa

// **Bäume auf dem Schulhof pflanzen? Papier, Energie, Wasser sparen? Die meisten Schulen haben großes Potenzial, um nachhaltiger zu arbeiten. Aber was tun, wo anfangen – und wann? Ein Berliner Oberstufenzentrum hat sich auf den Weg gemacht.** //

Im Klassenraum A9 der Peter-Lenné-Schule in Berlin-Zehlendorf sieht es aus wie bei einem Konferenzworkshop. In kleinen Tischrunden sitzen Schülerinnen und Schüler mit Experten zusammen, vertieft in hitzige Gespräche. Thema: Wie können wir an unserer Schule für Nachhaltigkeit begeistern? Die einen wollen von Harry Funk, Vertreter der Berliner Senatsverwaltung, wissen: Wieso ist Nachhaltigkeit nicht Unterrichtsfach? Die anderen fragen Heidi Consentius vom Zukunftsinstitut Futur: An wen müssen wir uns wenden, wenn wir Solardächer auf der Schule haben wollen? Ein Timer klingelt. Projektleiter Uwe Birkel klatscht in die Hände. „Leute, 30 Minuten Mittagspause.“

Die Klassentüren stehen offen, heute ist Projekttag. Lehrerin Svenja Scholz führt gemeinsam mit der Initiative „Baut Eure Zukunft“\* durch den Vormittag. „Wir wollen Schüler inspirieren, sich kritisch und kreativ mit wichtigen gesellschaftlichen Zukunftsthemen zu beschäftigen“, sagt Birkel. Egal ob es um Umweltschutz, Rassismus oder Zukunftsangst geht. „Baut Eure Zukunft“ ist eine Initiative der Non-Profit-Organisation Social Impact und wird von der Deutsche Bank Stiftung sowie der Deutschen Bank gefördert. Anfang 2017 gegründet, richtet sich das Bildungsprojekt an die Klassen 7 bis 10 und an Jugendeinrichtungen. Es besteht aus vier Modulen: einem Unterrichtskonzept, das online abrufbar ist, Workshops für Schüler und Lehrkräfte, Lehrerfortbildungen und einem jährlichen Wettbewerb, in dem Projektideen zur Umsetzung der 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung prämiert werden. Knapp 40 Schulen waren 2018 dabei. Eine Besonderheit ist die Herangehensweise: das sogenannte Design Thinking,

eine Methodik zur Entwicklung von Innovationen. Sie kombiniert maximale Offenheit bei der Ideensuche mit strenger Systematik und präzisen Abläufen. 8:10 Uhr. Teams werden gebildet, Regeln definiert: Ausreden lassen, alle müssen mitmachen. 8:30 Uhr. Das Thema wird erarbeitet, die „Challenge“, die es heute zu knacken gilt. Worum geht es? Was heißt Nachhaltigkeit überhaupt? 9:30 Uhr. Interviews vorbereiten, Fragen formulieren. 10 Uhr. Fünf Expertinnen und Experten aus Politik, Forschung und Umweltbildung sind zu Gast. Birkel: „Das Gespräch mit Profis von außen hilft den Schülern, Zusammenhänge besser zu verstehen und anschließend ein konkretes Problem zu benennen, das sie lösen wollen.“ Und: Sie merken, dass sie ernst genommen werden.

Dieses Vorgehen hat auch Lehrerin Scholz gereizt. Die Pädagogin suchte nach Möglichkeiten, das Thema Nachhaltigkeit spannender zu machen. Zwar wurde die Peter-Lenné-Schule vom Berliner Senat schon mehrfach als „Umweltschule“ ausgezeichnet. Aber was heißt Nachhaltigkeit über Leuchtturmprojekte hinaus im Schulalltag? Scholz: „Auf Twitter bin ich dann auf den Ansatz ‚Baut Eure Zukunft‘ gestoßen.“

## Ideen fließen lassen

Experten befragt, Pause vorbei. Jetzt steht Brainstorming auf dem Programm. Wie das geht, erklärt ein Video. Zum Beispiel: die Ideen fließen lassen. Egal ob realistisch, egal von wem sie kommen, egal wie unsinnig sie sind. Entscheidend: dynamisch drauflos denken. Birkel: „Ihr habt 15 Minuten Zeit.“ Erst sitzen viele Schülerinnen und Schüler ratlos herum. Knabbern an der Frage: Wo könnten wir mehr Nachhaltigkeit nun konkret angehen? Ein Schulfach Nachhaltigkeit fehle, meint Melissa. Aber was können wir als Schüler schon dafür tun? „Wie wäre es, über unsere Schulwebsite für Ökoberufe zu begeistern?“, schlägt Lisa vor. Die Jungs am Nachbartisch diskutieren über bessere Pfandsysteme für die Mensa und Baumpflanzaktionen auf dem Schulhof.



„Mensch, da kann man doch was machen“, ruft Ole. Lehrerin Scholz schlenkert von Tisch zu Tisch und grinst. „Es kommt etwas in Gang.“

Das Brainstorming ist vorbei. Zeit zur Entscheidung. Was wollen wir anpacken? Und wie? „Viele Schüler tun sich da schwer“, sagt Birkel, „aber darum geht es gerade: nicht unter der Komplexität zusammenbrechen, sondern aus vielen Puzzlestücken eines auswählen und einfach anfangen.“ Und wenn sich der Weg als wenig überzeugend herausstellt? Macht nichts. Richtung ändern, neue Lösung suchen. „Iterativ“ nennt sich diese Vorgehensweise und meint die schrittweise Annäherung an eine Lösung in sich wiederholenden Schleifen. Birkel: „Oft verändern die Schüler ihre Projektidee noch mal beim Bau des Prototyps.“ Heißt: beim Basteln, Filmen oder Plakat gestalten. Dafür haben sie jetzt 60 Minuten Zeit.

In einem echten Show-Marathon präsentieren die zwölf Kleingruppen schließlich ihre Ideen. Die einen bringen sie in einem Videoclip auf den Punkt: ein Plädoyer für „solidarisches Kippen-Fegen“ auf dem Schulhof, damit die Gifte in den Zigarettenstummeln nicht mehr den Boden verseuchen. Andere machen mit Playmobilfiguren ihren Vorschlag für mehr Kooperation mit Umweltschutzverbänden anschaulich. Wieder andere haben eine kleine App programmiert. Sie soll den Papierverbrauch in der Schule dokumentieren: Wo kann man sparen? Ein Projekttag kann natürlich nur der Anfang sein. „Die Vorschläge der Schüler dürfen nicht verpuffen“, sagt Lehrerin Scholz. Auf einer Projektwebsite will sie alle Ergebnisse sammeln, dann wird mit der Schulleitung diskutiert: Was lässt sich umsetzen? Für Scholz steht fest: Es hat sich gelohnt. „Und vielleicht lässt sich manches aus der Methodik in den

Unterrichtsalltag übertragen.“ Markus Hanisch, Pressesprecher der GEW Berlin, findet den Ansatz vielversprechend: „Es ist toll, wenn Schulen mit neuen Methoden Schülerinnen und Schüler zur Auseinandersetzung mit komplexen Zukunftsthemen wie Nachhaltigkeit begeistern. Solche Projekte zeigen, dass die Kooperation mit externen Partnern frischen Wind in den Schulalltag bringen kann.“ Und die Schülerinnen und Schüler? „Erst wusste ich überhaupt nicht, was ich machen sollte“, berichtet Jamal. „Aber als unsere Projektidee gefunden war, hat es super Spaß gemacht.“ Und: „Es gibt unglaublich viel, das wir tun können“, sagt Wiebke. „Wir müssen nur anfangen.“

Anja Dilk,  
freie Journalistin

[\\*www.baut-eure-zukunft.eu](http://www.baut-eure-zukunft.eu)

Mitmachen beim [girls-day.de](http://girls-day.de) | #girlsday

# Girls' Day

Mädchen-Zukunftstag

© Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.

28 | 03 | 19

**Entdecke deine Talente** in Handwerk - Industrie - Technik - Informatik - Wissenschaft - Forschung

GEFÖRDERT VON

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesministerium für Bildung und Forschung

DURCHGEFÜHRT VOM

- kompetenzzentrum Technik • Informatik • Wissenschaft

Mitmachen beim

# Jungen-Zukunftstag

# Boys' Day

© Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.

28 | 03 | 2019

**Entdecke deine Talente** in Gesundheit - Pflege - Soziales - Erziehung - Bildung - Dienstleistung

GEFÖRDERT VOM

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

DURCHGEFÜHRT VOM

- kompetenzzentrum Technik • Informatik • Wissenschaft

[boys-day.de](http://boys-day.de)  
[#boysday](https://twitter.com/boysday)

# „Bildungs- und sozialpolitische

**// Die Bundesregierung will das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) novellieren – und erntet für ihre bisherigen Pläne deutliche Kritik. //**

Knapp 22.500 Studentinnen und Studenten sind an der Bergischen Universität in Wuppertal eingeschrieben. Die Uni gilt als Pendler-Hochschule: Viele kommen aus dem Umland zu den Vorlesungen. Wer hier studiert, gilt nicht unbedingt als reich. Während bundesweit rund zwei Drittel der Studierenden jobben, um sich das Studium zu ermöglichen, sind es in Wuppertal sogar 75 Prozent. Ein Umfeld also, in dem man viele BAföG-Empfänger vermuten könnte. Doch die örtlichen Förderzahlen befinden sich „seit Jahren im Sinkflug“, sagt Fritz Berger, Geschäftsführer des Hochschul-Sozialwerks in Wuppertal: „Einem Rekordhoch bei den Studentenzahlen steht ein historischer Tiefststand beim BAföG gegenüber.“ Bekamen 2012 noch knapp 25 Prozent der Wuppertaler Studierenden BAföG, waren es 2018 nur noch 16,6 Prozent. Auch bundesweit gab es in den vergangenen Jahren einen kontinuierlichen Rückgang: Von 2015 bis 2017 sank die Zahl der BAföG-Geförderten von rund 611.000 auf 557.000. Diesen Trend beobachtet Berger, der auch den bundesweiten Ausschuss für Studienfinanzierung beim Deutschen Studentenwerk (DSW) leitet, mit großer

Sorge. „Der Bedeutungsverlust ist beträchtlich“, urteilt er über die staatliche Studienfinanzierung: „Das BAföG wurde in der letzten Legislaturperiode sieben Jahre lang nicht angepasst. Als die Anpassung dann zum Wintersemester 2016 endlich kam, fiel sie bei Bedarfssätzen und Freibeträgen zu niedrig aus und erreichte viele Studenten nicht mehr.“

Ein Problem, das der Bundesregierung zumindest bewusst ist. „Das BAföG wird ausgebaut und die Leistungen werden deutlich verbessert“, heißt es im Koalitionsvertrag. Ziel sei, „die förderbedürftigen Auszubildenden wieder besser zu erreichen und bis 2021 eine Trendumkehr zu schaffen“. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) ließ im Januar die dazugehörige BAföG-Novelle im Kabinett beschließen, die zum Wintersemester 2019 greifen soll. Ihre Pläne:

- Die Förderung soll in zwei Stufen bis 2020 auf 850 Euro angehoben werden – bisher liegt der monatliche Höchstbetrag bei 735 Euro.
- Erhöht wird dabei unter anderem auch die Wohnpauschale – von derzeit 250 auf 325 Euro monatlich. Sie wird Studierenden gezahlt, die nicht bei ihren Eltern leben.
- Die Elternfreibeträge sollen in drei Schritten in den kommenden Jahren um insgesamt 16 Prozent steigen.

Karliczek zeigte sich mit dieser Erhöhung sehr zufrieden. „Einen guten Aufschlag“ nannte sie den Beschluss der

Bundesregierung im Interview mit dem SPIEGEL. Doch viele Hochschulakteure bewerten die Pläne ganz anders.

## Richtung stimmt, aber ...

„Der Entwurf geht zwar grundsätzlich in die richtige Richtung“, sagt GEW-Hochschulexperte Andreas Keller, „die geplante Erhöhung bleibt aber viel zu weit hinter der realen Steigerung der Lebenskosten zurück. Außerdem fehlt jeder Ansatz für eine Strukturreform – und die wäre überfällig!“ Ähnlich ambivalent urteilt DSW-Sprecher Stefan Grob. Er erkennt „zumindest den Versuch, die Versäumnisse der vergangenen Jahre wiedergutzumachen“. Das im Koalitionsvertrag enthaltene Versprechen einer „Trendwende“, so Grob, sei jedoch das entscheidende Erfolgskriterium: „Karliczek hat gesagt, sie verspreche sich 100.000 geförderte Studierende mehr als heute. Daran wird und muss man diese BAföG-Erhöhung messen!“ Im Übrigen könne er nicht nachvollziehen, warum das BAföG nicht regelmäßig erhöht werde – dieser Schritt sei längst überfällig.

Auch bei Studierenden kommen die BAföG-Pläne nicht gut an. „Schon heute liegen die Bedarfssätze für Studentinnen und Studenten unter den Regelsätzen für Hartz IV“, ärgert sich Onur Özgen, Jurastudent in Bonn und Sozialberater beim Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Bonner Uni. „Das wird

BERGISCHE  
UNIVERSITÄT  
WUPPERTAL



Bundesweit jobben zwei Drittel der Studierenden, in Wuppertal sind es sogar 75 Prozent. Viele BAföG-Empfänger also? Nein! Die örtlichen Förderzahlen sind „seit Jahren im Sinkflug“. Und es sieht derzeit nicht so aus, als ob die geplante BAföG-Reform eine Trendwende bringt.



# Bankrotterklärung“

sich auch nach der Erhöhung nicht ändern.“ Und für Judith Bühler von der Landesstudierendenvertretung im Saarland ist die Novelle „nur ein Versuch zur Symptombekämpfung“. Sie fordert eine Kehrtwende: „Das BAföG muss an die Inflation angepasst und stetig erhöht werden, es muss an die Lebensrealität von Studierenden anknüpfen und mehr Menschen das Studium ohne Nebenjob ermöglichen.“

Eine Linie, die auch die GEW unterstützt. Vorstandsmitglied Keller hofft auf deutliche Korrekturen im weiteren Verlauf der Gesetzgebung: „Wir fordern den Bundestag auf, jetzt nachzulegen und für eine bedarfsgerechte Anhebung der Fördersatzes zu sorgen.“ Die aktuellen Förderbeträge reichten für viele Studierende bei weitem nicht aus. Tatsächlich zeigt eine aktuelle Studie des Berliner Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS): Für Studierende sind Lebenshaltungskosten von knapp 1.000 Euro im Monat keine Besonderheit und schon gar kein Luxus. „Die Ausgabensteigerungen in den vier Jahren zwischen 2012 und 2016 sind deutlich höher als erwartet und betreffen die ärmeren Studierenden noch viel mehr als ihre Mitstudierenden mit höheren Einnahmen“, sagt FiBS-Direktor

Dieter Dohmen: Mieten, Fahrt- und Gesundheitskosten seien in den vergangenen Jahren extrem gestiegen, die im BAföG dafür vorgesehenen Pauschalen längst überholt. „Kein Wunder, dass die Studierenden vor allem bei der Ernährung sowie bei Kleidung, Freizeit und Lernmitteln sparen“, sagt Dohmen und warnt: „Die Ausgaben für Ernährung sind oft so niedrig, dass sie unterhalb des physiologischen Existenzminimums liegen dürften.“ Das Fazit des Bildungsökonomens fällt düster aus: „Das BAföG erfüllt seinen Zweck nur noch begrenzt.“ Zweifel daran, ob diese Erkenntnis auch im Bildungsministerium angekommen ist, sind erlaubt. Auf den Hinweis, dass die geplante neue Wohnpauschale von 325 Euro kaum für ein Zimmer in München, Hamburg oder Köln reichen dürfte, sagte Karliczek: „Man muss ja nicht in die teuersten Städte gehen.“ Eine Aussage, die DSW-Sprecher Grob ziemlich aus der Fassung bringt. „Angesichts der Mietexplosion in den Hochschulstädten den weniger begüterten Studierenden zu raten, aufs platte Land zu ziehen, ist zynisch und eine bildungs- und sozialpolitische Bankrotterklärung.“

Armin Himmelrath,  
freier Journalist



Foto: Rüdiger Nehmaow/Bergische Universität

## GERADLINIGKEIT, VON UNS GERETTET.

Revolutionäre Ideen können sich auch in der Architektur widerspiegeln – ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Bauhaus. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz setzt sich darum auch für den Erhalt zahlreicher Meisterwerke der Bauhaus-Schule ein.



Bildnachweis: © Florian Monheim – Bildarchiv Monheim

Wir erhalten Einzigartiges.  
Mit Ihrer Hilfe!

Spendenkonto  
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400  
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG  
[www.denkmalschutz.de](http://www.denkmalschutz.de)



DEUTSCHE STIFTUNG  
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

25  
JAHRE  
medica  
mondiale

# Kein Krieg auf meinem Körper.

Frauen leben  
ohne Gewalt.

Spenden auch Sie!

IBAN: DE92 3705 0198 0045 0001 63



# Warnstreiks

**// Auch der zweite Verhandlungstermin in der Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder ist am 6./7. Februar ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Ein Angebot haben die Arbeitgeber nicht vorgelegt. Deshalb haben die Gewerkschaften die Kolleginnen und Kollegen zu Warnstreiks aufgerufen. Bundesweit folgten Zehntausende Beschäftigte dem Signal der Gewerkschaften – unter ihnen sehr viele Lehrkräfte, Erzieherinnen, Sozialarbeiter und Lehrende an Hochschulen. //**

Die zentrale Forderung der Gewerkschaften nach 6 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro monatlich bei zwölf Monaten Vertragslaufzeit stand noch gar nicht auf der Tagesordnung

der Verhandlungen in Potsdam. Zentraler Streitpunkt war die Eingruppierung der Beschäftigten. Seit 2017 wird darüber verhandelt, die Entgeltordnung zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) weiterzuentwickeln. Die Gewerkschaften wollen die „stufengleiche Höhergruppierung“ durchsetzen, die bei Bund und Kommunen längst gilt. Diese soll verhindern,

dass Beschäftigte nach einer Höhergruppierung in eine andere Entgeltgruppe im schlimmsten Fall weniger verdienen als vor der Beförderung. Darüber hinaus hat sich die GEW besonders für die sogenannte Paralleltabelle (s. E&W-Schwerpunkt 1/2019, S. 16 f.) stark gemacht. Sie soll sicherstellen, dass viele angestellte Lehrerinnen und Lehrer (deutlich) mehr als zurzeit verdienen.

Bewegung gab es bei der Forderung, die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder so zu bezahlen wie deren Kolleginnen und Kollegen, die bei den Kommunen angestellt sind.

Ulf Rödde,  
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“



Vor der dritten Tarifrunde fanden bundesweit vielfältige gewerkschaftliche Aktionen und massive Proteste statt: Mehr als 5.000 Kolleginnen und Kollegen legten am 14. Februar in Sachsen die Arbeit für eine bessere Bezahlung nieder.

Foto: Carsten Müller



Foto: Stephan Schütze

In Nordrhein-Westfalen protestierten die Beschäftigten in mehreren Städten: Mehr als 1.000 pädagogische Fachkräfte haben etwa in Dortmund demonstriert und die Tarifforderung nach 6 Prozent mehr Gehalt eindrucksvoll in Szene gesetzt.





An Schulen in Bremen und Bremerhaven folgten etwa 500 Lehrkräfte dem Aufruf der Gewerkschaften zum Warnstreik.

Foto: Inge Kleemann



Foto: Christian von Polentz

Statt zur Arbeit sind 12.000 Tarifbeschäftigte in Berlin vor das Brandenburger Tor gezogen, um für mehr Geld zu demonstrieren. Viele Kitas und Schulen blieben an diesem Tag geschlossen.

### In eigener Sache: Terminproblem

Diese Ausgabe der E&W ist vor Beginn der dritten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder in Potsdam am 28. Februar/1. März gedruckt worden. Deshalb gibt es keine aktuelle Berichterstattung über das Ergebnis der Tarifverhandlungen, das aller Voraussicht nach Anfang März erreicht worden sein wird.

Alle aktuellen Infos zur Tarifrunde finden Sie stets frisch aufbereitet auf der GEW-Website unter [www.gew.de/troed2019](http://www.gew.de/troed2019) sowie in den sozialen Medien: [www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft), [twitter.com/gew\\_bund](https://twitter.com/gew_bund) und [www.youtube.com/GEWHauptvorstand](https://www.youtube.com/GEWHauptvorstand). ur



## Irland

### Irische Natur, Kultur und Gastfreundschaft

#### 8-tägige Flugreise



ab € 1.595,-  
p. P. im DZ  
EZ-Zuschlag ab € 298,- p. P.

Von der Natur komponierte Landschaften, in ihrer Ursprünglichkeit belassen - das ist Irland, ein Land von überraschender Vielfalt. Doch die Natur ist nur eine Seite dieser Reise, die Iren selbst, ihre Geschichte und Traditionen die andere. Wir möchten Ihnen Hünengräber aus grauer Vorzeit, Klosterruinen aus frühchristlicher Blütezeit, mittelalterliche Burgen, imposante Schlösser und das moderne Dublin zeigen. Diese Reise wird Sie begeistern und Ihnen die grüne Insel näher bringen.

#### Reisetermine

- > 08.06. - 15.06.2019
- > 22.06. - 29.06.2019
- > 06.07. - 13.07.2019
- > 20.07. - 27.07.2019

#### Abflughäfen

- |           |                |       |       |
|-----------|----------------|-------|-------|
| Flüge mit | > SFX          | > HAM | > STR |
| Ryanair:  | > BRE          | > CGN |       |
|           | > HHN          | > MUC |       |
| Eurowings | > DUS + € 40,- |       |       |
| Lufthansa | > FRA          |       |       |

#### Das beinhaltet unsere Reise

- > Flug ab gewähltem Abflughafen nach Dublin und zurück inkl. Steuern und Gebühren
- > 7 x Übernachtungen mit Frühstück in guten 3 bis 5 Sterne Hotels
- > 4 x Abendessen im Hotel
- > 1 x Abendessen Irish Night mit Musik und Tanz
- > 1 x Abendessen im Pub
- > Eintritte gemäß Programm
- > Rundreise im modernen Reisebus
- > qualifizierte deutschsprachige Reiseleitung ab/bis Dublin
- Flughafentransfer vor Ort nicht inklusive

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter [www.gew.de/verlagsreisen](http://www.gew.de/verlagsreisen)

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

# „Löst nicht das Armutsproblem“

**// Der Duisburger Verein „Tausche Bildung für Wohnen“\* fördert Schülerinnen und Schüler aus bedürftigen Familien. Dafür wird er in den Medien gefeiert. Die GEW sieht das Projekt differenziert. //**

„Ich war auf der Suche nach einer Wohnung“, erzählt Hannah Bröker. Dann habe sie im Radio von dem Duisburger Projekt gehört. „Das passte ganz gut.“ Heute wohnt die 22-jährige Studentin mietfrei in einem WG-Zimmer. Im Gegenzug erteilt sie kostenlos Lernförderung für Schülerinnen und Schüler – ein Jahr lang, acht Stunden pro Woche. Bröker arbeitet für den Duisburger Verein „Tausche Bildung für Wohnen e. V.“ (TBFW). Gestartet 2014, kümmert er sich laut Selbstdarstellung um „benachteiligte Kinder“ im Duisburger Problemstadtteil Marxloh. 50 Mädchen und Jungen zwischen sechs und 14 Jahren kommen zweimal in der Woche zu TBFW, um Hausaufgaben zu machen, Deutsch zu lernen, zu spielen und gemeinsam zu kochen. Betreut werden sie von neun

„Bildungspaten“. Sechs absolvieren in Vollzeit ihren Bundesfreiwilligendienst. Drei arbeiten jeweils acht Stunden pro Woche, zum Ausgleich dürfen sie mietfrei in Marxloh wohnen.

Duisburg, die ehemalige Stahlarbeiterstadt: 500.000 Einwohner, viele Geflüchtete, dazu Einwanderer aus Südosteuropa. Der Kreissozialindex Duisburgs – er steigt mit der Arbeitslosen- und Sozialhilfequote – liegt bei 87,8. Das ist der dritthöchste Wert in Nordrhein-Westfalen (NRW). Rund 22.000 Kinder, die jünger als 15 Jahre sind, lebten 2016 laut einer Duisburger Studie in Familien, die auf Hartz IV angewiesen waren. Im Sommer 2018 schlugen die Schulleitungen von sechs Marxloher Schulen Alarm: Es fehle an Räumen und Schulsozialarbeiterinnen, Integrationshelfern, Dolmetscherinnen. Der GEW-Landesverband NRW verweist zudem auf den Lehrkräftemangel: Ende August 2018 konnten allein an Duisburgs Grundschulen 100 Stellen nicht besetzt werden.

Donnerstag, 16 Uhr. Neun Kinder tummeln sich in den Räumen des Vereins, einer ehemaligen Sechs-Zimmer-Wohnung mit gemütlichem Sofa, Bücherregal, Flipcharts, Wandtafeln, TV-Monitor und Küche. Bildungspate Imad Soliman zieht sich mit vier Jungs ins Kickerzimmer zurück. „Wir machen heute Silbentrennung“, sagt der 29-Jährige, der ein Masterstudium in Elektrotechnik absolviert. Bachar, 13 Jahre, kommt aus Syrien und geht in die 5. Klasse. Er beugt sich über sein Arbeitsblatt. Darauf stehen Substantive, die sich silbenweise aufbauen – bis sie Wörter wie „Hundehütteneingangstür“ ergeben. Wie lange er schon zur Nachhilfe kommt, fragt der Besucher. Bachar versteht nicht. Pate Soliman, der ägyptische Wurzeln hat, übersetzt auf Arabisch. „Das zweite Mal“, antwortet Bachar auf Deutsch. Wie lange er in Deutschland sei? „Ein Jahr, acht Monate.“

Wie werden die Bildungspaten ausgebildet? „Nachhilfe-Erfahrung muss nicht vorhanden sein“, sagt Anna-Sophie Hippke, die als Standortleiterin beim Verein angestellt ist. Wichtig sei „das Interesse, sich zu engagieren“, so die 29-Jährige. Jede Patin und jeder Pate absolviere zunächst eine vierwöchige Qualifizierung. Während des Einsatzes, der zumeist



Bildungspate Imad Soliman übt mit dem 13-jährigen Bachar (Mitte) aus Syrien Silbentrennung. Weil er unentgeltlich Nachhilfe gibt, darf der Student der Elektrotechnik, der beim Verein „Tausche Bildung für Wohnen“ (TBFW) mitarbeitet, mietfrei wohnen.



ein Jahr dauert, gebe es Weiterbildung, etwa ein Antirassismus-Training.

Der Standort Marxloh koste 200.000 Euro im Jahr, sagt Hippke. Die Finanzierung stehe auf drei Säulen: erstens das „Bildungs- und Teilhabepaket“ des Bundes, das Nachhilfe für Kinder aus Familien mit Transferleistungen, vor allem Hartz-IV-Empfänger, bezuschusst. Zweitens Gelder von Stiftungen und Spendern. Drittens, so Hippke, „Unternehmen, die einen Paten jeweils für ein Jahr finanzieren“. Zu den Förderern zählen Deutsche Bank, die international tätige Anwaltskanzlei Latham & Watkins, Vodafone-Stiftung Deutschland, Gelsenwasser-Stiftung, Aktion Mensch, Bundeszentrale für politische Bildung, Europäische Union. Die Duisburger Kirchengemeinde St. Norbert stellt dem Verein die Sechs-Zimmer-Wohnung in Marxloh zur Verfügung. „Mietfrei, für fünf Jahre“, berichtet Hippke. Der Verein habe Erfolg, sagt die Standortleiterin. Zwar gebe es noch keine professionelle Evaluierung, „doch wir sehen, dass die Kinder glücklich sind“, betont die 29-Jährige. „Gestern erzählte ein Junge, dass er eine ‚2‘ im Mathetest hat.“ Lehrkräfte berichteten, dass betreute Schülerinnen und Schüler an Selbstbewusstsein gewonnen hätten. „Auch die Rücksprache mit den Eltern ist positiv.“ Kürzlich erhielt der Verein den „Deutschen Nachbarschaftspreis 2018“, verliehen von der nebenan.de-Stiftung. TBFW bringe „ganz unterschiedliche Menschen im Viertel zusammen“, lobte Markus Lewe vom Deutschen Städtetag, der zur Jury des Preises gehört. „Sie treffen sich, lernen sich kennen und tauschen sich aus – über Milieugrenzen hinweg.“ Seit November 2018 arbeitet der Verein auch in Gelsenkirchen. Schier überwältigend ist das Medienecho: WDR, ZDF, SAT.1, Deutsche Welle, Spiegel Online, sueddeutsche.de, die Ruhrgebietsblätter WAZ und NRZ – sie alle fanden schon lobende Worte. „Bei den Helden von Marxloh“, titelte etwa die ZEIT.

Doch warum soll eine Vier-Wochen-Ausbildung plus diverse Coachings ausreichen, um benachteiligte Schülerinnen und Schüler qualifiziert zu betreuen? Und: Rüdiger Wüllner, Vorstandsmitglied der GEW Duisburg, schätzt, dass rund 25 Grundschulen



**TBFW bietet Kindern in Duisburg-Marxloh, einem sozialen Brennpunkt, kostenlos Lernförderung durch „Bildungspaten“ an. „Nachhilfe-Erfahrung muss nicht vorhanden sein“, sagt Standortleiterin Anna-Sophie Hippke.**

in Stadtteilen „mit deutlich mehr Sozialgeldbezug“ zu finden seien. „Dort werden rund 6.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.“ Der Bedarf an Unterstützung ist auch hier riesig.

Anne Sommer, Pressesprecherin des TBFW, verteidigt das Konzept: „Erfahrene Trainerinnen und Trainer“ vermitteln „wichtige Werkzeuge“, etwa „Diagnose, Lernziele, Klassenmanagement“. Die Coachings, so Sommer, würden helfen, Patinnen und Paten „in ihrer Entwicklung zu fördern“. Sowohl in Duisburg als auch in Gelsenkirchen wachse der Verein. Allerdings könne und wolle man „kein Ersatz für Lehrkräfte sein“, unterstreicht die Pressesprecherin.

### Schulen besser ausstatten

Dorothea Schäfer, GEW-Vorsitzende in NRW, sieht die Sache differenziert. Das Projekt sei „ein gutes Angebot für benachteiligte Kinder“. Die jungen Bildungspatinnen und -paten profitierten ebenfalls, nicht nur durch mietfreies Wohnen, sondern „auch für ihre eigene Erfahrungswelt“. Allerdings: Das Vorhaben sei „nur ein Tropfen auf den heißen Stein“. Es liefere „keine grundsätzliche Lösung für das Armutsproblem in unserer Gesellschaft“. Schäfer sieht staatliche Stellen in der Pflicht: „Die GEW NRW fordert, dass das Land Schulen an benachteiligten Standorten deutlich besser ausstattet.“ Es gelte vor allem, die „schwierige Situation der Stellenbesetzung“ zu lösen. Schäfer richtet auch

einen Appell an die privaten Geldgeber von TBFW: „Gut wäre es, wenn sie sich beteiligen würden, den Druck auf die Landesregierung zu verstärken.“

An Duisburger Schulen sind weitere, von Stiftungen und Unternehmen geförderte Initiativen tätig. Der Verein Chancenwerk bietet Lernförderung und arbeitet an neun Schulen. Apeiros e. V. versucht an 20 Schulen, Schulverweigerung zu reduzieren. Teach First Deutschland vermittelte 13 Hochschulabsolventen an Brennpunktschulen, um Lehrkräfte zu unterstützen.\*\*

Arbeiterwohlfahrt und Diakonie haben jeweils eine Stelle eingerichtet, um Mobbing und Gewalt einzudämmen – im Rahmen des Projekts „Respekt Coaches“, finanziert vom Bundesfamilienministerium. Aber auch diese Angebote erreichen nur einen kleinen Teil der Schülerinnen und Schüler. Die nordrhein-westfälische Landesregierung steht weiter in der Pflicht. Sie muss dafür sorgen, dass vor allem Schulen in ärmeren Wohnquartieren mehr Lehrkräfte und zusätzliches Fachpersonal erhalten.

Matthias Holland-Letz,  
freier Journalist

**\*Tausche Bildung für Wohnen:**

[www.tbfw-marxloh.org](http://www.tbfw-marxloh.org)

**\*\*Zu Teach First Deutschland siehe GEW-Privatisierungsreport Nr. 12 und Nr. 13**



Fotos: DVV/Thomas Trautnik

In ihren Ansprachen in der Frankfurter Paulskirche betonten die drei Festredner (v. l. n. r.) Ernst Dieter Rossmann, Annegret Kramp-Karrenbauer und Andreas Voßkuhle zwar die Bedeutung der Volkshochschulen für die öffentliche Bildung, verloren aber kein Wort über deren schlechte Finanzierung.

## Aufklärung als Bildungsauftrag

**// 2019 – Jahr der Jubiläen. Nicht nur Frauenwahlrecht, Weimarer Reichsverfassung und das legendäre Bauhaus blicken in diesem Jahr auf ihre jeweils hundertjährige Geschichte zurück. Auch die Volkshochschulen. Grund zum Feiern. //**

Es hätte keinen würdigeren Ort für das Geburtstagskind geben können: Mit einem Festakt in der Paulskirche in Frankfurt am Main – die oft als „Wiege der Demokratie“ bezeichnet wird – feierten rund 600 geladene Gäste die Gründung der Volkshochschulen. Im Jahr 1919 wurde die Förderung „des Volksbildungswesens“ – Vorläufer waren die Arbeiter- und Handwerker-Bildungsvereine – als politischer Auftrag für Länder und Gemeinden in der neuen Weimarer Verfassung verankert. Deshalb seien die Volkshochschulen „Kinder der Demokratie“, betonte Ernst Dieter Rossmann (SPD), Vorsitzender des deutschen Volkshochschulverbandes (DVV). Inhaltlich schloss DVV-Präsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) daran an, als sie sich in ihrer Rede auf die historischen Wurzeln der Erwachsenenbildung bezog. Nach dem Ende der Nazi-Diktatur und des Krieges 1945 seien die Volkshochschulen Orte gewesen, um Demokratie einzuüben – ebenso wie 1989 nach dem Fall der Mauer. Schon damals hätten sie „nicht im Gestrigen verharren“ können und dürfen. Heute müssten sie sich der digitalen Herausforderung stellen: Ein mündiger Mensch sollte wissen, was ein Algorithmus ist und wie „Social Media“ funktioniert. „Der Ur-Impuls aus der Weimarer Republik“ gelte für die Bildung an Volkshochschulen weiterhin, betonte die DVV-Präsidentin: sich selbst zu verändern und zu behaupten – auch in einer durch den technologischen Wandel veränderten Lebens- und Arbeitswelt. Die Bildungsstätten seien zudem „Orte der Integration“, hob Kramp-Karrenbauer hervor und verwies auf die Bedeutung der Integrationskurse für Neuzugewanderte. Über die häufig prekäre Einkommenssituation der knapp 190.000 Kursleiterinnen und -leiter, die zur „großen DVV-

Familie“ gehören, sowie die geringe Zahl der Festangestellten – derzeit 6 Prozent – verloren die Festredner kein Wort. Unerwähnt blieb auch die generelle Unterfinanzierung der Volkshochschulen. Dabei bringt gerade sie atypische Arbeitsverhältnisse hervor: 87 Prozent der Beschäftigten an den rund 900 Volkshochschulen, deren Angebote jährlich etwa neun Millionen Menschen wahrnehmen, sind als selbstständige Honorarkräfte tätig. Deren Vergütung sei, kritisierte GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger mit Blick auf das Jubiläum, „überwiegend zu niedrig und oft weder der Leistung noch der Qualifikation angemessen“. Das stehe in keinem Verhältnis zum öffentlichen Bildungsauftrag.

Genau dieser, aus dem Grundgesetz abgeleitet, war Thema der Rede von Prof. Andreas Voßkuhle. Der „Schlüssel zum Staatsbürger“ – und damit zur Demokratie – sei „Bildung“, sagte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Das Grundgesetz wolle, zitierte er den Philosophen Theodor W. Adorno, den „mündigen, neugierigen Bürger“. Dies hatte Adorno bereits auf dem Volkshochschultag 1956 gefordert. Wichtigste Aufgabe der Erwachsenenbildung sei nicht, „klaffende Bildungslücken“ zu füllen, sondern „Aufklärung“, so Voßkuhle. Bürgerinnen und Bürger müssten zwischen Fakten und Fake News unterscheiden können und zur kritischen Selbstreflexion befähigt werden. Politische Bildung habe hier eine notwendige und wichtige Aufgabe in einer Demokratie. Wenn der Bildungsauftrag des Grundgesetzes ein ebenso „umfassender“ wie „aufklärerischer“ sei, wie Voßkuhle betonte, warum sei dann, merkte GEW-Weiterbildungsexperte Klinger kritisch an, „politische Bildung in Vergangenheit und Gegenwart vernachlässigt worden“? Für die Demokratie ist zu hoffen, dass Politik aus den Erfahrungen von Weimar gelernt hat und den Bildungsauftrag sehr ernst nimmt.

Helga Haas-Rietschel,  
Redakteurin der „Erziehung und Wissenschaft“



# Mehr Schutz vor finanziellen Risiken

// Die GUV/FAKULTA hat ihre Leistungen für Gewerkschaftsmitglieder erweitert – und das, ohne die Beiträge anzuheben. //

So hat die Unterstützungseinrichtung der DGB-Gewerkschaften den finanziellen Schutz bei Verlust des Dienstschlüssels von bisher maximal 100.000 Euro auf bis zu 150.000 Euro angehoben. Abgesichert sind dabei nicht nur herkömmliche Schlüssel, sondern auch digitale Keys wie Chipkarten. Neu ist außerdem die Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die auf dem Weg zur Arbeit oder zu ge-



werkschaftlichen Veranstaltungen mit dem Privatfahrzeug einen Unfall haben: Hier übernimmt die GUV/FAKULTA bis zu 300 Euro einer etwaigen Selbstbeteiligung von Kasko- oder Haftpflichtversicherung. Und auch, wer sich gegen den unberechtigten Vorwurf einer Ordnungswidrigkeit zur Wehr setzen muss, findet in der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtung mit ihrem Rechtsschutzangebot einen Partner. Seit 2008 liegt der Beitrag unverändert bei 21 Euro im Jahr pro Person.

Weitere Informationen: [www.guv-fakulta.de](http://www.guv-fakulta.de)

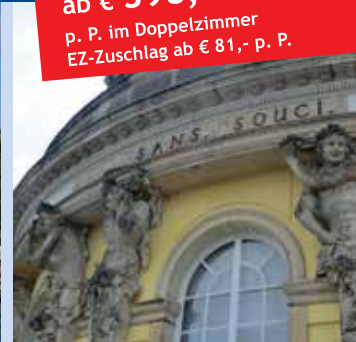
STAMM Verlag  
**E&W**  
Verlagsreisen

## Pfingsten in Potsdam

UNESCO-Welterbe Schloss Sanssouci und Picasso-Ausstellung im Museum Barberini  
3-tägige Kulturreise – 08. bis 10. Juni 2019



Helge Mundt © Museum Barberini



ab € 398,-  
p. P. im Doppelzimmer  
EZ-Zuschlag ab € 81,- p. P.

Mit ihrer reichen Kulturlandschaft und ihren vielen Sehenswürdigkeiten ist die brandenburgische Landeshauptstadt immer eine Reise wert. Das weltberühmte Schloss Sanssouci ist eines der Highlights Ihrer Reise. Seit 2017 hat Potsdam eine weitere Attraktion: das Museum Barberini. Die Ausstellungsthemen reichen von den Alten Meistern bis zur zeitgenössischen Kunst. Im Rahmen Ihrer Reise besuchen Sie die Ausstellung „Picasso. Das späte Werk“ unter anderem mit Werken, die erstmals in Deutschland gezeigt werden. Besuchen Sie außerdem die Sonderausstellung zu Theodor Fontanes 200. Geburtstag im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte.

### Das beinhaltet unsere Reise

- > Bahntransfer ab/bis gewünschtem Abfahrtsort (2. Klasse) bis 350 km, darüber hinaus + € 50,- p. P.
- > 2 Übernachtungen inklusive Frühstück im Mercure Hotel Potsdam City (\*\*\*\*) oder gleichwertig
- > 2-std. Stadtführung durch Potsdam
- > Eintritt Schloss Sanssouci inkl. Führung
- > Eintritt Sonderausstellung Fontane inkl. Führung
- > Eintritt Museum Barberini inkl. Führung
- > ÖPNV-Ticket
- > City Tax Potsdam
- > ts|medialog-Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter [www.gew.de/verlagsreisen](http://www.gew.de/verlagsreisen)

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Rund 760.000 zusätzliche Studienplätze haben Bund und Länder seit 2007 finanziert. Jetzt stocken die Verhandlungen über die Fortsetzung des Hochschulpaktes.

# Es geht ums Überleben

Foto: mauritius images

**// Bund und Länder verhandeln derzeit über den Hochschulpakt. Der Bund will dauerhaft die gleiche Summe wie bisher bereitstellen. Doch Länder, Hochschulen und GEW sind sich einig: Das reicht nicht. //**

Wenn Detlev Reymann an den Hochschulpakt denkt, packt ihn die Nervosität. Auch in diesem Jahr sind im Haushalt der Hochschule RheinMain, die Reymann leitet, wieder 28 Millionen Euro aus dem Bund-Länder-Programm eingestellt. Über die Hälfte ihrer Professoren- und etliche Mitarbeiterstellen in Wissenschaft und Verwaltung finanziert die Hochschule mit dem Geld aus dem Bund-Länder-Topf. Doch der Pakt läuft 2020 aus. Obwohl er dauerhaft verlängert werden soll, haben sich Bund und Länder bisher nicht auf die Konditionen einigen können. „Wir brauchen jetzt eine Entscheidung, wie es weitergeht“, sagt Hochschulpräsident Reymann. „Ich habe hier weinende Mitarbeiter, und das können Sie ruhig so schreiben, denen ich sagen muss: „Ich kann Ihre befristete Stelle derzeit

nicht verlängern.“ Denn die Paktmittel gelten als Projektmittel – und dürfen bisher haushalterisch nicht zur Finanzierung von Daueraufgaben verwendet werden.

Mit dem Hochschulpakt, 2005 beschlossen, finanzieren Bund und Länder seit 2007 zusätzliche Studienplätze: Rund 760.000 sind seitdem aus diesen Mitteln neu an den Hochschulen entstanden, knapp 20 Milliarden Euro hat der Bund und etwa 18 Milliarden Euro haben die Länder in drei Phasen dafür bereitgestellt.

Politisch ist der Pakt ein Erfolg – die Studienanfängerquote ist von einem Drittel auf knapp über die Hälfte eines Jahrgangs gestiegen. Union und SPD haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass der Pakt dauerhaft verlängert werden soll. Doch die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sind ins Stocken geraten, die Sitzung im Januar wurde vorzeitig abgebrochen. Über alle politischen Lager hinweg hatten sich die Länder darauf geeinigt, dass sie die Summe für die gemeinschaftlich finanzierten Studienplätze dynamisieren,

also jährlich erhöhen wollen. Die Länder seien bereit, ihren Anteil jedes Jahr um 3 Prozent zu steigern – und erwarten das Gleiche vom Bund. Doch Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) lehnt eine Dynamisierung bisher strikt ab. Ein Patt mit ungewissen Folgen.

## Unsicherheit

In allen Hochschulen, die jetzt bundesweit ihre Haushaltspläne aufstellen und Stellenzusagen oder -absagen erteilen müssen, herrscht deshalb Unsicherheit. Längst sind die Paktmittel Teil der Grundfinanzierung, im Durchschnitt machen sie 11 Prozent des Gesamtetats aus. Doch je nach Hochschulart unterscheiden sich die Anteile gewaltig. In den forschungsstarken, drittmittelverwöhnten Unis kann der Anteil geringer sein. Es sind vor allem Fachhochschulen wie die Hochschule RheinMain mit Sitz in Wiesbaden, die auf das Geld angewiesen sind. Die Hälfte seiner frei verfügbaren Mittel seien Paktgelder, sagt Präsident Reymann. Und falls keine Einigung zustande käme? „Müssten wir im schlimmsten Fall Studiengänge schließen. Das ist doch an Absurdität nicht zu überbieten.“

Für Fachhochschulen geht es teils um die Existenz. Und auf dem Spiel steht noch mehr: Ein Scheitern der Verhandlungen würde die Erfolge des Hoch-





schulpakts bundesweit in Frage stellen und bedeuten, dass viele Studierwillige keinen Platz mehr bekämen. Denn die Fachhochschulen haben einen großen Teil der zusätzlichen 760.000 Studienplätze eingerichtet, die seit dem Start des Paktes geschaffen wurden.

An der Hochschule RheinMain hat sich laut Präsident Reymann die Zahl der Studierenden seit 2006 um 83 Prozent auf mehr als 13.700 erhöht. Über die Hälfte von ihnen kommt nicht aus einem Akademikerhaushalt. Die deutlich buntere und leistungsmäßig heterogenere Studierendenschaft von heute müsste auch intensiver betreut werden als die Gymnasiastenkohorten früherer Jahrzehnte. Doch daran ist derzeit nicht zu denken. Denn die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist laut Reymann nicht in gleichem Maße gestiegen wie die der Studierenden, sondern lediglich um rund 15 Prozent. „Wir Fachhochschulen waren mal bekannt für unsere besonders gute Betreuungsrelation und bewegen uns mittlerweile auf dem Niveau der Volluniversitäten“, berichtet Reymann. Heißt: Auf eine Professorin bzw. einen Professor kommen etwa 50 bis 60 Studierende.

Mit diesem Problem steht man in Wiesbaden nicht alleine da. Obwohl ein Großteil der Paktmittel an allen Hochschulen für Personal ausgegeben wird, hinkt der Personalaufwuchs den steigenden Studierendenzahlen überall hinterher. Auch an den Universitäten haben sich Betreuungsrelationen verschlechtert. Kamen laut einer Analyse des Wissenschaftsrats zu Beginn des Paktes im Jahr 2007 auf eine Professorin, einen Professor rechnerisch 55 Studierende, so waren es 2015 bereits 63.\* Hinzu kommt: Die Paktmittel haben zu einer Ausweitung der ohnehin schon grassierenden Befristungspraxis geführt. So ist die Zahl der nur während der Vorlesungszeit beschäftigten Lehrbeauftragten an den Hochschulen zwischen 2005 und 2015 um 72 Prozent gestiegen. Die Zahl des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals nahm im gleichen Zeitraum dagegen nur um rund 23 Prozent zu, die der Professorinnen und Professoren um etwa 22 Prozent. Doch wie das Beispiel der Hochschule RheinMain zeigt, sind auch längst nicht



Foto: Andreas Schlotte

**Detlef Reymann, Präsident der Hochschule RheinMain, zum Hochschulpakt, der 2020 ausläuft: „Wir brauchen jetzt eine Entscheidung, wie es weitergeht.“**

mehr alle Professorenstellen unbefristet. Knapp 5 Prozent der verbeamteten Professorinnen und Professoren haben Stellen auf Zeit inne. Von den Professorenstellen im Angestelltenverhältnis sind über 20 Prozent befristet; von den Tarifbeschäftigten der Hochschule sogar 30 Prozent.

### „Dauerstellen schaffen“

Für Reymann ist deshalb klar: „Wir brauchen das Geld aus dem Hochschulpakt auch künftig in vollem Umfang, und wir brauchen die Dynamisierung, um endlich Dauerstellen zu schaffen.“ Ohne Dynamisierung werde ein Teil der Summe jedes Jahr von Tarifsteigerungen aufgeessen. „Die Verhandlungsergebnisse der Gewerkschaften, die ich den Beschäftigten gönne, entspräche bei einer unveränderten Summe sonst dem Stellenanteil, den ich jedes Jahr kürzen müsste.“

Die Hochschulrektorenkonferenz unterstützt diesen Vorschlag. Auch der Wissenschaftsrat, der Bund- und Länderregierungen berät, hat im Frühjahr vergangenen Jahres in seiner Stellungnahme eine Dynamisierung vorgeschlagen. Die Grünen haben den Antrag für einen jährlich um 3 Prozent wachsenden Hochschulpakt in den Bundestag eingebracht.

Doch selbst wenn sich Wissenschaftler und Länder gemeinsam mit der Opposition durchsetzen würden – gesichert wäre damit erst einmal nur der Status quo. Zu einer besseren Betreuungsquote würde auch eine Dynamisierung der gegenwärtigen Paktmittel nicht automatisch führen. Dabei soll es laut Koalition im neuen Hochschulpakt nicht mehr um zusätzliche Studienplätze, sondern um die Verbesserung der Studienqualität gehen.

Deshalb fordert die GEW in ihrem „Budenheimer Memorandum“\*\* einen neuen und deutlich aufgestockten Hochschulpakt. Für diesen müssten die tatsächlichen Kosten eines Studiums zugrunde gelegt werden, nämlich 36.000 Euro statt der derzeit veranschlagten 26.000 Euro – ein Plus von fast 40 Prozent. Statt der derzeit etwa 3,6 Milliarden Euro pro Jahr müssten Bund und Länder dann im nächsten Jahr rund fünf Milliarden Euro investieren.

Gut investiertes Geld, meint GEW-Vize Andreas Keller: „Nur so können die miserablen Betreuungsrelationen an den Hochschulen verbessert werden.“ Darüber hinaus müsste allen Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen, die weiter studieren möchten, ein Masterstudienplatz angeboten werden – und nicht nur der Hälfte von ihnen, wie es Bund und Länder im Hochschulpakt 2020 derzeit vorsehen. „Wenn es um Geld für die Spitzenforschung geht, machen Bund und Länder schnell Nägel mit Köpfen“, so Keller, „jetzt müssen sie endlich auch grünes Licht für mehr Geld für Lehre und Studium geben.“

Doch ein Erfolg wäre es wohl schon, wenn Bund und Länder sich überhaupt noch vor der Sommerpause einigen könnten. Sonst werden die Hochschulen wohl Beschäftigtenverträge nicht verlängern, ihr Angebot kürzen und Studieninteressierte abweisen müssen.

Anna Lehmann,  
taz-Redakteurin

**\*Wissenschaftsrat: „Hochschulbildung im Anschluss an den Hochschulpakt 2020“, [bit.ly/wissrat-pakt2020-pdf](https://bit.ly/wissrat-pakt2020-pdf)**  
**\*\*Budenheimer Memorandum: [www.gew.de/budenheimer-memorandum](http://www.gew.de/budenheimer-memorandum)**

# Schule statt Frühehe



Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

**// Traditionen und gesellschaftliche Normen sind Hürden, die in manchen Regionen Afrikas insbesondere Mädchen den Weg zu einer erfolgreichen Schulbildung versperren können. Mit Unterstützung der Bildungsinternationale wie auch der GEW-Stiftung „fair childhood“ versuchen Bildungsgewerkschaften – etwa in Mali, Uganda und Tansania –, solche Hindernisse abzubauen. //**

Sarata war zwölf, als sie von ihrer Großmutter zu hören bekam, dass es jetzt allmählich genug sei mit der Schule. Und stattdessen Zeit, an die Zukunft zu denken – was für Mädchen in Saratas Heimatdorf Tonga rund 130 Kilometer östlich der malischen Hauptstadt Bamako seit jeher bedeutet, Geld zu verdienen, um die Aussteuer für eine baldige Heirat zusammenzukratzen. Anfang 2017 verdingte sich Sarata in Bamako

für umgerechnet 11,50 Euro im Monat als Haushaltshilfe, schuftete sieben Tage die Woche täglich 13 Stunden. Die heute 16-jährige Maryam aus Wakoro im Süden Malis kann von ähnlichen Erfahrungen berichten. Nur dass sie etwas weniger arbeiten musste, neun Stunden am Tag, und etwas mehr Geld bekam, umgerechnet 15 Euro monatlich. Maryam war 13, als sie 2016 nach Bamako zog. Weiter in Wakoro die Schule zu besuchen, schien ihr zwecklos: „Ich wusste, ganz gleich was kommt, ich musste mir eine Aussteuer für die Hochzeit beschaffen.“ Maryam hatte es nie anders gehört. Mittlerweile sind beide Mädchen zurück in ihren Heimatorten und gehen regelmäßig zur Schule. Zu verdanken haben sie das einer Aufklärungskampagne der „Nationalen Bildungs- und Kulturgewerkschaft“ SNEC. Die Organisation hat für ein Pilotprojekt im Kampf gegen Kinderarbeit 46 Ortschaften in drei großen Verwaltungsbezirken Malis ausgewählt: im östlich gelegenen Se-

gou, wo Sarata zu Hause ist, in Sikasso im Süden – der Heimat Maryams – und im zentralen Bezirk Koulikoro. In den beteiligten Gemeinden organisiert die Gewerkschaft Einwohnerversammlungen, Schülerkomitees agitieren gegen Kinderarbeit, Mütter schließen sich zu Vereinen zusammen, die das Anliegen weiter in die Gesellschaft tragen sollen.

## „Wirksames Mittel“

„Schulbesuch ist ein wirksames Mittel gegen Frühehen“, sagt Dyamly Diarra, SNEC-Vertrauenslehrer an der Schule in Tonga. „Sobald eine Schülerin dem Unterricht fernbleibt, werden wir aktiv. Wir versuchen herauszufinden, ob das Mädchen schon jemandem zur Ehe versprochen ist, ob der Heiratskandidat ihr vielleicht sogar sexuelle Gewalt angetan hat.“ Diarra war es auch, der Saratas Onkel aufsuchte und ihn dazu bewegte, die Arbeitgeber seiner Nichte anzurufen. So kam Sarata nach fast zwei Jahren zurück.

Auch Maryams Eltern erhielten Besuch von SNEC-Lehrkräften in ihrer Gemeinde. Die Vorstellung, in schulpflichtigem Alter den Mann fürs Leben finden zu



Freut sich über Erfolge im Kampf gegen Kinderarbeit und Frühehen: Dyamly Diarra, Vertrauenslehrer in Tonga (zweite Reihe Mitte)

Fotos: Samuel Grumtau





„Bildung bringt uns mehr“: Die 16-jährige Maryam besucht wieder ihre Schule in Wakoro.

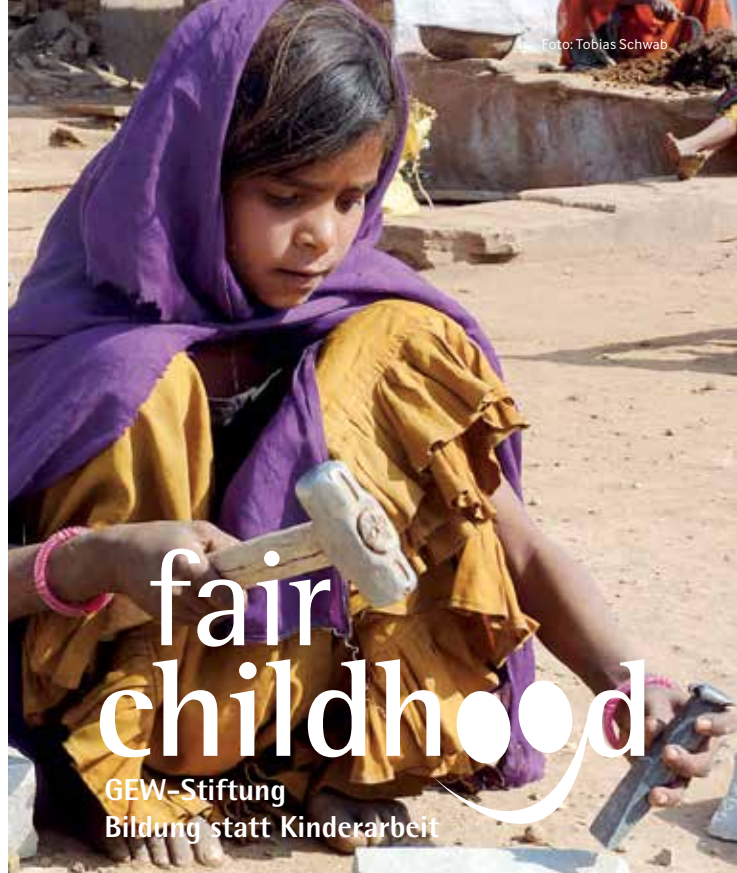
müssen, hat sich die junge Frau aus dem Kopf geschlagen: „Auf die Dauer bringt uns Bildung mehr.“ Maryam engagiert sich im örtlichen Schülerkomitee gegen Kinderarbeit – und hat Erfolg: Kürzlich ist es ihr gelungen, eine Freundin, die eine Beschäftigung in Mauretanien gefunden hatte, zur Heimkehr zu bewegen.

Seit Beginn des Pilotprojekts in Mali 2017 ist die Zahl der Mädchen an den 46 beteiligten Schulen innerhalb eines Jahres um 6 Prozent gestiegen. „Bei uns sind in diesem Zeitraum 23 Schülerinnen in den Unterricht zurückgekommen“, bestätigt Vertrauenslehrer Diarra. Und fügt hinzu: „Dass noch Mädchen zum Arbeiten nach Bamako geschickt oder zur Frühehe gedrängt werden, davon hören wir nichts mehr.“ Dass eine Tochter so jung wie nur irgend möglich unter die Haube gehört, zählte bisher auch in der Volksgruppe der Alur im äußersten Nordwesten Ugandas zum festen Bestand tief verwurzelter Überzeugungen. Die Alur kennen zudem eine alte Sitte, die zur Förderung der Frühehe geradezu erfunden scheint. Immer, wenn eine Hochzeit angebahnt wird, besucht der künftige Bräutigam mit seiner ganzen Familie die Familie der künftigen Braut. Bei einem solchen „Keny“, wie sich der Brauch nennt, wird bis zu sieben Tage lang getanzt, gefeiert, gezecht. Nicht selten sind am Ende etliche Mädchen mehr als vorher schwanger, was dann wieder Anlass zu weiteren „Keny“ und Hochzeiten ist.

Nun hat die „Ugandische Nationale Lehrgewerkschaft“ UNATU 15 Schulen in der Gegend für das Modellvorhaben einer „kinderarbeitsfreien Zone“ ausgewählt. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Förderung der Mädchen. „Wenn früher ein Mädchen aus dem Unterricht verschwand, haben wir das hingenommen“, sagt Alfred Watango, Lehrer an einer der beteiligten Schulen in der Ortschaft Kelle. „Heute greifen wir sofort ein, stellen Nachforschungen an, suchen, wenn nötig, die Eltern auf.“ Früher sei im Laufe eines Schuljahrs rund die Hälfte der Schüler aus den Klassen verschwunden – vor allem Mädchen. Seit 2018 sei das nicht mehr vorgekommen. Im Gegenteil, sagt Watango, die Zahl der Mädchen an seiner Schule sei im ersten Halbjahr von 259 auf 343 gestiegen, an allen beteiligten Einrichtungen insgesamt um 9,3 Prozent. Unterstützung kommt auch von den traditionellen Amtsträgern. Mittlerweile gibt es Gemeindefestsetzungen gegen Kinderarbeit und gegen die exzessive „Keny“-Praxis. Die Festlichkeiten dürfen nur noch an Wochenenden und höchstens zwei Tage lang stattfinden. Lehrkräfte stellen einen deutlichen Rückgang der Schwangerschaften unter Schülerinnen fest.

Mehr Achtsamkeit, wenn Mädchen dem Unterricht fernbleiben, so lautet die Maxime auch in Tansania, wo die einheimische Lehrgewerkschaft TTU im küstennahen Bezirk Mvomero eine „kinderarbeitsfreie Zone“ propagiert. Kanizia Kandia, Vertrauenslehrerin in Melela, hat kürzlich einen solchen Fall erlebt – ein zehnjähriges Mädchen, das immer öfter die Schule schwänzte, sich erkennbar unwohl fühlte: „Wir haben die Eltern aufgesucht, aber die wussten auch von nichts. Wir haben das Mädchen ins Krankenhaus gebracht, und dort stellte sich heraus, dass es vergewaltigt worden war.“ Früher, bevor ihre Gewerkschaft mit der Aufklärungskampagne begonnen hatte – davon ist Kandia überzeugt –, wäre ein solcher Fall totgeschwiegen worden.

Samuel Grumiau,  
Fachberater der Bildungsinternationale  
Aus dem Französischen: Winfried Dolderer,  
freier Journalist



## Kindern eine Kindheit geben

**Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.**

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,  
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00**  
**BIC: BFSWDE33MUE**

[www.gew.de/internationales/fair-childhood](http://www.gew.de/internationales/fair-childhood)

*fair childhood* ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

**Ja,** ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.  
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 03/2019

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

**fair childhood**  
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main

**fair childhood**  
GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

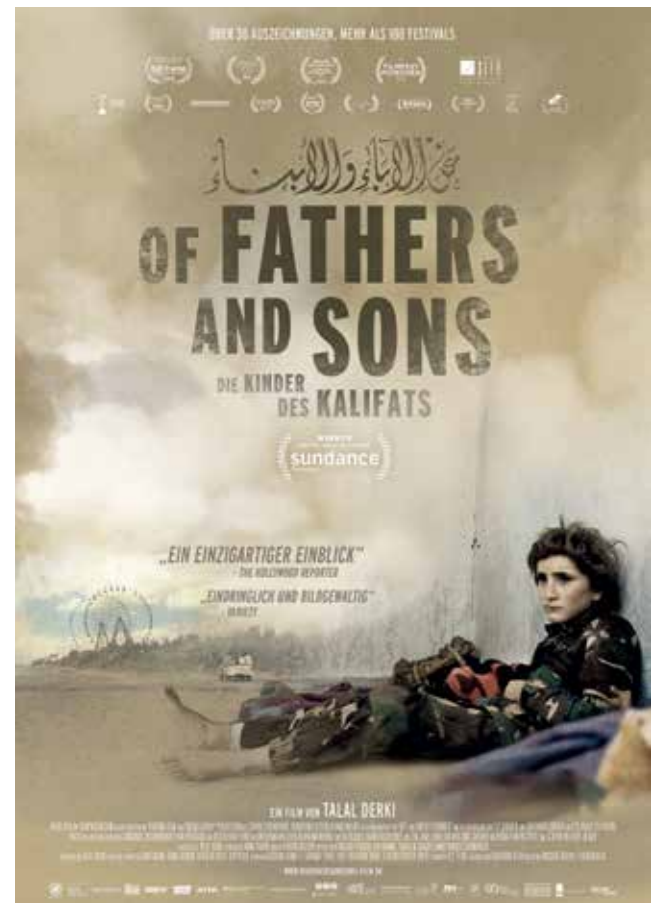
# Scharia-Camp statt Schule

**// Für seinen Dokumentarfilm „Of Fathers and Sons – Die Kinder des Kalifats“ hat der in Berlin lebende Regisseur Talal Derki zwei Jahre lang bei einer radikalislamischen Familie in Syrien gelebt und die Ausbildung der Söhne zu Gotteskriegeren beobachtet. //**

Der kleine Osama hat einen Vogel gefangen, will ihn behalten und in einen Käfig stecken. „Man sperrt keine Tiere ein“, sagt Vater Abu Osama jedoch streng. Als er seinen Sohn später fragt, was er mit dem Vogel gemacht habe, lautet die Antwort unbekümmert: ihm den Kopf abgeschlagen – „so, wie du es mit dem Mann gemacht hast, Papa“. Talal Derkis Dokumentarfilm „Of Fathers and Sons – Die Kinder des Kalifats“ zeigt es an dieser Stelle nicht mehr, aber vermutlich ist der in einem kleinen Dorf im Norden Syriens lebende Salafistenführer gerade sehr stolz auf seinen Sohn. Schließlich will er ihn und seine sieben Brüder zu sogenannten Gotteskriegerern erziehen: Scharia-Militärcamp statt Schule. Die Aller kleinsten können kaum sprechen, da sollen sie schon Koranverse rezitieren. Unabhängig davon, wie viele Dokumentationen man bereits über den „Islamischen Staat“ und den durch ihn verbreiteten Terror gesehen hat: Was der in Berlin im Exil lebende syrische Regisseur Derki, dessen Film in der Kategorie Dokumentarfilm für den Oscar nominiert war, aus dem Wohnzimmer der Salafisten und den Trainingscamps für junge Kämpfer zeigt, ist erschütternd. Er stellt nicht nur dar, wie alternativlos der Lebensweg der meist als Analphabeten aufwachsenden Kinder ist, sondern deutet an, wie diese die Geschichte der vom Krieg zerstörten Region fortschreiben werden.

## Tarnung als radikaler Reporter

Für sein mutiges und riskantes Projekt lebte Derki, der sich als Dschihadisten verehrender Kriegsreporter ausgab, rund zwei Jahre lang bei der Großfamilie Abu Osamas. Der 45-Jährige, der 2018 beim Entschärfen einer Autobombe starb, gehörte zu den Gründern der Al-Nusra-Front – ein syrischer Zweig der Terrororganisation Al-Qaida. Mit dem Vertrauen des Clan-Chefs, Vater von zwölf Kindern zweier Ehefrauen, bekam Derki einen intimen Einblick in eine hermetisch abgeriegelte Welt. Nie zuvor schilderte eine Dokumentation so nah die radikalislamische Erziehung und Ausbildung der Kinder dort. Verstörend dabei ist auch: Bombenleger Abu Osama, der seine Söhne in den Kampf statt in die Schule schickt und damit ihren möglichen Tod in Kauf nimmt, geht zugleich sehr liebevoll mit ihnen um. Und die Jungen verpetzen zwar andere Kinder wegen Gotteslästerung und werfen verächtlich Steine auf den Bus der Lehrerinnen, spielen und toben aber ansonsten ebenso unschuldig, wie es Kinder überall auf dieser Welt tun. Frauen sieht man in der 99 Minuten dauernden Dokumenta-



tion keine einzige. Sie zu filmen, war für Derki aus religiösen Gründen tabu. Abu Osamas Töchter, die wie ihre Mütter das Haus nicht verlassen dürfen, sind für den Filmemacher ohnehin die vielleicht noch größeren Opfer: „Wenn sie 15 Jahre alt sind, verheiratet er sie mit einem seiner Freunde. Sie müssen dann möglichst viele Kinder gebären, kochen, putzen und ihren Männern dienen.“ Zurück in Deutschland kämpft Derki noch immer mit den psychologischen Folgen der Zeit in Syrien – und den Konsequenzen seiner Enttarnung. Seit „Of Fathers and Sons“ auf den ersten Filmfestivals gezeigt wurde und Derki arabischen Medien Interviews gab, ist den Dschihadisten seine wahre Identität bekannt: „Ich befürchte immer, dass plötzlich ein Auto kommt und ich entführt werde. Vielleicht werden sie mich für den Rest meines Lebens jagen“, sagt er. Schon in Syrien habe er ständig Angst gehabt, aufzufliegen. Warum begab er sich überhaupt in so große Gefahr? Er habe tief in die Psychologie des Krieges in seinem Heimatland eintauchen wollen, erklärt er. Das bedeutete für ihn, tatsächlich zu verstehen, wie Al-Qaida die Gesellschaft manipuliere und die junge Generation einer Gehirnwäsche unterziehe. „Dazu gab es nur den Weg, diese Erfahrung mit den Menschen, die sie machen, zu teilen.“

Nadine Emmerich,  
freie Journalistin

„Of Fathers and Sons“ läuft ab 21. März in den Kinos.



# Keine „vorausseilende Unterwerfung“ mehr

// Wie sich Kultureinrichtungen gegen Einschüchterungsversuche von rechts wehren können. //

Manche Kultureinrichtungen reagieren mit „vorausseilender Unterwerfung“, wenn Rechtspopulisten versuchen, sie einzuschüchtern. Diesen Eindruck hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin nach den Worten von Geschäftsführerin Bianca Klose in ihrer täglichen Arbeit gewonnen. „Die Häuser lassen sich hetzen, lassen sich treiben“, sagte Klose bei der Vorstellung einer Broschüre zum



„Kulturkampf von rechts“\* im Deutschen Theater in Berlin. Insbesondere die Kritik etwa der AfD, als Empfänger öffentlicher Gelder seien Theater, Museen und Gedenkstätten zu „politischer Neutralität“ verpflichtet, wirke vielfach „verunsichernd“. Zu den Methoden des „Kulturkampfes“ zählt die Mobile Beratungsstelle spektakuläre Krawallauftritte von Aktivisten der „Identitären Bewegung“; seit dem Einzug der AfD in sämtliche Landtage und den Bundestag zunehmend aber auch eine „Flut parlamentarischer Anfragen“ zur politischen Haltung und zur Finanzierung von Kultureinrichtungen sowie von Anträgen auf Mittelkürzungen in Haushaltsberatungen. Gelegentlich komme es auch vor, dass sich AfD-Abgeordnete zu ungebetenen Besuchen ankündigten mit dem Hinweis, sie hätten als gewählte Volksvertreter ein Kontrollrecht. Davon könne aber im juristischen Sinne keine Rede sein, betonte Klose. Als krasses Beispiel für die Bereitschaft, „sich ohne Not hetzen zu lassen“, nannte sie die Absage eines im Dessauer Bauhaus geplanten Konzerts der Gruppe „Feine Sahne Fischfilet“ nach Drohungen von rechts im vorigen Herbst. In Berlin beantragte die AfD, dem Deutschen Theater 500.000

Euro zu streichen, nachdem sich Intendant Ulrich Khuon als Präsident des Deutschen Bühnenvereins kritisch zu der Partei geäußert hatte. Aus einem vergleichbaren Grund geriet auch der Friedrichstadtpalast in der Hauptstadt ins Visier der Rechtspopulisten. wid

\*bit.ly/mbr-kulturkampf

# Gefühle machen Politik

// Eine Ausstellung thematisiert den Einfluss von Angst, Hoffnung, Liebe oder Wut auf Gesellschaft und Politik. //

Geschichte im Spiegel der Emotionen: Mit der Ausstellung „Die Macht der Gefühle. Deutschland 19 | 19“ zeigen die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft sowie die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur den Einfluss von Gefühlen auf Politik und Gesellschaft. Illustriert wird, wie durch Angst, Hoffnung, Liebe oder Wut in den vergangenen 100 Jahren Reform- und Demokratisierungsprozesse anschoßen, aber auch politisch instrumentalisiert und manipuliert wurden. Zu den Exponaten gehören historische Bilder, Zitate und Kurztexte sowie multimediale Angebote.

Mit der Schau wollen die Stiftungen einen Beitrag zur gegenwartsbezogenen historisch-politischen Bildungsarbeit leisten. „Die Macht der Gefühle“ wurde am 5. März in Berlin eröffnet. Auch Schulen und Hochschulen können die 22 Plakate umfassende Ausstellung für eine Schutzgebühr von 30 Euro bestellen. N. E.



<https://machtdergefuehle.de>

**Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

**0800 - 1000 500** Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.  
Seit über 40 Jahren.

**NEUER exklusiver Beamtenkredit** - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

**2,50%** echter Vorteilszins  
effektiver Jahreszins

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

**SUPERCHANCE** um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen**

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Tel: (0621) 178180-0  
info@ak-finanz.de  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**

[www.1a-Beamtdarlehen.de](http://www.1a-Beamtdarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800 - 8664422**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Klaus Wendholt  
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

## Fortbildungsabschlüsse

(E&W 12/2018, Seite 34 f.: „Berufliche Bildung neu ordnen“)

Der Fortbildungsabschluss „Betriebswirt der Kammern“ (Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern) entspricht der Stufe 7 (Master) des deutschen und europäischen Qualifikationsrahmens. Der „Staatlich geprüfte Betriebswirt“ hingegen wird an meist staatlichen oder kommunalen Fachschulen/Fachakademien mit staatlichem Abschluss weitergebildet (Regelzeit: zwei Jahre Vollzeit, mindestens 2.400 Unterrichtsstunden, Niveaustufe 6).



Mit dem zweigliedrigen Weiterbildungssystem der Kammern, einer ersten Stufe zum „Fachwirt/Fachkaufmann“ (nur rund 500 Unterrichtsstunden, Niveaustufe 6) und einer zweiten Stufe zum Betriebswirt (nur rund 650 Unterrichtsstunden, Niveaustufe 7), hat sich die nichtöffentliche, privat zu zahlende Weiterbildung durchgesetzt, die lediglich durch das Aufstiegsförderungsgesetz gestützt wird. Besonders die kaufmännischen Fachschulen und Fachakademien mit ihrem fachlich vertieften Unterricht und dem Zusatzangebot an allgemeinbildenden Fächern (Sprachen, Mathematik, Sozialkunde, EDV) haben hier den Kürzeren gezogen und werden in Zukunft der Übermacht der Kammern mit ihren Kurzzeit-Weiterbildungen nicht standhalten können.

Der Kotau der Kultusminister der Länder vor den Kammern zeigt, dass sie sich ihrer staatlich organisierten Weiterbildungsaufgabe entledigen wollen, denn an Fachschulen/Fachakademien gelten auch die öffentlichen Tarife für die Beschäftigten. Es ist zu hoffen, dass die Hochschulen die Maskerade mit dem „Berufsbachelor“ oder „Berufsmaster“ nicht mitmachen, denn die Durchlässigkeit der „Beruflichen“ in ein berufsrelevantes Hochschulstudium funktioniert gerade bei den Absolventen von Fachschulen/Fachakademien bei Anrechnung von rund der Hälfte der Studiensemester bereits hervorragend.

Claudia Eisinger-Schmidt, München

## „Absurde Unterstellungen“

(E&W 12/2018, Seite 44: „Zwischen Utopie und Zwang“)

Schon der Titel ist tendenziös: Wo wurde in der antiautoritären Bewegung Zwang ausgeübt? Wo gab es antisemitische Tendenzen? Absurde Unterstellungen. Die Bedeutung der antiautoritären Erziehung für pädagogische Theoriebildung und Praxis wird nur lückenhaft erwähnt. Wo bleibt die pädagogische Würdigung der aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Kinderladenbewegung, die übrigens den Frauen politische Aktivität ermöglichen sollte und somit einen Beitrag zur Emanzipation darstellte? Die Wiederentdeckung sozialistischer und psychoanalytischer Klassiker der Pädagogik – stellvertretend sei Siegfried Bernfeld genannt – fällt unter den Tisch, der Beitrag der Studentenbewegung zur Demokratisierung der Hochschule und der Entwicklung kritischer Wissenschaft wird ebenso nicht genannt. Und der viel spätere Eingang der Sexualpädagogik in das schulische Curriculum hat auch keinen direkten Bezug zur sogenannten „sexuellen Revolution“.

Kein Wunder, denn der Referent Jens Benicke, Politikwissenschaftler (nicht Historiker) in Freiburg, hat 2009 mit einer Arbeit über „Von Adorno zu Mao. Die Rezeption der Kritischen Theorie und die Auseinanderset-

zung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit von der antiautoritären Fraktion der Studentenbewegung zu den K-Gruppen“ promoviert. Die damaligen K-Gruppen haben mit antiautoritärer Bewegung nichts zu tun.

Vielleicht hätte man besser Erziehungswissenschaftler und Zeitzeugen eingeladen, die die antiautoritäre Bewegung und Erziehung aus eigener Anschauung erlebt haben.

Günther Sander, Brunella/Italien

## „Bitter!“

(E&W 1/2019, S. 6 ff.: „Tarifrunde der Länder“)

Bei den Tarifverhandlungen bin ich wieder auf die Straße gegangen. Wie immer. Selbstverständlich. Neben einem Lohnplus ging es um die Paralleltabelle.

Was ist mit der GEW-Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ geworden, um die Angestelltengehälter denen der Beamten anzupassen? Erledigt? Eingedampft? Obsolet?

Am Ende meiner Schulzeit steht ein zwiespältiges Fazit. Ich durfte als Lehrer arbeiten. Befriedigend, erfüllend, toll!

Als angestellter Lehrer und stellvertretender Schulleiter habe ich insgesamt über 300.000 Euro weniger verdient als mein verbeamteter Kollege. Das ist bitter!

Peter Kock, Oberhausen

## Überall (Amts)Schimmel

(E&W 1/2019, Seite 20 f.: „... und dann lahm auch noch der Amtsschimmel“)

Der Artikel von Markus Sievers ist ein schöner Beweis dafür, dass der Amtsschimmel nicht lahm, sondern sich ausbreitet wie andere Schimmelarten auch – zum Beispiel *Penicillium chrysogenum* auf Brot und anderen Lebensmitteln. Nichts für ungut.

Peter Gehrig, Leek/Leck

## Perspektivlose Abordnung

(E&W 1/2019, Seite 26 f.: „Pendler zwischen den Welten“)

Dieser wichtige Beitrag von Anna Lehmann fokussiert leider nur die Situation von abgeordneten promovierten Schulpraktikerinnen und



-praktikern sowie Studienrätinnen und -räten, welche im Vergleich zu abgeordneten Grundschullehrkräften sehr gute beamtenrechtliche Voraussetzungen für Beförderungen genießen.

Für abgeordnete Grundschullehrkräfte wird die Einbindung in grundschulrelevante Forschungsprojekte oder gezielte Weiterbildungs-/Beförderungskonzepte zum Erreichen einer dienstlichen Höhergruppierung gar nicht oder nicht verbindlich genug verankert.

Das Hochschuldeputat, überfüllte Lehrveranstaltungen, Verantwortung für viele zu benotende schriftliche Modulprüfungsleistungen, fehlende Arbeitsplatzbeschreibungen/arbeitsrechtliche Festschreibungen, Mehrbelastung durch Zusatzaufgaben ohne entsprechenden Ausgleich. All das macht eine anerkannte Qualifizierung (Promotion) aus eigener Kraft in dieser Zeit nahezu unmöglich. Es geht den Unis beim Einsatz abgeordneter Grundschullehrkräfte vornehmlich um das kostengünstige Verlagern von Daueraufgaben in der Lehrerausbildung auf Schulpraktikerinnen und -praktiker. Dadurch lässt sich manche strukturelle Lücke in der universitären Lehrangebotsplanung (vor allem Fachdidaktik und Praktika) schließen. Die Abordnung einer Grundschullehrkraft bleibt hinsichtlich beruflicher Weiterqualifizierung auch deshalb oft perspektivlos, weil der primären Bildung und ihren Akteuren nach wie vor weniger Bedeutung und Wertschätzung in formell ausgerichteten Bildungs- und Qualifizierungsprozessen beigemessen wird.

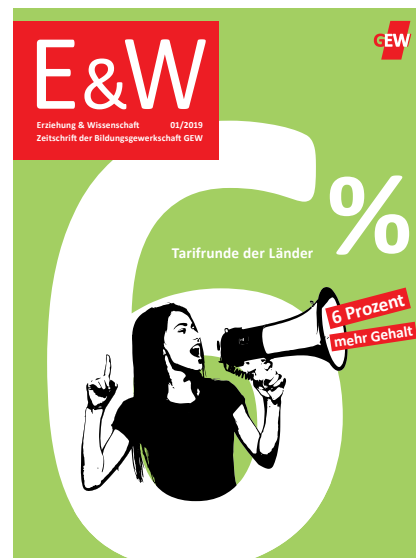
Für eine gute Grundschullehrerbildung, den notwendigen wissenschaftlichen Diskurs, die stärkere Zusammenarbeit auf Augenhöhe und eine angemessene Wertschätzung von Grundschularbeit durch berufliche Qualifizierungs- und Beförderungsperspektiven wünsche ich mir ein deutlicheres Signal der Bildungspolitik, welches nicht nur auf die (stufenweise) Anhebung der Besoldung auf A13 begrenzt bleiben sollte.

Carola Haut-Grzonkowski, Alt Duvenstedt

### Nicht pauschal ablehnen

(E&W 1/2019, Seite 38 f.: „Ach, das mach ich nebenher ...“)

„Wer Hilfe verweigert, die gebraucht wird, ist ein Dieb. Wer Hilfe gibt, die nicht gebraucht wird, ein Mörder!“ (Sprichwort). Wer seinem Kind Aufgaben abnimmt, die es leisten könnte, der stoppt seine Eigeninitiative und schadet seinem Selbstvertrauen. Das sollte all jenen Eltern am Elternabend vor Augen gehalten werden, die ihren Kindern die Hausaufgaben abnehmen. Dass es viele Eltern gibt, die Eigeninitiative und damit das Selbstvertrauen ihrer Kinder ernsthaft gefährden, hat Frau Hagemann zu dem Trugschluss geführt, dass Hausaufgaben unnötig seien. Die Kollegin sollte die Situation differenzierter betrachten und nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Hausaufgaben, die lediglich eine Art Beschäftigungstherapie darstellen, sind wirklich unnötig. Hausaufgaben, die den Schüler weiterbringen, sind es nicht.



Als Beispiel kann ich lediglich für meinen Unterricht in den Klassen 11 bis 13 sprechen, also für den Umgang mit leidlich halberwachsenen Schülern. Meine Hausaufgaben waren immer auf die Klassenarbeiten bezogen, und das habe ich auch so mitgeteilt. Abgegebene Hausaufgaben habe ich mit nach Hause genommen und mit grünem Stift korrigiert, um den Servicecharakter dieser Kontrolle zu ver-

deutlichen. Gab es eine Lösung für eine Aufgabe, so habe ich diese der Hausaufgabe beigefügt. Das mag bei kindlichen Schülern falsch sein; da meine Schüler zwar jung, aber nicht blöde waren, hat das ganz gut funktioniert. Hausaufgaben sind wichtig. Aber ab einem bestimmten Alter können Schüler auch entscheiden, ob sie die Hausaufgaben in einem speziellen Fall noch brauchen oder nicht. Der Lehrer bietet dann die Hausaufgaben als Hilfe an und nicht als Beitrag zur Vernichtung der ohnedies knappen Freizeit engagierter Schüler.

Und die Moral von der Geschichte: Was Hausaufgaben angeht, sollten wir stark differenzieren. Pauschale Antworten für jede Altersstufe und jede Schulart sind unangebracht.

Peter Hakenjos, Pfinztal

### Nur Genies müssen nicht üben

Manche Behauptungen werden durch gebetsmühlenartige Wiederholung auch nicht richtiger. Dazu gehört die von Martina Hagemann wiederholte These, dass Hausaufgaben nichts bringen. Sie ist einfach falsch!

Wer jemals in der Volkshochschule einen Sprachkurs gemacht hat, der weiß, dass sie/er zu Hause üben muss. Nur Genies müssen das nicht. Ich bin keines und war es auch in meiner Schulzeit nicht. Diese eigene Schulzeit haben manche Lehrkräfte leider ganz vergessen.

Auch einige konkrete Aspekte von Frau Hagemann sind kurios:

„Getrübte Urlaubsstimmung“ wegen einer Hausaufgabe; in Bayern gibt es nach Schulordnung keine Hausaufgaben über die Ferien. Da hat ihr Bundesland ein wenig Nachholbedarf.

Hausaufgabe im Nebenfach Biologie: In Bayern gibt es bis zur 10. Klasse keine schriftlichen Hausaufgaben in sogenannten Nebenfächern. Lernen sollte das Kind in Bayern allerdings kontinuierlich. Das gehört irgendwie zur Schule, oder nicht?

Und dann die helfende Mutter! Das wusste schon meine Mutter – und die hatte nach der Volksschule nicht mal eine Berufsausbildung –, dass der Sohn seine Hausaufgaben selber machen muss. Sie oder mein Vater kontrollier-

>>>

>>> ten allerdings Vollständigkeit und Ordentlichkeit.

Und dann hat das Patenkind von Frau Hagemann „keine Lust“, Pflanzen zu sammeln und zu beschriften; also macht das seine Mutter. Da hätte ich dem Buben mal eine Unterhaltung mit meiner Mutter gewünscht. Ich hatte übrigens immer genug Freizeit, allerdings keine Klavier-, Tennis-, Yoga-, Reit- oder sonstige Stunde; meine Klassenkameradinnen und -kameraden höchstens eine pro Woche.

Ich hoffe auf einen Artikel, in dem die GEW zum Beispiel mal die selbstverständlichen Aufgaben (um nicht zu sagen: Pflichten) der Eltern ausführlich beschreibt. Für meine Eltern kam zuerst die Schule und dann ganz lange nichts und dann zweimal in der Woche Tischtennistraining. Und wie gesagt: Freizeit hatte ich genug.

Fritz Martin, Neu-Ulm

### Kommunistisches Kampfsymbol?

(E&W 2/2019, Titelbild)

Was hat der fünfzackige rote Stern auf der Titelseite der Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW zu suchen? Der Symbolforscher Arnold Rabbow bezeichnet den fünfzackigen roten Stern als „kommunistisches Kampf- und Weltanschauungssymbol mit eschatologischem Charakter“. In den kommunistischen Staaten wurde der rote Stern als quasireligiöses Heilszeichen millionenfach gedruckt, in Propagandaliedern und -texten verwendet und war auf Fahnen, Plakaten, Orden und Abzeichen zu sehen. Betriebe und Vereine wurden nach ihm benannt. Inzwischen ist das Symbol in einigen Nachfolgestaaten des ehemaligen Warschauer Pakts verboten.

In Deutschland taucht das Symbol 1970 zum Beispiel als Name eines Verlags auf. Der Rote Stern Verlag wurde unter anderem von den späteren RAF-Terroristen Böse, Weinrich, Kopp und Kuhlmann gegründet.

Welcher Teufel hat Ihre Redaktion geritten, dieses Symbol für kommunistische Diktatur und linken Terrorismus auf die Brust eines Vorschulkindes zu heften? Sicher Gedankenlosigkeit. Eine andere Deutung des Sterns zusammen

mit der Zukunftspose des Kindes wäre für die wichtigste deutsche Bildungsgewerkschaft fatal.

Günter Pakschies, Cremlingen



### Mehr zu Wissenschaft

(Keine Hochschulberichterstattung in E&W 2/2019)

Wir haben – mit etwas Mühe – einen Dozenten, der ständig befristete Verträge hat, für die GEW geworben. Leider ist in dieser Ausgabe nicht ein einziger Artikel zur Hochschulproblematik. Die Wissenschaft spielt in der Berichterstattung eine so untergeordnete Rolle, obwohl auch hier spürbares gewerkschaftliches Engagement notwendig ist.

Mechthild Hartung, Wolfsburg

### „Doktrin“ korrigieren

(E&W 2/2019, Seite 36 f.: „Wann können Sie anfangen?“)

Mal wieder ein Artikel über die Lehrer, die fehlen ... schön (oder eben nicht). Was ist mit der Gruppe, die das Referendariat irgendwann einmal aus persönlichen Gründen abgebrochen hat und deshalb noch nicht einmal eine Vertretungsstelle bekommt? Obwohl die meisten oft auf viele Jahre pädagogische Arbeit zurückblicken können! Obwohl diese Menschen oft viel neue Energie in Schulen mitbringen, die die „alten“ Lehrer schon nicht mehr haben! Obwohl die Schulleitungen solche Mitarbeiter unbedingt ha-

ben wollen! Wieso dieses Ausknocken von (anders) qualifizierten Fachkräften, wo sonst jeder, zwar mit Diplom, aber ohne pädagogische Vorerfahrungen, eine Festanstellung bekommen kann?

Jeder Lebensweg ist anders, aber deshalb sind Menschen ohne Zweites Staatsexamen nicht per se die schlechteren Lehrer. Wieso nicht einfach mal vorbeischaun und dann urteilen? Wäre es nicht Zeit, diese „Doktrin“ zu korrigieren? Schulleitungen und Bewerber würden es danken.

Angela Zeilberger Mussa Só, Detmold

### Duden-Placet für „bräuchte“

(E&W 2/2019, Seite 45, Leserforum: „Bräuchten‘ nicht nötig“)

Auch oder gerade als Lehrerinnen und Lehrer sollten wir vorsichtig sein und nicht leichtfertig andere als „halbgebildete Journalisten“ oder „einfache Gemüter“ bezeichnen („... ‚bräuchte‘ gibt es gar nicht“).

Einerseits verändert sich Sprache ständig, und andererseits gibt es einen Unterschied zwischen Schriftsprache und gesprochener Sprache. Das scheint auch der Duden zu berücksichtigen: Auf der aktuellen Internetseite wird beim Konjunktiv 2 „bräuchte“ in der tabellarischen Übersicht sogar an erster Stelle vor „brauchte“ genannt. In der Einleitung wird die Form mit Umlaut unter „umgangssprachlich auch“ angeführt, siehe [www.duden.de/rechtschreibung/brauchen](http://www.duden.de/rechtschreibung/brauchen).

Manni Heede, Hamburg

### E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: [katja.wenzel@gew.de](mailto:katja.wenzel@gew.de)

Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.



### Schullandheim im Nordschwarzwald

15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Ski-sportmöglichkeiten. Lift sind mit dem Bus erreichbar.

**AWO Baden-Baden gGmbH** Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden  
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 [www.awo-bb.de](http://www.awo-bb.de)



**Erste Hilfe.**



**Selbsthilfe.**

[brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe](http://brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe)



**Nordsee/Norddeich  
Freizeitgruppenhaus**

Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.  
[www.selbstversorgerhaus-nordsee.de](http://www.selbstversorgerhaus-nordsee.de) Tel. 04941 / 68865

Seit 1966

**Friesland Charter**

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen  
Auf IJsselmeer und Binnengewässer  
8 bis 60 Personen  
• Klassenfahrten  
• Wochenendarrangements  
Familie Koopmans  
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum  
Ruf 0031-566-631604  
An Bord 0031-6-50681864  
E-mail: [info@frieslandcharter.nl](mailto:info@frieslandcharter.nl)  
Internet: [www.frieslandcharter.nl](http://www.frieslandcharter.nl)  
**Klipper DE HOOP\*\*\*\***



**Du hast es nicht anders verdient, hat er gesagt.**

**Aber jetzt rede ich:**



**08000 116 016**  **HILFETELEFON**  
GEWALT GEGEN FRAUEN

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

**anonym + kostenfrei + 24h + mehrsprachig**  
Online-Beratung: [www.hilfetelefon.de](http://www.hilfetelefon.de)



**AGARIA TOURS**  
Fachveranstalter für Pragreisen

**Entspannt auf Klassenfahrt!**



Info: 040/2809590 • [nachprag@agaria.de](mailto:nachprag@agaria.de) • [agaria.de](http://agaria.de)

**das tschechische team**

**GR-Samos, Fam. Taleporou**  
verwöhnt Sie!  
[www.pension-ermioni-samos.de](http://www.pension-ermioni-samos.de)  
Jetzt neu! Unser Haus in den Bergen  
[www.pension-ermioni-samos.de/agapi](http://www.pension-ermioni-samos.de/agapi)

**Radspaß in ganz Europa**  
Traumhaft schöner Radurlaub für Paare, Singles, Familie, Gruppen  
[www.eurobike.at](http://www.eurobike.at)

**Wandern ohne Gepäck**  
Individuelle Wanderreisen in ganz Europa.  
[www.eurohike.at](http://www.eurohike.at)

**Erlebnisreisen mit dem Rad**  
Über 25 Jahre Erfahrung. Herrliche Touren, individuell oder geführt.  
[www.rueckenwind.de](http://www.rueckenwind.de)

**TOSCANA**  
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.  
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041  
[info@aglioni.it](mailto:info@aglioni.it), [www.aglioni.it](http://www.aglioni.it)

**2019 - Angebot für Schulklassen**  
Selbstversorgerhaus Ba-Wü  
Mo. bis Do. - Begleitpersonen gratis  
[www.ferienheim-haslachmuehle.de](http://www.ferienheim-haslachmuehle.de)

**Klassenfahrten Versailles**  
mit oder ohne Sprachkurs  
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
[versailles@reichardt.eu](mailto:versailles@reichardt.eu), T: 06181 424830  
[www.reichardt.eu](http://www.reichardt.eu)

**Andalusien**  
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.  
T: 05171/16343 [www.la-ruca.de](http://www.la-ruca.de)

**Klassenfahrten London**  
mit oder ohne Sprachkurs  
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
[london@reichardt.eu](mailto:london@reichardt.eu), T: 06181 424830  
[www.reichardt.eu](http://www.reichardt.eu)

**Sylt**  
1 Woche + Frühstück & Leistungen ab € 249,- oder Appartement ab € 31,-.  
Tel. 04651-31932  
[www.bahnsen-sylt.de](http://www.bahnsen-sylt.de)  
Uta Bahnsen, Boy-Nielsen-Str. 23, 25980 Sylt

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)  
**Dokumentation · Organisation  
Rechtssicherheit**  
☎ 02521 29905-10

**Stadt Erlangen**

Die kinder- und familienfreundliche Stadt Erlangen sucht für die städtische Fachschule für Techniker zum Schuljahresbeginn 2019/2020 einen

**Schulleiter (w/m/d)** Stellenwert: BesGr. A 15 + Z BayBesG

**Wir erwarten:** die Befähigung für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen in Bayern mit einschlägiger Berufserfahrung  
**Bewerbungsfrist bis:** 01.04.2019, **Stellen-ID:** 489344  
**Die konkreten Anforderungen sowie weitere Informationen, auch zum Datenschutz, finden Sie unter [www.erlangen.de/karriere](http://www.erlangen.de/karriere).**



Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt. Die Stadt Erlangen verfolgt eine Politik der Chancengleichheit und freut sich über Bewerbungen von Interessent\*innen unabhängig von ihrer Nationalität und Herkunft.

**Offen aus Tradition**

# Diesmal

... BEGRÜßE ICH SIE ALLE, LIEBE ABGEORDNETE,  
DIE SIE MIT DEM RAD, DEM ZUG, DEM AUTO  
ODER MIT DER QUOTE HIERHER GEFUNDEN  
HABEN.



MEHR FRAUEN INS PARLAMENT... JA LACHT DER BUNDESTAG